

Jugoslawien – 30 Jahre später

Ausgabe Nr. 59, 13. April 2021



Der allgemeine Umgang mit der sozialistischen Vergangenheit Jugoslawiens ist geprägt von Verleugnung, Dämonisierung und Nostalgie. Das Land, das sich im Zweiten Weltkrieg selbst befreite, schlug in der Nachkriegszeit einen eigenen Weg ein: Es gründete die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, ein blockfreies Sozialismusmodell in Abgrenzung zur benachbarten Sowjetunion. Das hoffnungsvolle Projekt sollte jedoch im Zuge des Ostblockzerfalls scheitern. Wie steht es um die politische, ökonomische und gesellschaftliche Situation der Nachfolgestaaten und warum sollten wir uns Jugoslawien für einen Blick in die Zukunft in Erinnerung rufen?

In den 1980er Jahren geriet das Land in eine schwere Wirtschaftskrise, verschuldete sich bei ausländischen Kreditgebern und auch die Solidarität zwischen den Mitgliedern der Arbeiterselbstverwaltung schwand zunehmend. Eine durch den Internationalen Währungsfonds vorangetriebene Austeritätspolitik samt Zwang zur Marktwirtschaft, ungleiche Verteilung von Ressourcen und zunehmende Interessenspolitik der Eliten befördern betriebliche wie nationale Spaltungen, an denen das Sozialismusmodell Jugoslawien schließlich zugrunde ging.

Die staatlichen Abspaltungen von Slowenien, Kroatien und Mazedonien ab 1991 waren der Auftakt für jahrelange Kriegshandlungen mit zahllosen Opfern, vor allem im multi-ethnischen Bosnien und Herzegowina. 1999 endete die Periode der Staatszerfallskriege mit dem NATO-Bombardement von Serbien und dem Kosovo. Zeitgleich erfolgte die aufgezwungene Umgestaltung der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Fundamente der einzelnen Republiken. Slowenien (2004) und Kroatien (2013) sind heute Teil der EU. Die Lebenssituation in den anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens verschlechterte sich unterdessen zunehmend durch die rasende Privatisierung. Hohe Arbeitslosigkeit, Armut und allgemeine Resignation sind nur einige der Folgen. Auch nationalistische Mobilisierung und Antiziganismus steigen an: Während sich die rechtliche und soziale Lage der Romnija verschlechtert, nimmt die rassistische Gewalt gegen sie immer weiter zu, auch vonseiten des Staates.

In der Migrationspolitik der EU werden Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro, das Kosovo (sowie der Nachbar Albanien) ab 2014 sukzessive als „Sichere Herkunftsländer“ geführt: Deportationen und Zwangsausreisen aus EU-Ländern sind seitdem an der Tagesordnung. Der „Westbalkan“ – also die Staaten, die noch nicht von der EU einverleibt wurden – gilt der EU-Elite trotz Sicherheitssiegel als globale Peripherie mit zivilisatorischem Nachholbedarf. Das Macht- und „Arroganzgefälle“ (Tanja Petrović) bewegt sich dabei von Nordwest nach Südost, auch auf dem Gebiet des ehemaligen Staatenbunds selbst. Die Situation der Flüchtenden in den einzelnen Staaten ist äußerst prekär und stark von Willkür, Gewalt und sich

immer wieder verändernden rechtlichen Bedingungen geprägt. In den letzten Jahren wurden dort zigtausende Menschen auf dem Weg nach Zentraleuropa festgesetzt, ohne Perspektive auf ein Weiter- oder Ankommen.

Um einem (Post-)Jugoslawien der Gegenwart näher zu kommen, sollten wir uns sowohl mit dem historisch gewachsenen und gewaltvoll vorangetriebenen nationalistischen Revisionismus und den wirkmächtigen antikommunistischen Narrativen auseinandersetzen, als auch mit den Stolperfallen verklärender Jugo-Nostalgie. Wir fragen: Was lernen wir vom sozialistischen Staatenbund, der „als Traum begann und mit Morden endete“ (AK 643)? Welche ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Folgen hat das Ende Jugoslawiens mit den nachfolgenden Kriegen bis heute? Wie sehen die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Menschen aus, die geblieben sind, die (auch gezwungenermaßen) zurückkehrten oder die auf dem Balkan gestrandet sind? Wie steht es um die internationale Einflussnahme durch EU-Maßnahmen, Währungsfonds und Investoren? Und nicht zuletzt: Welche linken Kämpfe und Protestbewegungen zeigen sich im Blick zurück und nach vorne, zwischen dem antifaschistischen Kampf der Partisan:innen während des Zweiten Weltkriegs und den aktuellen Arbeitsstreiks?

Als Redaktionskollektiv haben wir aktuell übrigens allen Anlass zur Freude: kritisch-lesen.de gibt es nun schon zehn Jahre! In unserer Jubiläumsausgabe #60 im Juli 2021 wagen wir uns an eine Bestandsaufnahme linker Bewegungen dieser Zeit.

Viel Spaß beim kritischen Lesen!

„Nostalgie ist Zeitverschwendung“



Interview mit Nidžara Ahmetašević und Gorana Mlinarević

Was bleibt von einer sozialistischen Utopie, nach jahrelangem Krieg, neoliberaler Transformation und unerbittlichen Politiken des Vergessens? Auf Spurensuche mit zwei Aktivistinnen aus Bosnien und Herzegowina.

kritisch-lesen.de: Wir haben vor allem in den letzten Monaten immer wieder über die desolante Lage der flüchtenden Menschen an den EU-Grenzen auf dem Balkan gehört. Lager ohne Zugang zu Grundversorgung, eisige Kälte und Nässe ohne ausreichende Schutzmöglichkeiten, Misshandlungen und illegale Push-Backs durch die Grenzbeamten. Ihr beide befasst euch seit Jahren mit dem Thema Fluchtmigration in Bosnien und Herzegowina (BIH). Wie kommt es dazu und wie ist die aktuelle Lage eingebettet in die Geschichte des Landes selbst?

Nidžara Ahmetašević: Bosnien und Herzegowina sind seit 2015 ein wichtiger Teil der Balkanroute. Als Menschenrechtsaktivistinnen beobachten wir, was dort passiert und schreiben oder berichten darüber, um die weltweite Aufmerksamkeit auf die Menschen entlang der Route zu lenken.

Gorana Mlinarević: Unser aktuelles Hauptaugenmerk ist auf Migration gerichtet, das stimmt. Aber da wir Bürgerinnen eines Landes sind, das immens von neoliberaler Transformation betroffen ist, ist dies auch unser Thema. Wir stehen dem, was in Bosnien in Bezug auf politische Ökonomie passiert, sehr kritisch gegenüber. Es ist wirklich schwer zu sagen, dass der Bereich der Migration ein spezifisches Thema ist; denn wenn man über die Menschen auf der Flucht spricht, ist das auch mit der allgemeinen Situation in Bosnien verwoben. Es sind keine getrennte Themen, für uns ist das ein verbundener Kampf. Menschen, die in Bosnien festsitzen, sind von der prekären Situation betroffen, die auch mit der Realität vieler Bosnier:innen verbunden ist.

Könnt ihr die wichtigsten Kämpfe skizzieren, welche die Linke in Bosnien und Herzegowina führt?

Nidžara: Es ist fast unmöglich, in Bosnien von links zu sprechen. Es gibt zwar Einzelne, die linke Ideen haben, aber sie sind nicht organisiert. Einige von uns sind vernetzt, wie Gorana und ich, andere sind es nicht. Wenn es um offizielle politische Parteien hier geht: Nicht eine könnte man dem linken Spektrum zuordnen. Generell ist es schwer, von Rechts, Links, Mitte oder sonst was zu sprechen, wenn man bedenkt, dass dieses Land ein Halbprotektorat ist. Der Einfluss von außen ist immer noch sehr groß. Die politischen Parteien reagieren hauptsächlich auf das, was die EU von ihnen verlangt, um ihre Positionen zu halten und so lange wie möglich an der Macht zu bleiben. Irgendeine Art von wirklicher Politik oder Ideen dahinter sehe ich nicht. Im Moment sind zwei große Krisen sichtbar – eine ist die Pandemie und die andere, dass so viele Menschen in Bosnien unterwegs sind. Nicht zu vergessen, dass wir bereits ohnehin mit einer Wirtschaftskrise zu kämpfen haben. Eine riesige Anzahl von Menschen verlässt die Region, also gibt es verschiedene Kämpfe, mit denen wir umgehen müssen – persönlich und auch auf jeder anderen Ebene.

Warum gibt es, angesichts der Tatsache, dass Bosnien und Herzegowina früher Teil einer sozialistischen Föderation waren, keine breitere linke Organisation?

Nidžara: Nach dem Krieg war es für die internationale Gemeinschaft viel wichtiger, die Spuren von Jugoslawien zu beseitigen, als die Spuren des Krieges; geschweige denn, uns bei der Vergangenheitsbewältigung zu helfen. Das ist bis heute etwas, was verpasst wurde, und wir leiden

darunter.

Gorana: Wir sind gezwungen, uns einem Friedensabkommen zu beugen, das irgendwo auf einer Militärbasis zwischen Männern mit Waffen ausgehandelt wurde. In Bosnien und auf dem Balkan insgesamt geht es immer auch um Geopolitik, also sind alle möglichen globalen Akteure an den Entscheidungen beteiligt. Wir wurden nie gefragt, ob wir dies wollen, oder wie unser Land aussehen soll. Wir haben uns nie dafür entschieden, diese Art von politischem, wirtschaftlichem und ideologischem „Übergang“ des Sozialismus zum Kapitalismus zu unternehmen. Darum ging und geht es letztlich bei dem Friedensabkommen von Dayton (der Dayton-Vertrag beendete 1995 nach über drei Jahren den Krieg in Bosnien und Herzegowina, Anm. Red.). Parallel zu diesem wirtschaftlichen Übergang wurden uns neoliberale Werte aufgezwungen, welche voll sind von einem identitären Verständnis aller Spaltungen innerhalb der Gesellschaft und aller Funktionsweisen der Politik. Es ist unmöglich, links oder rechts zu definieren, wenn das einzige politische Subjekt die ethnische Zugehörigkeit ist. Alles andere verschwindet dahinter.

Um das noch ein bisschen zu erklären: Wir haben drei verschiedene anerkannte ethnische Identitäten (serbisch, kroatisch, bosniakisch, Anm. Red.) und die politischen Eliten und Parteien, die behaupten, die jeweiligen ethnischen Gruppen zu vertreten, sind korrumpiert. Dazu kommt eine Politik des Vergessens, auferlegt von der internationalen Gemeinschaft. Der Krieg ist Ground Zero. Es ist, als hätten wir davor nie ein System gehabt, politisch, rechtlich, sonstwie. Sie meinen, uns beibringen zu müssen, wie die Wirtschaft funktioniert und indem sie das tun, zwingen uns, tatsächlich zu vergessen, dass wir wissen. In so einem Chaos ist es einfach unmöglich, irgendeine Form von Politik auszumachen. Und jetzt erleben wir, in der Covid-19-Krise, in den Wirtschaftskrisen, dass wir auch außerhalb der Politik keine artikulierten Stimmen haben, die sich dem entgegenstellen. Alles wird auf Individualität und Identität reduziert. Wir leben seit 25 Jahren in einem Halbprotektorat, oder vielmehr: in einer Kolonie. Wir haben eine Kombination von Herrschenden, die sich gegenseitig stärken. Wir haben die internationale Gemeinschaft als Kolonisorin, die Geld einbringt, und damit die ethno-nationalistische politische Elite stützt. Unsere Probleme sind die Kombination von Konflikten – sie sind miteinander verwoben und wirken zusammen. Weder die ethnischen Vertretungseliten noch die Macht der internationalen Gemeinschaft im Land wäre jeweils ohne das andere möglich. Es ist eine autoritäre Dynamik.

Was bedeutet dieser Halbprotektoratsstatus?

Nidžara: Es ist so etwas wie ein riesiger administrativer, bürokratischer Apparat, der die Aufgabe hat, als Staat und im Namen des Staates zu agieren – mit völliger Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der Bevölkerung. Der formale Staat Bosnien ist in der Praxis ein großes Durcheinander, in dem maßgeblich die Interessen verschiedener internationaler Akteure umgesetzt werden, wie den USA oder im Moment vor allem der EU. Letztere betreibt das Büro eines Sonderbeauftragten in Sarajevo, welches nach Brüssel das zweitgrößte EU-Büro der Welt ist. Das ist sehr schwer zu verstehen in einem Land, das nicht Teil der EU ist und es auch nie sein wird. Die Sonderbeauftragten können, ohne wirklich formale Befugnisse zu haben, auf eine Art und Weise handeln, die einem Aufzwingen sehr nahe kommt. Gleichzeitig haben wir ein Gremium namens Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina (OHR), das durch das Friedensabkommen von Dayton und anschließender Konferenzbeschlüsse eingerichtet wurde. Der OHR wird vom UN-Sicherheitsrat ernannt und ist in der Regel europäisch; sein:e Stellvertreter:in ist in der Regel amerikanisch. Der oder die Amtsinhaber:in kann – und hat es in der Vergangenheit auch getan – jedes Gesetz in Bosnien durchsetzen, kann jede Person aus öffentlichen Positionen entlassen, einschließlich des oder der Präsident:in, sogar in der Situation, in der diese Person von den Bürger:innen gewählt wurde. Die Befugnisse sind also unbegrenzt. Auch wenn es hier staatliche Institutionen gibt, die durch das Friedensabkommen von Dayton geschaffen wurden, gibt es damit ein internationales Gremium, das mächtiger ist als jede lokale Institution oder die Bürger:innen von Bosnien und Herzegowina.

Gorana: Es wäre einfach, wenn wir nur mit der EU und den USA zu tun hätten, aber das haben wir

nicht. Es gibt so viele Ebenen. Die eine ist die politische Macht, die von Russland, aber auch von der Türkei oder China ausgeht. Russland hat auch eine formale Macht, denn für den OHR gibt es eine Art Vorstand der Botschafter:innen, die an Entscheidungen beteiligt sind (das sogenannte Peace Implementation Council's Steering Board, also der Lenkungsausschuss des Friedensumsetzungsrates, Anm. Red). Der russische Botschafter ist dort drin, und er ist normalerweise derjenige, der eine andere Meinung als der Rest hat, also gibt es immer ein Problem, wenn es darum geht, Entscheidungen einstimmig zu treffen. Eine zweite Ebene ist die softe wirtschaftliche Macht regionaler Akteure, allen voran der Türkei – und China, das ebenfalls involviert ist. Die dritte Ebene ist die der Nachbarländer: Serbien und Kroatien waren während des Krieges Aggressoren gegenüber BIH, und sie mischen sich weiterhin ein. Kroatien hat viel Einfluss im Europäischen Parlament, weil es einer der Mitgliedsstaaten ist. Sie betreiben derzeit massiv Lobbyarbeit, um den Entwurf unseres neuen Wahlrechts-Gesetzes (und sogar die Verfassung) zu beeinflussen, was uns weiter in Abhängigkeit treiben würde. Und selbst die EU und USA stimmen in ihren Interessen nicht unbedingt immer überein.

Welche Ähnlichkeiten gibt es mit anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens, wie ist die Situation dort?

Nidžara: In den umliegenden Ländern sieht es ganz anders aus. Ähnlich ist, dass die anderen Länder der Region irgendwie hoffen, wie Kroatien und Slowenien EU-Mitglieder zu werden. Durch dieses Versprechen der EU-Mitgliedschaft stehen alle Länder unter dem Einfluss und manchmal sogar leichter Manipulation dieses Prozesses. Das ist die größte Gemeinsamkeit, die sich auf unser tägliches Leben auswirkt, besonders jetzt im Moment der Pandemie, wo die meisten Länder der Region nicht genug Hilfe von der EU bekommen haben. Oder wenn es um Migration geht, wenn die Region praktisch als Hotspot genutzt wird, wo eine Art Triage stattfindet und nur die Stärksten und Hartnäckigsten die Route überqueren und in die EU gelangen können.

Gorana: Was ich in der Region des ehemaligen Jugoslawiens interessant finde, sind die unterschiedlichen Dynamiken, die sichtbar werden, wenn es um linke Organisation geht. Alle Länder sind nationalismusgetränkt, der linke Widerstand ist schwach. Aber es gibt dennoch Unterschiede: Zum Beispiel sehen wir derzeit tatsächlich mehr organisierten Widerstand, der aus Slowenien kommt, zumindest, wenn es um Menschen auf der Flucht geht. In Slowenien gab es in den 1990er Jahren viele geflüchtete Menschen aus Bosnien. Sie kämpften darum, überhaupt in ihrer Existenz anerkannt zu werden. Die slowenische Linke hatte so etwas wie eine aktivistische Basis, und das sind Referenzpunkte, an denen sie immer noch festhält. Kroatien und Serbien sind jeweils anders. Dort gab es hier und da organisierten Widerstand, sogar Graswurzel-Aktivismus, weil sie immer noch einen funktionierenden Staat haben, so dass es Leute gibt, die sich in Bezug auf diesen Staat organisieren.

Wenn du staatliche Unterdrückungsmechanismen hast, weißt du, gegen wen du kämpfen musst. Aber wenn man all diese verschiedenen Schichten hat, wie hier in Bosnien, wird es schwieriger. Und dann ist da noch die neoliberale Intervention der Friedenskonsolidierung, die viel Geld in den NGO- und Zivilektor steckte, und die bürokratischen Hürden, die damit einhergingen. In einer völlig neoliberalen Art und Weise wurden die Dienstleistungen des Staates privatisiert und an die NGOs und privaten Akteure ausgelagert, sogar die psychosoziale Unterstützung oder viele Formen der medizinischen Intervention. Durch all diese Aufgaben war es diesem Sektor gar nicht möglich, sich politisch zu organisieren. Es ging nur darum, „den sozialistischen Staat“ abzubauen und ihn mit einem dezentralisierten Staat zu ersetzen, der den Interessen weniger dient. Aber für uns war es nicht der Staat: *Wir* hatten soziales, gemeinschaftliches Eigentum.

Wenn man aus einem aktivistischen Blickwinkel auf die Privatisierung oder die Auslagerung von sozialen Dienstleistungen und so weiter schaut, ist es in vielen anderen eher autoritären Staaten oft die feministische Bewegung, die an Präsenz gewinnt oder zu wachsen beginnt. Ist in dieser Hinsicht etwas im Gange?

Nidžara: In Bosnien existiert das im Moment nicht. Es ist wie ein großes „enter the void“. Das Nichts. Wir sind sehr müde Menschen. Wir sind Überlebende eines Völkermordes. Ich weiß nicht, wie ich das sagen soll: Es ist halb-halb. Die Hälfte von uns hat den Völkermord überlebt und die zweite Hälfte hat ihn begangen. Und dann müssen wir einen Weg finden, miteinander zu reden. Und die Kraft zu finden, in dieser Art von Gesellschaft weiterzuleben, mit all diesen Einflüssen und den Problemen, über die wir gesprochen haben. Es zehrt wirklich an deiner Energie und deinen Gedanken, an allem. Nach mehr als 25 Jahren Leben in dieser Art von Leben – wenn alles, womit du aufgewachsen bist, was du weißt, was du durch deine Ausbildung gelernt hast, ständig verleugnet wird. Es ist ein Versuch, alles zu löschen, was du weißt. Wenn du von der Gesellschaft nicht wertgeschätzt wirst, weil du nicht Teil dieser magischen „Internationale Gemeinschaft-lokale politische Partei-was auch immer“-Struktur bist, ist es sehr schwer, einen Weg zu finden, sich zu organisieren und zu kämpfen. Denn selbst wenn man versucht, sich zu organisieren, hat man in dieser Art von Leere keine Ahnung, gegen was man kämpft. Normalerweise sollten wir unsere Wut auf den Staat, die Institutionen richten, aber hier gibt es so etwas nicht. Es ist sehr schwierig, um nicht zu sagen unerträglich.

Gorana: Ich bestätige die Bemerkung über die Leere. Ich versuche zu erklären, warum wir keine Art von progressiver, feministischer Bewegung haben. Wir haben keine Bewegungen, über die wir sprechen könnten, die tatsächlich die strukturelle Unterdrückung ansprechen. Zunächst einmal muss man immer den historischen und globalen Kontext betrachten. Der Krieg in Bosnien fand in den 1990er Jahren statt, nach dem Ende des so genannten Kalten Krieges. Zu dieser Zeit gab es verstärkte Interventionen des Westens, die feministische Ideen kooptierten und sie in einer neoliberalen, identitären Weise interpretierten. Deshalb waren die Nachkriegsinterventionen in Bosnien in Bezug auf die Frauen-NGOs ziemlich massiv. Wir hatten nach dem Krieg nicht die Möglichkeit, uns von diesen gebergetriebenen Interventionen in die Strukturen von Graswurzelwiderständen zu erholen. Beispielsweise sind soziale Dienstleistungen voll an die Frauen*-NGOs übergegangen, inklusive derjenigen, die sich gegen Gewalt gegen Frauen* einsetzen. Aktivismus von Frauen* wurde in den Bereich der Repräsentation in der Politik verlagert. Wenn es aber nur noch um Frauen* als Identität geht, dann ist nichts Politisches dahinter. Es reicht, dass Frauen* da sind, in der Politik und in anderen Bereichen, weiter geht es nicht. In den Interventionen bezüglich der Frauenrechte kann man tatsächlich eine ganze Menge dieser Politik des Vergessens am Werk sehen. Eines der wenigen Länder, die eine weibliche Premierministerin hatten, war übrigens Jugoslawien (Milka Planinc, 1982-1986, Anm. Red.). Ich sage nicht, dass es ideal war, es gab eine ganze Reihe von Kämpfen um Frauenrechte und -Positionen im ehemaligen Jugoslawien. Aber es waren Graswurzel-Feministinnen da, die sich organisierten und Themen einforderten.

Nach dem Krieg wurden uns alle Themen aufgezwungen. Und während wir über Frauen* in der Politik sprachen, verloren wir wirtschaftliche und soziale Rechte. In Jugoslawien gab es eine Arbeitsteilung, man musste sich immer noch damit auseinandersetzen, was als „Frauenarbeit“ und was als „Männerarbeit“ galt, vor allem im privaten Bereich. Aber wenn wir über gleiche Bezahlung sprechen: Wir hatten sie. Jetzt haben wir sie verloren, es gibt eine große Kluft, viele Frauen* werden schlechter bezahlt als Männer. Die Arbeitsrechte sind verloren gegangen, weil wir vergaßen, was wir schon hatten. Um 2003 herum wurde eine Agentur für die Gleichstellung der Geschlechter in Bosnien und Herzegowina eröffnet und als revolutionär gefeiert. Aber im vorherigen System hatten wir ein Büro für die Gleichstellung von Frauen*, das viel mehr Befugnisse hatte als die neu gegründete Agentur. Alle vergaßen absichtlich das Büro für Frauenrechte. Die Austeritätspolitik der letzten Jahre belastete zusätzlich mehr und mehr Frauen* mit Reproduktionsarbeit und nahm ihnen jede Form von politischer Handlungsfähigkeit.

Ihr sprecht von einer Politik des Vergessens. Ich stelle mir vor, dass diese Erinnerung daran, wie die Dinge für Frauen* zum Beispiel in Jugoslawien waren, immer noch da sein muss, oder? Wie ist diese Erinnerung präsent, vielleicht im Privaten? Wie beziehen sich die Menschen überhaupt auf diese Erinnerung?

Nidžara: Gelegentlich erinnert sich jemand. Aber das ist eher auf der Ebene eines Facebook-Posts, eines Tweets, wo man ein paar Partisanenfrauen sieht, aber nicht viel mehr als das. Es gibt kleine Inseln, wie das Museum der Revolution, oder wie es jetzt heißt, das Museum der Geschichte in BIH, wo es eine Dauerausstellung gibt über die Frauenbefreiungsbewegung, die antifaschistische Bewegung in Jugoslawien und die Rolle der Frauen* darin. Es ist sehr klein, sehr bescheiden, aber es ist gut, dass es diesen Ort gibt. Man kann dort von Zeit zu Zeit hingehen, wenn man ein bisschen Ermutigung braucht, um sich zu sagen: Es gibt einen anderen Weg (lacht). Gorana und ich, Aktivistinnen oder was auch immer wir sind, wir erinnern uns, aber es ist sehr privat. Es sind nicht nur wir, es gibt noch mehr: Es gibt zum Beispiel eine Fotografin, die eine erstaunliche Ausstellung mit ihrer Familiengeschichte und der Geschichte ihrer Großmutter gemacht hat, die eine junge Kämpferin während des Zweiten Weltkriegs war. Ihre Familie wuchs in dieser Tradition auf. Durch diese Ausstellung hat sie nicht nur die Geschichte ihrer Großmutter erzählt, sondern in gewisser Weise auch die Öffentlichkeit daran erinnert. Ich fand es ein sehr ernstes Projekt, das sie gemacht hat, aber im Großen und Ganzen akzeptierte das Publikum es als etwas... niedliches, wisst ihr? Einfach eine Oma, die etwas Dummes gemacht hatte, als sie noch jung war. Aber das war nicht der Punkt. Also, es hat nie wirklich diese Ebene einer anderen Interpretation erreicht. Aber vielleicht bin ich zu skeptisch, ich weiß es nicht. Gorana, siehst du etwas Besseres?

Gorana: Eigentlich würde ich noch tiefer in die Leere gehen. Ich muss hier zwei Dinge erwähnen. Wir erleben im Moment die Konstruktion der ethnischen Identität. Und wir beziehen uns auf Traditionen. Also ist es wirklich interessant zu fragen, was denn die Traditionen sind? Ich meine, natürlich sind das erfundene Traditionen, aber wenn man tatsächlich die Konstruktionen der ethnischen Gruppen macht, weil man sie für die Mobilisierung und Unterstützung der politischen Eliten braucht, dann benötigt man eine ganze Menge Traditionen, um ihre Existenz zu legitimieren. Die Berufung auf Traditionen nach dem Zweiten Weltkrieg wird durch die Tradition davor in Frage gestellt: Alles wird imaginiert und unsicher. Es gibt dieses Problem von zu vielen Schichten der Tradition, zu vielen Schichten von Bezugspunkten. Und der Krieg in den '90ern ist der Ground Zero. Es wird schwierig, das zu bewahren, was vor dem Krieg war. In gewisser Weise ist es verboten zu sagen, dass es gut war. Nidžara erwähnte, dass wir müde sind, und wir sind erschöpft. Das liegt daran, dass es nicht nur darum geht, das Rad neu zu erfinden, sondern auch zu sagen, dass es das Rad gar nicht gibt. Wir leben tief in der Fälschung, wir leben seit über 30 Jahren darin. Und besonders seit dem Friedensabkommen von Dayton vor 25 Jahren. Alles ist deep fake.

Welche Rolle spielt die Klasse, oder die Klassenwidersprüche? Ist das auch aus dem Gedächtnis gelöscht oder wie spielt die Klasse jetzt eine Rolle?

Gorana: Wir bilden uns immer weiter zurück. Eine Mehrheit der Menschen kämpft ums Überleben. Viele sind wirklich unterhalb der Armutsgrenze. Die Leute, die beschäftigt sind – und wir haben eine ziemlich signifikante Arbeitslosenquote – arbeiten für Löhne, die unter der Armutsgrenze liegen. Sie kämpfen ums Überleben und das nimmt ihre ganze Energie in Anspruch. Aufgrund der Privatisierungsprozesse und der Einverleibung des gemeinschaftlichen Eigentums durch diejenigen an der Macht, sind wir dem Feudalismus näher als allem anderen. Es gibt keine Arbeitsrechte. Die Gewerkschaften, die wirklich wichtig sind, wurden komplett zerschlagen oder es wurden identitäre Prinzipien benutzt, um sie zu spalten. Sie sind völlig disfunktional. Und mit dem Grad der Privatisierung ist es den Leuten eigentlich verboten, sich zu organisieren. Wir haben nicht viele Fabriken und Fließbänder, also ist es für die Arbeiter:innen schwer, zu kommunizieren. Viele Leute sind im Dienstleistungssektor beschäftigt: Sie sind nicht örtlich miteinander verbunden, sie können nicht miteinander reden. Die zweite Ebene ist, dass die Banken hier enormen Einfluss haben. Die Menschen stecken oft bis zum Hals in Schulden. Sie haben Angst, wegen der Banken alles zu verlieren, und deshalb schweigen sie. Das ist die Ebene des Schweigens und der Unmöglichkeit, zu mobilisieren. Die dritte Ebene, die Nidžara schon erwähnt hat, ist, dass wir ein Land sind, aus dem ziemlich viele Menschen wegziehen – mit dem Ziel, einen Job zu finden und irgendwie zu überleben. Oft sind es jüngere Menschen, die ein anderes Leben wollen, abseits der nationalistischen Markierungen hier. Ja, die Klasse spielt eine Rolle auf der Ebene, dass es

Herrschende und Ausgebeutete gibt, und es ist wirklich schwer, sich dagegen zu organisieren.

Nidžara: Es gab einige Versuche, sich zu organisieren, vor ein paar Jahren. Hauptsächlich Arbeiter:innen aus einer der zerstörten Fabriken, die durch die verbrecherische Privatisierung der Nachkriegszeit gegangen sind. Irgendwann beschloss die Arbeiter:innenschaft, sich zu organisieren. Und zwar taten sie das nicht nur untereinander, sondern schafften es, diese Idee der Organisation zu verbreiten. Es war eine Energie, die sich im Februar 2014 über das Land ausweitete und zu großen Protesten führte. In 22 Städten in Bosnien gab es irgendwann Versuche, öffentliche Versammlungen zu organisieren. Das war ziemlich einzigartig. Allerdings dauerten die Bemühungen nur recht kurz an. Von dieser Idee blieben nur Spuren übrig.

Gorana: Es ist eine einmalige Situation hier, dass die Menschen seit Beginn der Privatisierung nach dem Krieg tatsächlich 40 Monate und mehr arbeiten, ohne bezahlt zu werden – keine Gehälter, keine Kranken- oder Rentenversicherung. Es kam zu kleinen Interventionen, weil die Leute nach Erreichen des Rentenalters nicht aufhören konnten zu arbeiten, weil ihre Rentenversicherung nicht bezahlt wurde und sie dagegen protestierten. Die Mehrheit der Proteste stoppte jedoch, wenn einige Leute erfolgreich dafür gekämpft hatten, dass sie in den Ruhestand gehen und kleine Renten bekommen konnten. Sie gaben sich einfach mit dem zufrieden, was sie bekamen. Es geschah auch, dass die Menschen, die gegen fehlenden Lohn protestierten, einfach entlassen wurden und dann zu erschöpft waren, sich zu wehren. Viele verließen auch das Land: Ich denke, in ganz Westeuropa gab und gibt es ziemlich viele Menschen aus dieser Region, die in sehr ungeschützten und unsicheren Jobs arbeiten. Aber um nicht ganz pessimistisch zu sein, es gibt immer auch die kleinen Störungen: Auf der Mikroebene sehen wir das jetzt anhand des Kampfes um Flüsse und gegen Wasserkraftwerke. Der Bau vieler Werke wurde mit EU-Mitteln unterstützt: Fast jeder kann auf dieses Geld zum Ausbau erneuerbarer Energien zugreifen. Aber sie zerstören Flora und Fauna. Die Menschen begannen sich zu organisieren und für das Wasser zu kämpfen. Im Moment kommt die am besten organisierte Verteidigung gegen die Besatzung und die Unterdrückung tatsächlich von den Wasserverteidiger:innen. Die Organisation hat mindestens zehn Jahre gedauert, vielleicht sogar 15, aber jetzt sehen wir, dass diese Bewegung laut und sichtbar ist.

Wenn ihr auf die Ära Jugoslawien zurückblickt: Gibt es etwas, das Ihr hervorheben würdet, das als Wegweiser für Kämpfe heute dienen könnte? Was wäre aus eurer Sicht eine gute Sache, um daran wieder anzuknüpfen, wenn das möglich ist?

Nidžara: Was mein Leben in Jugoslawien beeinflusst hat, ist die Kultur. Bücher und Musik, aber sie sind ja noch da. Die Art von Musik, die ich höre, ist Punk und Rock 'n' Roll und ich höre immer noch dieselbe Musik und wir gehen auf dieselben Konzerte. Jugoslawien ist tot. Jugoslawien existiert nicht mehr. Das ist sehr wichtig für alle Linken in Europa. Das war's: Wir hatten es. Wir haben es versucht und unser Bestes getan. Ich habe nur knapp überlebt. Und das ist vorbei. Was wir jetzt haben, ist etwas, das wir versuchen, aufzubauen, etwas Nachhaltiges; etwas, das wir in der Zukunft nutzen können. Es gibt hier sieben Länder und jedes hat seine eigenen Probleme. Ich war 17, als Jugoslawien auseinanderfiel, und ich hoffe, dass ich etwas gelernt habe, das es eine Lektion für mich ist, und ich eine Chance haben werde, etwas mit diesem Wissen zu tun; basierend auf dieser Erfahrung, die wertvoll ist, nicht nur für mich, sondern für alle. Was ich schätze, ist immer noch da. Natürlich nicht alles, aber die Lektionen über Feminismus, über Selbstorganisation oder die Rechte der Arbeiterinnen sind Lektionen, die wir alle gelernt haben sollten. Unglücklicherweise ist die Linke in Europa bis heute nicht in der Lage zu verstehen, wie Jugoslawien auseinanderfiel, so dass sie die Zeit verliert und die Gelegenheit nicht nutzt, die Lehren aus dem jugoslawischen Experiment zu ziehen. Denn es war ein Experiment und es ist gescheitert.

Gorana: Es gibt verschiedene Konzepte von Jugoslawien. Jugoslawien als die sozialistische Bundesrepublik Jugoslawien, die, wie Nidžara sagte, ein Experiment im Sozialismus war. Dann hatten wir Jugoslawien nach der Auflösung der Föderation und wir hatten sogar Jugoslawien vor dem Zweiten Weltkrieg. Das eine war ein Königreich, die anderen waren nationalistische Länder. Jugoslawien in diesem identitären Sinne, als das Land der Südslawen, war definitiv etwas, das

gescheitert ist. Auf der anderen Seite war die Sozialistische Föderation eine ziemlich starke geopolitische Kraft. Es war aber natürlich nicht vollständig unabhängig. Es war seit den 1950er Jahren in den neoliberalen Markt und in die Art der globalen Schuldenpolitik eingebunden. In der Konsequenz führte dies zur Auflösung, zu Konflikten und Krieg. Und Jugoslawien war nie geeint. Wir hatten immer ein Problem mit Nationalismus und Orientalismus innerhalb der Länder. Dennoch, was dieses Experiment des Sozialismus angeht: Ich würde sagen, dass es großartige Ideen gab, vor allem das gesellschaftliche Eigentum und die Selbstverwaltung der Arbeiter:innen. Leider hat das aufgehört. Ich will nicht sagen, dass es gescheitert ist, aber es wurde unterbrochen, auch weil es für die Weltmächte politisch inakzeptabel war. Und in diesem Sinne würde ich immer noch gerne Teil dieses Experiments sein – in welchem Land auch immer. Diese beiden Ideen sind etwas, das ich immer noch als inspirierende Potenziale empfinde, welche die Möglichkeit in sich tragen, zu wachsen und sich weiter zu entwickeln.

Ja, ich kann mir vorstellen, dass die europäische Linke oft diese irgendwie utopische Vorstellung von Jugoslawien hat...

Gorana: Ich muss einfach sagen: Wir waren nicht totalitär in der Art, wie es andere osteuropäische Länder waren, die von sich behaupteten, sozialistische Staaten zu sein. Definitiv offener und kulturübergreifender in dem Sinne, dass wir uns für die Ideen des Westens und des Ostens geöffnet haben. Es gab gewisse totalitäre Interventionen in den '50er Jahren, und besonders der Kosovo hat das während der Zeit der Föderation gespürt. Aber manches muss eben im historischen Kontext betrachtet werden. Wenn wir nach Amerika in den '50er Jahren schauen, war dort der McCarthyismus am Werk: Menschen, die in den USA links orientiert waren, wurden verfolgt und verurteilt. Es waren auch die Dynamiken der '50er Jahre. Das kann man nicht vereinfachen. Wir sagen nicht: Lasst uns die Nostalgie vergessen, es war genauso totalitär wie die anderen. Nein, das war es nicht. Wir sagen eher, Nostalgie ist Zeitverschwendung, Jugoslawien ist nicht mehr. Konzentrieren wir uns also auf etwas Produktiveres.

Nidžara: Ich möchte das erklären, indem ich zurück zur Musik und zur Kultur und sogar zum Journalismus gehe. Damals, in den '80er Jahren, waren alle diese drei Lebensbereiche, einige andere auch, auf einem anderen Niveau als heute. In Sarajevo war ich vor dem Krieg in einer Art Underground-Szene, und einige Ideen, die ich und meine Rock/Punk-Freunde entwickelten und mit denen wir aufwuchsen, sind wahrscheinlich viel fortschrittlicher als die Ideen, von denen ich heute höre. Die Musik war besser, die Literatur war besser, der Journalismus war besser. Selbst im IT-Sektor waren wir besser. Wir haben es irgendwie geschafft, ein gewisses Niveau zu erreichen, das mit dem Krieg, aber auch mit der Nachkriegsintervention und allem, was seitdem passiert ist, getötet wurde. Vor ein paar Jahren traf ich einen Künstler, der aus Wien hierher kam, und er war so begeistert. Er kam für eine Ausstellung hierher, aber er blieb vier Monate lang. Und ich fragte ihn, was ihm an Bosnien so gut gefällt, und er meinte, wie interessant es sei, als ginge man in die '60er Jahre zurück. Für mich war das niederschmetternd. Aber dann habe ich verstanden: Ja, wir gehen zurück in die '60er Jahre. Und die '80er Jahre – die Periode, in der ich aufgewachsen bin, die Periode, in der Jugoslawien, dieses Experiment, endlich einige Punkte erreichte oder anfang zu erreichen und aufzusteigen; diese Periode ist vergessen, einfach gelöscht. Ich weiß nicht, was den Rock'n'Roll in Jugoslawien getötet hat, aber irgendetwas war es.

Wir machen zusätzlich zu unserer Ausgabe eine Radiosendung, in der es auch um Musik geht. Wenn Du also gute Vorschläge hast, was wir spielen sollen...

Nidžara: Die Art von Musik, die wir in den '80ern hatten, hätte man zu dieser Zeit auch in London hören können. Wir sind zu den Konzerten gegangen und haben durch die Lieder gelernt, was es heißt, politisch zu sein. Die Musik war politisch, und die Literatur auch. Viele meiner politischen Überzeugungen sind in der jugoslawischen Kultur und Kunst der '80er Jahre verwurzelt. Heute kann man sie nicht mehr finden. Wir haben zwar einige Musiker:innen, die sich heute engagieren. Aber nicht auf dieselbe Art und Weise. Meine Generation, wir waren alle politisch. Als ich eine 17-Jährige war, brachten wir immer ein Radio mit in die Schule und hörten uns ein sehr politisches

Programm an, das hier in Sarajevo im Radio lief. Selbst jetzt bin ich mir nicht sicher, ob ich eine ähnliche Talkshow höre wie die, mit der ich aufgewachsen bin. Die Sendung hat mich zum Nachdenken gebracht. Und es spielte eine entscheidende Rolle bei vielen meiner zukünftigen Unternehmungen. Der Art und Weise, wie ich den Krieg überlebt habe. Es hat mich dazu gebracht, weit weg von Nationalismus und Faschismus zu sein. Gerade jetzt wachsen diese Ideen und Formationen überall auf der Welt, auch in Bosnien. Hier ist es ein wirklich gefährlicher Boden für die Entwicklung und Verankerung der rechtsradikalen Überzeugungen. Und es ist schockierend, dass man jetzt und immer öfter die Hakenkreuze und diese Art von Dingen um uns herum sehen kann, und nicht viele Menschen bereit sind, die Gefahr zu erkennen.

Kürzlich hatten wir Besuch von der AfD hier in Bosnien, die sich mit Regierungsvertreter:innen in einem Gebiet nahe der EU-Grenze getroffen haben. Was in den Medien veröffentlicht wurde, ist, dass sie über die Migrant:innen gesprochen haben. Zweieinhalb Stunden lang. Das Netzwerk wird hier immer stärker, was sehr einfach ist, weil wir so viele Leute haben, die nationalistische und faschistische Ideen unterstützen. Ich behaupte immer, dass Europa während des Krieges zugelassen hat, dass sich der Faschismus vom Balkan aus verbreitet. Sie haben nichts getan, um ihn zu stoppen, dreieinhalb Jahre lang. Bis heute habe ich nicht gehört, dass europäische Politiker Radovan Karadžić und Ratko Mladić als Faschisten bezeichnen. Aber genau das sind sie! Kriegsverbrecher, das ist nicht stark genug. Es sagt nichts aus. Sie sind Mörder und sie sind Faschisten. Sie stehen hinter der faschistischen Ideologie, die Tausende von Menschen in dieser Region getötet, vergewaltigt und gefoltert hat. Und sie sollten so genannt werden, wie sie es sind. Karadžić und die anderen als Kriegsverbrecher zu betiteln, ist, als würde man sie als Helden bezeichnen, es macht sie zu Idolen für neue faschistische Generationen. Ich nenne sie Mörder. Diese Leute, sie haben so viele Menschen getötet, in Srebrenica und an so vielen anderen Orten. Und ihr habt uns sterben lassen. Wir sind für euch gestorben. Das passiert jetzt, wenn ihr zulässt, dass Faschisten so viele Menschen vor eurer Tür töten, und ihr passt nicht auf. Sie klopfen an eure Türen. Und das ist etwas, was ihr aus dem Zweiten Weltkrieg hätten lernen sollen. Wir haben es nicht. Wir haben Denkmäler gebaut. Aber es ist nichts dahinter.

Das ist wichtig für uns zu hören und zu verstehen, danke. Nidžara, du wurdest vor ein paar Tagen von der Polizei festgenommen. Sie haben dich herausgegriffen und stundenlang festgehalten. Siehst du diese Angriffe auf politische Aktivistinnen wie dich und andere im Rahmen der autoritären Gewalt des Staates, vielleicht auch geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Menschen, die Migrant:innen sind oder sich für sie einsetzen?

Nidžara: Ich sehe es tatsächlich so. Um diese Zeit werden hier täglich viele Migrant:innen verhaftet. Sie werden verprügelt und manchmal stiehlt die Polizei sogar ihr Eigentum. Niemand reagiert darauf. Deshalb bin ich in gewisser Weise ein bisschen privilegiert. Anfang März 2021 haben sie mich nach einem Streit auf der Straße in Gewahrsam genommen, ohne zu wissen, wer ich bin. Für sie sahen sie nur einen weiblichen Körper, einen Körper, der redet. Was für zwei von ihnen ein Problem war. Aber in dem Moment, in dem sie mich in die Polizeiwache brachten und während der nächsten sechs Stunden, wurde ihnen sehr schnell klar, wer ich bin. Alles, was in diesen sechs Stunden geschah, war dazu gedacht, jedem, der auch nur die Absicht hat, nicht zu gehorchen, die Botschaft zu senden, die Klappe zu halten. Ich wurde beleidigt, ich durfte anfangs keinen Anwalt anrufen. Sie haben mir nie Wasser oder Essen angeboten. Als sie merkten, dass sie mir nichts antun können, haben sie mich auf jede erdenkliche Weise gedemütigt. Es endete damit, dass man mich in eine Zelle steckte und mir befahl, mich nackt auszuziehen. Als sie einer jungen weiblichen Polizistin befahlen, auch meinen Körper zu durchsuchen, tat sie zumindest das nicht. Irgendwann, als ich meinen Schlüpfers auszog, sagte sie: „Jetzt hören Sie bitte auf“. Vielleicht hatte sie ein schlechtes Gewissen. Ich hoffe, sie hat verstanden, was sie da tat. Ich habe an den Fall von David Dragicevic denken müssen, der 2018 ermordet wurde. Die Zusammenhänge sind noch unklar, viele Menschen glauben, dass die Polizei in irgendeiner Weise involviert war. Im Gegensatz zu mir hatte David keine Zeit, eine rasche Nachricht auf Facebook zu posten, in der er von seiner

laufenden Verhaftung berichtete. Von dem Moment an, als die Polizei anfing, sich mir gegenüber sehr feindselig zu verhalten, habe ich angefangen, es mit meinem Handy zu filmen. Und ich schaffte es, einen Moment, bevor sie mir das Telefon wegnahmen, zu nutzen, um dieses Video in die Öffentlichkeit zu schicken. David hatte diese Chance nicht. Er ist gestorben.

Alles nach meiner Verhaftung war eine Botschaft an alle ungehorsamen Frauen und Aktivist:innen in diesem Land. Aber die Leute lesen jetzt darüber. Ich bekomme ziemlich viel Unterstützung, ich erhalte immer noch Nachrichten in sozialen Netzwerken und privat. Interessanterweise kommen viele von den Kindern meiner Freund:innen, die jetzt Teenager sind, die meine Reaktion sehr wichtig finden und sich bei mir bedanken. Für mich ist es sehr interessant zu merken, welche Botschaft sie erhalten, wenn sie sehen, dass eine Frau sich nicht einschüchtern lässt und sogar lacht, während sie verhaftet, festgehalten und heruntergemacht wird. Sie sind ermutigt durch mich, in Situationen wie diesen nicht aufzugeben. Und ich fühle mich durch diese Heranwachsenden ermutigt.

Ihr habt uns so viel über die negativen Aspekte erzählt und wie müde und erschöpft die Menschen sind. Aber Ihr seid sehr aktiv - was gibt euch Energie und was spornt euch an, weiterzumachen?

Nidžara: Im Moment kommt die größte Kraft für mich von den Menschen, die unterwegs sind und denen ich begegne. Für mich ist es unglaublich, wie stark manche von ihnen sind. Es ist keine Wohltätigkeit, ich unterstütze diese Art von Ansatz nicht – vielmehr sehe ich sie. Es ist ein großes Privileg für mich, wenn sie mich annehmen und mir von ihren Kämpfen erzählen. Ich denke, was sie tun, ist so wichtig für uns alle. Sie kämpfen für die Freiheit von uns allen, für die Bewegungsfreiheit, für die Redefreiheit, für die Freiheit zu denken, für die Freiheit zu gehen. Ich treffe viele Menschen, die auf dem Weg sind, weil sie zu jemandem gehen, den sie lieben, und das ist der Grund für ihre Bewegung. Sie sind eine große Inspiration für mich und ich verbringe viel Zeit damit, einfach mit ihnen zu sprechen. Selbst wenn sie sehr jung sind, ist es wirklich erstaunlich, wie sie einen Weg finden, diesen Mut auf andere zu übertragen. Meine Familie ist in den sechs Jahren, in denen ich auf der Balkanroute bin, so gewachsen. Ich wurde ein Teil ihrer Familien, und sie wurden ein Teil von mir und meinem Leben. Sie sind mir wirklich ans Herz gewachsen. Das zweite, was mich ermutigt hat, sind die Proteste, die auf der ganzen Welt stattfinden. Es ist gut, die Black-Lives-Matter-Bewegung zu sehen, die Art, wie sie kämpfen. Ich habe einige der Aktivist:innen über das Internet kennengelernt und lerne von ihnen – viele von ihnen sind Frauen*, die auch wahnsinnig gute Literatur und Essays schreiben, das erstaunt mich. Und natürlich auch die Leute hier, die immer noch nicht aufgegeben haben; Freund:innen oder Leute, denen ich folge, wie der Familie von David. Wir haben in den letzten 25 Jahren sehr turbulente Zeiten erlebt und all diese Dinge überlebt. Ein Großteil meiner Inspiration kommt von anderen Menschen und ich lerne von den Menschen, die mich auf jede erdenkliche Weise umgeben.

Gorana: Es ist nur eine Frage der Umstände. Was würde ich wohl tun, wenn mich der Krieg nicht beeinflusst hätte? Ich war 19, als der Krieg begann, das hat mich geprägt und angetrieben. All mein Aktivismus und meine Gedanken sind auf Frieden ausgerichtet. Und ich fühle mich dafür verantwortlich, so gut ich kann, Frieden zu schaffen. Ideologisch wurde ich sozialistisch-kommunistisch geprägt und diese Art von Ideologie hat mich nie enttäuscht. Sie führt mich in diese Richtung. Frieden ist verbunden mit meinem Verständnis von dem, was die politische Linke tun und anstreben sollte.

Nidžara Ahmetasevic ist Menschenrechtaktivistin, Journalistin und unabhängige Forscherin, die sich derzeit vor allem mit der Situation von Migrant:innen und flüchtenden Menschen in Bosnien und Herzegowina befasst. Gorana Mlinarević ist eine feministische Aktivistin und Forscherin. Neben der Kritik am internationalen Strafrecht, vor allem in Bezug auf die Verfolgung sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten, untersucht sie die ökonomischen und sozialen Realitäten der Nachkriegsgesellschaft in Bosnien-Herzegowina. Beide leben in Sarajevo.

Das Interview wurde geführt von Johanna Bröse und Johanna Tirnthal. Übersetzung von Johanna Bröse.

Bild: Antifaschistisches Denkmal für die Opfer des Massakers von Bihać in Garavice, Bosnien und Herzegowina. (c) [Spomenik Database](#)/Donald Niebyl.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Nostalgie ist Zeitverschwendung“. Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1687>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Post-Jugoslawische Erinnerungskultur und die partisanische Geste



Essay von Gal Kirn

Wer den jugoslawischen Transitionsprozess verstehen will, darf sich nicht nur die Aneignungen durch das Kapital ansehen, sondern auch die staatliche Aneignung der antifaschistischen Erinnerung.

Essay von [Gal Kirn](#)

Marx war im ersten Band seines Hauptwerkes „Das Kapital“ hauptsächlich daran interessiert, wie Kapital und Ware logisch erfasst werden können, um so zu seiner eigentlichen Problemstellung zu gelangen, nämlich der Produktion des Mehrwerts. Die historische Formierung von Kapital stand nicht im Fokus seiner Aufmerksamkeit und er widmete sich dieser Frage nur in wenigen Kapiteln am Ende des ersten Bandes. Marx' historische Analyse spricht von einer Begegnung von Kapital und Arbeit, die nach einer ganz anderen Logik verlief, als es der Mythos von Robinson Crusoe nahelegte. Nicht etwa die individuelle Kreativität eines Robinsons oder Adam Smiths unsichtbare Hand waren am Werk, sondern eine Reihe historischer Voraussetzungen mussten gegeben sein. Marx liest das bürgerliche Narrativ vom mythischen Ursprung als eine biblische Geschichte des „Sündenfalls“. Es ist die alte Geschichte von der Einteilung der Gesellschaft in die fleißigen und verdienstvollen Kapitalisten (Robinson) und jene, die faul, arm, rassifiziert, überschüssig sind und als solche nichts anderes als ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben. Historisch gesprochen sind das Fake News. Im Gegensatz dazu bringt Marx nun eine Analyse in die Debatte ein, die die Ursprünge des Kapitalismus an seine nicht-ökonomischen Bedingungen koppelt, nämlich an den sozialen Prozess, bestehend aus Rechtsprechung, staatlicher Gewalt und Kolonialismus. Die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals bestand darin, die notwendigen Arbeitskräfte für die Fabrikanten bereitzustellen, indem die Gemeinflur der Bauern (Allmende) enteignet wurde und die nun freigesetzten Bauern als Strafe fürs Vagabundieren und Betteln in die Fabriken gedrängt wurden. Der Kolonialismus sicherte mit seiner Brutalität gegen die versklavten und niedergemetzelten Bevölkerungen zeitgleich die Expansion von kapitalistischen Märkten. Dieses Konzept ist nicht nur hilfreich für die historische Bewertung der Ursprünge der kapitalistischen Produktionsweise im Verhältnis zu vormodernen, „primitiven“ Formen des Kapitalismus. Vielmehr ermöglicht uns Marx, die „ursprünglichen“ Muster der Kapitalakkumulation aufzuspüren, die in jedem Zyklus systematischer Krisen mit äußerst gewaltvollen Mitteln gegen alle Hindernisse, die sich dem Kapital entgegenstellen, angewandt werden.

Ursprüngliche Akkumulation der Erinnerung

Mit einigen Spezifikationen kann das Konzept genutzt werden, um die post-sozialistische Übergangsphase zu verstehen. Es ist einleuchtend, dass der Druck der gesamten außer-ökonomischen Politiken, von der Marktreform über die Denationalisierungsgesetze bis hin zur Austeritätspolitik, sowie ausländischen Krediten, nötig waren, um diesen Übergang (Transition) umzusetzen. Aber ich möchte dieser Betrachtung noch einen anderen Dreh geben. Man findet in vielen kritischen Überlegungen zur post-sozialistischen Transition eine Trennung zwischen den Ideologiekritiker*innen, bei denen der Geschichtsrevisionismus und Liberalismus als dominante

Ideologien verstanden werden und den Kritiker*innen der politischen Ökonomie, die den neoliberalen Kapitalismus angreifen. Die Ideologiekritik tendiert dazu, die Analyse mit ihrer Kritik des Nationalismus und des Krieges zu überschreiben und sich auf die Analyse der Handlungsmacht des Staates zu konzentrieren. Die Kritik der politischen Ökonomie behandelt hingegen den Nationalismus als sekundäres Phänomen, welches außerdem in den Zeiten des Sozialismus nicht vorhanden gewesen sei; ihren Fokus legt sie auf die Handlungsmacht des Kapitals. Anstatt sich für eine der beiden Alternativen entscheiden zu müssen, kann das Konzept der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals beide Seiten des Transitionsprozesses gleichzeitig in den Blick nehmen.

Selbst diejenigen, die den Post-Sozialismus als soziale und von kapitalistischen Elementen bestimmte Übergangsformation betrachten, müssen zur Kenntnis nehmen, dass Staat und Ideologie den historischen Prozess während der Kriege gelenkt und damit die Wirklichkeit mitgestaltet haben, einschließlich der ökonomischen Transition. Erst durch den Ausnahmezustand konnte die ökonomische Transition zum Kapitalismus so reibungslos vollzogen werden. So betrachtet war der Krieg die ultimative Verausgabung (Verschwendung und Zerstörung) von Ressourcen, Infrastruktur, Reichtum und Menschen, die im Sozialismus akkumuliert und geboren worden waren. Der Krieg und der Übergang zum Kapitalismus entfesselten das ungeheure Ausmaß an Gewalt, das zur Demontage der sozialistischen Wirtschaftsformen und für die Durchsetzung eines privaten Arbeitsmarktes notwendig war. Es kam zum Ausverkauf – also zur Privatisierung – der akkumulierten und sozialisierten Produktions- und Reproduktionsmittel und ihrer Infrastruktur. Am Ende dieses Prozesses stand die Ermordung von rund 140.000 Menschen, die Marginalisierung ganzer gesellschaftlicher Gruppen und Minderheiten, Klassenschichtung, zunehmende Verelendung und große Migrationswellen. Die post-sozialistische Transition kam als Modernisierungskampagne daher und wurde in enger Abstimmung mit ausländischen Investitionsagenturen und mit den Befugnissen der EU durchgeführt. Man sollte jedoch nicht vergessen, dass der post-sozialistische Übergang effektiv von innen heraus und als Folge von internen Brüchen der selbstbestimmten Entwicklung organisiert wurde.

Die ökonomischen Auseinandersetzungen wurden begleitet von einer gegenrevolutionären Umdeutung des Geschichtsnarrativs und des ideologischen Apparates, die nicht nur auf die Erinnerung an die sozialistische Ära abzielte, sondern insbesondere auf Ereignisse vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Im post-jugoslawischen Kontext präsentierte sich das nationale Drama als „doppelte Okkupation“, zuerst durch die Faschisten/Nazis (Italien/Deutschland) und danach durch die Stalinisten/Tito (Sowjetunion/Jugoslawien), welche erst überwunden wurde durch den siegreichen Helden: die Nation. Diese sei stets eine tragische Figur gewesen, die die meiste Zeit dem grausamen Spiel äußerer Mächte unterworfen war, nun aber endlich frei in Unabhängigkeit leben konnte. Logischerweise musste die historische Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg einer umfassenden Revision unterzogen werden, galt es doch, viele Ereignisse und nationale Gruppen reinzuwaschen, die offen mit den Faschisten kollaboriert hatten. Die gesellschaftlichen Kräfte, die diesen ideologischen Angriff durchführten, wurzelten im Anti-Kommunismus, mehr aber noch in einer allgemeinen Welle der Re-Traditionalisierung mittels Nationalismus, Patriarchat und Kirche. In seiner Analyse zu den Tendenzen in der Zivilgesellschaft und der Opposition gegen das sozialistische Einparteien-System sprach Tomaž Mastnak bereits 1987 von einem „Totalitarismus von unten“, der auf eine Nationalisierung und Traditionalisierung der (Zivil-)Gesellschaft drängte. Auch die 1990er Jahre brachten keinen Ausgleich zwischen dem neuen Staat und der Zivilgesellschaft, stattdessen verschmolzen die zivilgesellschaftlichen Akteure mit neuen und alten politischen Parteien im neuen Staat. Die neoliberale Globalisierung sollte neben dem strikt freien Markt auch fluide nationale Identitäten fördern. Aber dies war nicht der Fall, vielmehr fand ein großer konservativer Backlash entlang der Linien einer „erfundenen Tradition“ statt. Im post-sozialistischen Kontext wurde auf diese Weise die Nation an ihre angeblich vormoderne Authentizität gebunden und ein unzertrennliches Bündnis zwischen Nation und Religion geschmiedet:

„Erfundene Tradition‘ meint ein Ensemble von Praktiken, die normalerweise durch offen oder stillschweigend akzeptierte Regeln gesteuert werden und von ritueller oder symbolischer Natur sind. Durch stete Wiederholung werden bestimmte Werte und Verhaltensnormen eingepflegt, was automatisch eine Kontinuität mit der Vergangenheit suggeriert. Präziser ausgedrückt, es wird versucht, Kontinuität mit einer besonders geeigneten historischen Vergangenheit herzustellen.“ (Hobsbawm 1983, S. 1 Übers. d. Red.)

In dieser Konstellation mussten die historischen Erinnerungen an den Sozialismus und den Zweiten Weltkrieg maßgeblichen Veränderungen unterzogen werden. Alles, wofür Jugoslawien einst stand, sollte ideologisch entkernt werden. Der historische und politische Revisionismus führte einen ideologischen Feldzug an, mit dem Ziel, Traditionen neu zu erfinden, welche die Nation als ewig definierten und ihre angebliche Substanz und Religion gleich mit. Die neue-alte Doppelbindung zeigte sich wie folgt: Kroatisch-katholisch, serbisch-orthodox, bosnisch-muslimisch, slowenisch-katholisch. Und die entsprechenden Traditionen erfand man hinzu.

Der Prozess der „erfundenen Tradition“ sollte insofern nicht nur im Sinne seiner Fähigkeiten verstanden werden, die „echte“ Tradition anzupassen und sie zu ersetzen, wie es von Hobsbawm nahegelegt wird, vielmehr muss der Begriff in enger Wechselbeziehung mit dem Marx’schen Konzept der ursprünglichen Akkumulation gedacht werden. Ich schlage daher vor, diese Wechselbeziehung als „ursprüngliche Akkumulation von Erinnerung durch den Staat“ zu bezeichnen. Der Zusammenhang ist durch eine umfassende Neuerfindung von Erinnerung und Tradition gekennzeichnet und erklärt zusätzlich die Entstehung einer starken Verflechtung zwischen Nationalstaat und Kapital in den ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken. Die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals wurde im Namen der Nation betrieben und enteignete die Menschen von vergesellschaftetem Eigentum, als solche kann sie als innerlich verbunden mit der Akkumulation von Erinnerung durch den Staat angesehen werden. Es gehört zu den Paradoxen des Transitionsprozesses, dass die Erinnerungsakkumulation Nationalstolz und ethnifizierte Hass verstärkte, während die Kapitalakkumulation in den neuen Staaten den Menschen ihr vergesellschaftetes Eigentum nahm. Kurz gesagt: Die Denationalisierung raubte ihnen die materielle Basis (für ihren Nationalstolz). Im herkömmlichen Marx’schen Sinne ist es die ökonomische Instanz, die andere Instanzen (zum Beispiel Politik, Ideologie, Kultur) bestimmt, wohingegen sich im Bürgerkrieg der 1990er Jahre das Zusammenspiel zwischen den Instanzen in der „ursprünglichen Akkumulation durch den Staat“ manifestierte. In anderen Worten: Instanzen der Politik übten einen hohen Grad an Autonomie aus und wurden zur Voraussetzung für die neoliberale ökonomische Transition. Die Gewalt des neuen Staates musste nicht verheimlicht werden, sondern wurde die dominante Sprache und Praxis in Post-Jugoslawien.

Die Akkumulation der Erinnerung durch den Staat setzte symbolische Gewalt gegen die Vergangenheit ein. Sie war eng verbunden mit der physischen Zerstörung von Partisan*innen-Denkmalen und Büchern, der Umbenennung von Straßen und Schulen sowie der Auslöschung von Ideen, die an unangepasste, modernistische, partisanische oder sozialistische Figuren und Zeiten erinnerten. Dies verstärkte sich durch die ethnischen Säuberungen und legale Formen der Vertreibungen von Menschen, die diese Ideen oder die neuen Grenzen der Nationalstaaten nicht anerkannten. Der einfachste Weg, sich des partisanisch-sozialistischen Jugoslawiens zu entledigen, bestand darin, es als „totalitär“ zu bezeichnen und so eine Parallele zwischen Faschismus und Kommunismus zu ziehen. Diese Mär beflügelte die Fantasie sowohl der liberalen als auch der nationalistischen Kritiker*innen Jugoslawiens. Doch ein kurzer Blick genügt, um zu erkennen, dass die Totalitarismus-Brille die Realität verzerrt: Zum einen führten die Partisan*innen in Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg einen erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus (sie besiegten Hitler); zum anderen, war Jugoslawien als sozialistischer Staat in der Lage, ein hohes Maß an politischer Autonomie zu erlangen und 1948 Stalin zu „besiegen“. Wenn wir den Begriff Totalitarismus im jugoslawischen Kontext anwenden, dann müssen wir feststellen, dass es der Partisan Tito und der Staatsmann Tito war, der beide Formen des Totalitarismus zurückschlug. Das mag nach einer banalen historischen Tatsache klingen, aber das jugoslawische Erbe wurde in den letzten 20

Jahren derart schwarz-weiß dargestellt, dass sowohl die banalen historischen Fakten, als auch die Besonderheiten Jugoslawiens weitergetragen werden müssen. Die Besonderheit des jugoslawischen Wegs bestand in verschiedenen Alltagspraktiken ebenso wie in der politischen und kulturellen Kritik seitens der Arbeiter*innenselbstverwaltung mit ihrer äußerst komplexen politischen und ökonomischen Logik. Statt ein Abbild des Totalitarismus zu sein, war das partisanisch-sozialistische Jugoslawien der Name und die Gestalt für eine transnationale und föderale Idee; eine Idee, die aus der Revolution entstand und die in der multinationalen und antifaschistischen Solidarität ihren Ausgang genommen hatte. Gerade wegen der Einzigartigkeit des Partisanenkampfes, der relativen Autonomie und des ökonomischen Wohlstands des sozialistischen Jugoslawiens ist es ein dramatischer Rückschritt, dass die jüngere Vergangenheit in einen post-jugoslawischen Revisionismus, die Kriege und einen Bildersturm zurückfiel.

Im Vergleich ist der post-jugoslawische Revisionismus in seinen diskursiven und erinnerungsbezogenen Formen gar nicht so verschieden vom Revisionismus im Rest Europas zu dieser Zeit, doch hat er nur in der post-jugoslawischen Region zu Kriegen geführt. Die ersten wichtigen Schritte in Richtung erinnerungspolitischer Regression gehen auf den revisionistischen (west-)deutschen Historiker Ernst Nolte und die Nouveaux Philosophes zurück, welche die Debatte in Frankreich beherrschten. Der Aufstieg des Neoliberalismus war eine Attacke gegen den Wohlfahrtsstaat und ein neokonservativer Angriff auf die emanzipatorischen Narrative der Vergangenheit. Diese Verschiebung im kollektiven Gedächtnis wird deutlich durch ein politisches Ereignis im Jahr 1987 markiert, da es darauf angelegt war, den Faschismus öffentlich zu rehabilitieren: Der westdeutsche Bundeskanzler Helmut Kohl organisierte damals kurzfristig eine Gedenkveranstaltung auf dem Soldatenfriedhof Bitburg zusammen mit dem US-Präsidenten Ronald Reagan. Während sie der alliierten Invasion in der Normandie gedachten, beschlossen sie auch, den 2.000 gefallenen deutschen Soldaten in Bitburg die Ehre zu erweisen, unter ihnen 50 Angehörige der SS. Es spielte keine Rolle, dass Nolte und Co. im Historikerstreit der späten 1980er Jahre eine akademische Niederlage einstecken mussten, denn mit der Deutschen Wiedervereinigung und dem Untergang des Sozialismus wurde die revisionistische Geschichtsschreibung schnell zum wirkmächtigsten Narrativ der neuen Nationalstaaten in Osteuropa und diente der Musealisierung der sozialistischen Vergangenheit in Europa. Der Geschichtsrevisionismus schlug sich in einer ganzen Reihe von kulturellen und akademischen Institutionen nieder: Museen, Forschungszentren und Zeitschriften, ebenso wie Gedenkstätten, Dokumentarfilme und Kommissionen, die alle eine Geschichte totalitärer Gewalt – wohlgemerkt: kommunistischer und partisanischer – belegen sollten. In der post-jugoslawischen Transition führte der rechte Geschichtsrevisionismus zu ethnischen Kriegen und zur Säuberung der revolutionären und antifaschistischen Vergangenheit. Obwohl die neuen Akteur*innen der post-jugoslawischen Transition durch die unterschiedlichen ethnischen Gemeinschaften getrennt waren, schlugen sie kollektiv den Kurs der historischen Regression ein – der Verschiebung vom Föderalismus, der Multiethnizität und der Transnationalität Jugoslawiens hin zu einem ethnisch exklusiven Konzept der neuen Staaten; sie überführten die gerechte Verteilung des Mehrwerts und die Ermächtigung der Arbeiter*innen in brutale Formen der Ausbeutung und eine hierarchische Sozialstruktur, die letztendlich starre Klasseneinteilungen, Verarmung und eine unbedeutende Stellung in der europäischen Ökonomie bedeuteten.

Im post-sozialistischen Kontext wurde die nun sichtbare Hand der Nation als direkte Verbindung in eine weit zurückreichende – für jede Nation spezifische – Vergangenheit präsentiert. Im Verlauf der 1980er und 1990er Jahre wurde an der „Struktur der Gefühle“ (Williams 1961) gearbeitet, und es gelang, die jüngste wie auch die zurückliegende Geschichte als eine bruchlose Erinnerung im Lichte einer Einheit der Nation neu zu interpretieren. Die nationalistische Modernisierung wurde vorangetrieben, obwohl es sich zu diesem Zeitpunkt bereits um ein erkenntnistheoretisch überholtes Projekt handelte, das schon seit den 1970er Jahren von verschiedenen kritischen Feministinnen, post-kolonialen und marxistischen Theoretiker*innen dekonstruiert und kritisiert wurde. Die Akkumulation von Erinnerung durch den neuen Staat und seine neuen Historiker*innen leugnete die etablierte Lehre der Geschichtswissenschaft, nach der moderne

Nationen vor dem sogenannten „Frühling der Nationen“ (1848) nicht existiert hatten. Darüber hinaus grub diese ursprüngliche Akkumulation tief in der Vergangenheit, um ihr „symbolisches Kapital“ zutage zu fördern. So trugen die neuen Historiker*innen und politischen Eliten dazu bei, nationale Mythen und persönlichen Reichtum zu begünstigen, indem sie mit der Geschichte anstatt mit der Zukunft spekulierten. Konkret richteten sich diese Spekulationen auf eine Reihe trügerischer Ereignisse: Die nationalistische Ideologie Serbiens wurde zum 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld (1389) eingeführt mit all ihren Traumata; „Großkroatien“ machte sich das mittelalterliche Königreich Kroatien zu eigen, während Bosnien mit dem Erbe des mittelalterlichen Königreichs und des Osmanischen Reiches operierte. Die nationalistische Ideologie Sloweniens tauchte sogar noch tiefer in die Vergangenheit ab, bis zum frühmittelalterlichen Fürstentum Karantainen und verwirklichte den vermeintlich Jahrtausende alten Traum vom ersten unabhängigen Staat. Nur durch einen spekulativen Kraftakt war es überhaupt möglich, eine geschichtliche Kontinuitätslinie bis in die Gegenwart zu ziehen. Ihren Höhepunkt erreichte diese Erinnerungsspekulation in Nord-Mazedonien, wo man sich daran machte, den Ruhm und das Erbe von Alexander dem Großen wiederzubeleben. Es spielte dabei keine Rolle, dass Alexander der Große im griechischen Teil von Mazedonien geboren worden war, und auch nicht, dass er kein Mazedonisch gesprochen hat. Worauf es inmitten einer prekären und unsicheren Gegenwart und Zukunft allein ankam, war, die Ursprünge der Nation weit in die Vergangenheit zu verlegen.

Grübelt man über die Absurditäten dieser Akkumulation von Erinnerung in den neuen Nationalstaaten nach, kann das leicht eine ironische und arrogante Fingerübung darüber werden, wie sich der Geist der herrschenden Klasse in den neuen Nationalstaaten offenbarte. Doch anstatt sich von den entfernten historischen Ursprüngen ablenken zu lassen, sollte man sich lieber der tragischen Verkehrung durch die wiedererstandenen Geister des 20. Jahrhunderts zuwenden. Alle neuen nationalistischen Ideologien haben ein besonderes Interesse an der Zeit des Zweiten Weltkriegs, schon Walter Benjamin warnte zurecht: „[A]uch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.“ (Benjamin 1980, S. 695) Benjamin dachte dabei an die herrschende Klasse und die Gefahr des Faschismus in den 1930er Jahren, die im Zweiten Weltkrieg schreckliche Wahrheit wurde und nach Auschwitz mit dem mahnenden Appell „Nie wieder“ enden sollte. Diese moralische Norm, die auch zur offiziellen Ideologie des sozialistischen Jugoslawiens gehörte, wurde in den 1990er Jahren einfach entsorgt. Im post-jugoslawischen Kontext wurden darüber hinaus die im Zweiten Weltkrieg geschlagenen Faschisten rehabilitiert und mancherorts sogar als die wahren Patrioten der jeweiligen Nationen gefeiert. Diese wiederaufgestandenen Toten waren die lokalen faschistischen Kollaborateure: die Tschetniks, Ustascha, Slowenische Landwehr und andere. Die Parolen dieser „wahren Patrioten“ und die Idee einer großen Nation wurden im Zuge der neuen Kriege heroisiert. Die Politik von ethnisch gesäuberten und international anerkannten Gebieten trug auch noch im Friedensabkommen von Dayton 1995 den Sieg davon. Die „wahren Patrioten“ wurden als die wirklichen Opfer der totalitären-partisanischen Vergangenheit anerkannt und einigen von ihnen sogar öffentlich oder privat gedacht in Gedächtnisinschriften, Denkmälern, überarbeiteten Schulbüchern, TV-Serien, Wikipedia-Einträgen und Ausstellungen in Museen. Kurz gesagt, der rechte Geschichtsrevisionismus ersann erfolgreich neue „Erinnerungsorte“ (Opfer totalitärer Verbrechen; Rehabilitation faschistischer Kollaborateure), die eine Reihe neuer Praktiken hervorbrachten und so den ideologischen Zusammenhalt der neuen Nationalstaaten stärkten.

Einige kritische Bemerkungen zur Jugonostalgie

Die post-sozialistische Ideologie wurde nicht allein vom rechten Geschichtsrevisionismus geprägt. Eine positive Erzählung über die sozialistische Vergangenheit erschien als Widerstand gegen Nationalismus und ethnische Kriege. Viele Forscher*innen bezeichneten die ideologische Ablehnung der neuen Grenzen der kleinen Nationalstaaten und die gleichzeitige Befürwortung eines Nachlebens Jugoslawiens als Jugonostalgie. Nostalgie wird typischerweise als Sehnsucht nach einer Vergangenheit definiert, die nie existierte, und ist als solche gekennzeichnet durch die

obsessive Fixierung auf die Vergangenheit als eine Art des Widerstands gegen die Gegenwart. Jugonostalgie ist ein Narrativ, das alles idealisiert, was mit der Partisanenzeit und dem sozialistischen Jugoslawien verbunden ist und oftmals unter der Persönlichkeit Tito vereint wird. Die konstante Referenz auf die große Führerschaft Titos ist eine positive Aneignung der „totalitären“ Vorstellung eines „Personenkults“ und trägt auf vielerlei Weise zur Kommodifizierung der Vergangenheit durch Memorabilien, Kneipennetzwerke, Pilgerorte und Feiertage bei. Grob gesagt kann Jugonostalgie an seinen passivierenden Effekten auf den Einzelnen gemessen werden. Tanja Petrović legte jedoch eine solide historisch-anthropologische Studie vor, in der sie die emanzipatorischen Dimensionen im Rahmen von nostalgischen Praktiken herausarbeitet. Nostalgische Individuen tauchten zusammen mit einer Kritik am Nationalismus auf, die in den ehemaligen Konfliktzonen einen verbindenden Bezugspunkt für die Jugend, die Geschichte der älteren Generation und die unterschiedlichen Herausforderungen der Gegenwart anbot. Obwohl die Argumentation – Nostalgie kann progressiv sein – eine gewisse Gültigkeit hat, darf man nicht vergessen, dass sich der allgemeine Flügel der Jugonostalgie längst mit der neuen nationalen Gegenwart versöhnt hat. Die prominentesten jugonostalgischen Rituale stehen im Zusammenhang mit dem offiziellen Gedenken an die heroischen Schlachten der Partisan*innen im Zweiten Weltkrieg. Der Diskurs über dieses Gedenken erkennt in den Partisanenkämpfen einzig das Moment der Souveränität einer spezifischen Nation. Die revolutionäre Dimension des Volksbefreiungskampfes ist vergessen und was bleibt, ist ein lediglich sentimentales Goodbye Tito. Je mehr der kulturelle Diskurs die guten alten Zeiten idealisiert, desto mehr wird das Goodbye Tito bestätigt, was den letzten Nagel in den Sarg des Kommunismus treibt.

Trotz ihrer Kritik an den nationalistischen Exzessen funktioniert Jugonostalgie – in einem strukturellen Sinn – als die andere Seite der anti-totalitären Ideologie. Sie ist eine Reaktion auf die anti-totalitäre Ideologie, aber sie erliegt der Versuchung, ein ahistorisches Bild von Jugoslawien zu nähren, das die Komplexität der jugoslawischen Vergangenheit stark vereinfacht und vielleicht sogar zur Passivierung beiträgt. Jugonostalgie und anti-totalitäre Ideologie teilen sich dieselben diskursiven Regeln darüber, was in der jugoslawischen Vergangenheit gesehen werden kann und was über sie gesagt werden darf. Beide Narrative schreiben dem historischen Prozess einen bestimmten Anfang, ein Ziel und ein Subjekt zu: Es gibt einen genau definierten Anfang (die Nation oder ein nostalgisch verbrämtes Jugoslawien), ein Ziel (die Nation oder Jugoslawien) und ein Subjekt (die Nation oder Tito). Während es im einen Narrativ um die Legitimierung der Gegenwart durch die Dämonisierung oder das Vergessen der partisanischen-jugoslawischen Vergangenheit geht, bleibt der jugonostalgische Zugriff in einer partisanischen und glorreichen jugoslawischen Vergangenheit stecken. Auch wenn diese beiden Ansätze sich in ihren politischen Schlussfolgerungen unterscheiden, so teilen sie doch dieselbe teleologische Denkweise, indem sie an einer geschichtlichen Notwendigkeit festhalten. Sie sind insofern affirmativ, als ihnen der vorherbestimmte Anfang, das Ziel und das Subjekt als fixierter und sakraler Kern ihres ideologischen, politischen und erinnerungsbezogenen Projektes dienen.

Ein un abgeschlossener Prozess

Mit der jüngsten Verschärfung der kapitalistischen Krise, die im Zuge der Flüchtlingskrise eine allgemeine Bewegung hin zum extremen Rechtspopulismus in ganz Europa auslöste, erhält auch das Narrativ einer offenen Rehabilitation des Faschismus und der Kollaboration wieder Aufwind auf dem gesamten Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens. Die direkte Rehabilitation der lokalen Faschismen nimmt verschiedene Formen an: Faschistische Lieder werden populär gemacht, Haager Kriegsverbrecher als Helden gefeiert – unabhängig davon, ob sie freigelassen, verurteilt oder gestorben sind –, es werden Denkmäler für Kriegsverbrecher aus den jüngsten Kriegen und für faschistische Kollaborateure aus dem Zweiten Weltkrieg aufgestellt und paramilitärische Gruppen wollen ihre Heimat gegen Migrant*innen und Linke verteidigen. Ohne Zweifel ist dies ein düsteres Panorama post-jugoslawischer Kultur und Erinnerungspolitik, das wenig Anlass zu politischem Enthusiasmus, Hoffnung oder Inspiration für die unmittelbare Zukunft gibt. Darum ist es so wichtig,

die militanten Denkfiguren der Vergangenheit wiederzubeleben und die revolutionären Ressourcen zu mobilisieren und sich gleichzeitig bewusst eine Position außerhalb der simplen nostalgischen Verwertung zu bewahren. Kritische Theorie, emanzipatorische Politik und Kunst müssen kämpferischer werden in ihrem Anspruch, den von den Partisan*innen vollzogenen Bruch zu wiederholen. Das bedeutet nicht, dass wir etwas blindlings wiederholen, was augenscheinlich nicht mehr da ist. Wir können nicht einfach durch die Wälder laufen und uns vorstellen, wir wären Partisan*innen und dies hier sei Jugoslawien mit seiner heroischen Vergangenheit. Die Jugoslawische Revolution zu bejahen, bedeutet ganz im Gegenteil, eine partisanische und kommunistische Geste zu wiederholen, also eine kommunistische Politik weiterzuführen in dem Bestreben, dass sich die emanzipatorischen Gedanken und die politische Praxis in der Zukunft neu begegnen. Wir müssen den jugoslawischen Sozialismus neu denken. Und wir müssen begreifen, dass seine widersprüchlichen Entwicklungen ein Nachdenken über Jugoslawien von innen heraus einschließen. Das heißt auch, den von den Partisan*innen vollzogenen Bruch bekräftigen und trotzdem den revolutionären und post-revolutionären sozialistischen Übergang einer kompromisslosen Kritik unterziehen.

Zusätzlich verwendete Literatur

Benjamin, Walter (1980): Über den Begriff der Geschichte. In: Tiedemann, Rolf und Schweppenhäuser, Hermann (Hg.): Gesammelte Schriften Bd. 1,2. S. 691–704. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Hobsbawm, Eric (1983): Introduction: Inventing Traditions. In: Hobsbawm, Eric und Ranger, Terence (Hg.): The Invention of Tradition. S. 1–14. CUP, Cambridge.

Mastnak, Tomaž (1987): Totalitarizem od spodaj. In: Družboslovne Razprave, 4 (5), S. 91–98.

Gal Kirn hat Politische Theorie an der Universität Ljubljana studiert und 2012 seine Dissertation in Politischer Philosophie über das sozialistische Jugoslawien und die Philosophie Althusser an der Universität von Nova Gorica abgeschlossen. Derzeit forscht er an der TU Dresden zum Verhältnis von Eisenbahn, Kino und sozialer Revolution während der sowjetischen Avantgarde. Vor Kurzem erschien sein Buch „The Partisan Counter-Archive – Selection of Poems, Films and Monuments“.

Übersetzung aus dem Englischen von der Redaktion

Zitathinweis: Gal Kirn: Post-Jugoslawische Erinnerungskultur und die partisanische Geste.

Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1686>.

Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Utopien der Vergangenheit



Đorđe Tomić / Roland Zschächner / Mara Puskarevic / Allegra Schneider (Hrsg.)

Mythos Partizan

(Dis-)Kontinuitäten der jugoslawischen Linken; Geschichte, Erinnerungen und Perspektiven

Der reichhaltige Sammelband klärt über die Geschichte und Gegenwart der jugoslawischen Linken auf.

Rezensiert von [Heiko Bolldorf](#)

Über 30 Jahre nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ ist die politische Linke immer noch mit dem Erbe dieses gescheiterten Projektes konfrontiert und steht vor der Aufgabe seiner Aufarbeitung. Dabei hat Jugoslawien mit seinem eigenständigen Weg in Abgrenzung zur Sowjetunion eine Sonderstellung – hier geht es konkret darum, ob die jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung ein Vorbild für die Zukunft sein kann.

Danach fragt auch der Sammelband „Mythos Partizan“. Die Herausgeber*innen und Autor*innen des Bandes, der aus einem Projekt der Hans-Böckler-Stiftung zum jugoslawischen Partisan*innenwiderstand im Zweiten Weltkrieg hervorgegangen ist, halten zwar fest, dass das jugoslawische Modell gescheitert ist: „Die sozialen und politischen Folgen des Zerfalls Jugoslawiens sind [...] als Ausdruck des Scheiterns des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus nur durch eine genaue Untersuchung der unmittelbaren Vergangenheit zu verstehen.“ (S. 11).

Dennoch wollen sie nach uneingelösten Befreiungsversprechen in der jugoslawischen Vergangenheit suchen, an die neu angeknüpft werden kann. Doch wird dieser Anspruch eingelöst und trägt der Sammelband mit seiner Untersuchung der unmittelbaren Vergangenheit zum Verständnis der Gegenwart im ehemaligen Jugoslawien bei? Und was können wir aus dieser Untersuchung für zukünftige Befreiungsprojekte lernen?

Kritik des Geschichtsrevisionismus

Der Sammelband ist in vier Abschnitte gegliedert. Der erste Teil enthält Überblicksdarstellungen zur Geschichte Jugoslawiens und zur Geschichte der jugoslawischen Linken. Der folgende Teil behandelt den Zweiten Weltkrieg, der dritte Teil beleuchtet die Erinnerung an diesen, und schließlich geht es im vierten Teil um gesellschaftliche Konflikte sowohl unter Tito als auch in den Nachfolgestaaten, neben Überblicksdarstellungen zur Linken insgesamt und zur LGBTIQ-Bewegung im Besonderen werden hauptsächlich Beispiele aus Serbien behandelt.

Đorđe Tomić und Krunoslav Stojaković zeichnen die Entwicklung der jugoslawischen Linken vom utopischen Sozialismus des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs nach. Holm Sundhaussen verteidigt in seiner Darstellung der jugoslawischen Geschichte die königstreuen serbischen Tschetniks, ihre Kollaboration mit den Besatzern im Zweiten Weltkrieg sei nur „taktisch motiviert“ gewesen. Dieser These widerspricht hingegen Roland Zschächner im zweiten Teil und weist auf die ideologischen Gemeinsamkeiten zwischen Tschetniks und faschistischen Besatzern hin. Der zweite Teil enthält außerdem eine Darstellung der Ermordung der jüdischen Bevölkerung in Jugoslawien und ein Interview mit serbischen Partisan*innen.

Danach wird im dritten Teil herausgearbeitet, wie die Geschichte des Zweiten Weltkriegs die jugoslawischen Nachfolgestaaten bis heute beherrscht. Dabei geht es um die Bewertung der antifaschistischen, kommunistisch geführten Partisan*innen, der Tschetniks sowie der faschistischen kroatischen Ustascha und anderer Kollaborateur*innen der Besatzungsmächte.

Kollaborateur*innen werden heute rehabilitiert, und die Partisan*innen werden, wo sie nicht offen abgelehnt werden, nationalistisch vereinnahmt. Dies wird anhand der Zeit von Milošević in Serbien illustriert, in der die Partisan*innen als rein serbische statt jugoslawische Bewegung dargestellt wurden, Beispiele aus den anderen Staaten fehlen. Detailliert belegt Mara Puškarević die Tendenz zur Rehabilitation anhand von serbischen Schulbüchern: Nicht nur der Tschetnik-Führer Mihajlović, sondern auch Milan Nedić, Ministerpräsident des von Nazi-Deutschland besetzten Serbien, werden dort sehr positiv dargestellt, Nedićs Beteiligung an Nazi-Verbrechen bleibt unerwähnt.

Am Beispiel Serbiens stellt Olivera Milosavljević die These auf, seit Mitte der 1980er Jahre hätten Historiker*innen eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung eines nationalistischen Geschichtsbildes inne; dabei hätten sie teils der politischen Elite gedient, teils selbst die Initiative ergriffen. Leider belegt sie diese Aussage nicht mit konkreten Beispielen.

Abgerundet wird der dritte Teil durch Beiträge zu Aspekten der Erinnerungspolitik wie den jugoslawischen Partisan*innendenkmälern und zur Rolle des Fußballs bei der Verbreitung nationalistischer Ideologie, kroatische Fans zeigen offen Ustascha-, serbische Fans Tschetnik-Symbolik.

Arbeiter selbstverwaltung, Praxis-Philosophie und '68er

Die jugoslawischen Kommunist*innen versprachen nach dem Bruch mit der Sowjetunion ein demokratischeres Sozialismusmodell, die Arbeiter selbstverwaltung. 1968 entstand in Jugoslawien eine Studierendenbewegung, die die Erfüllung dieses Versprechens forderte. Sie richtete sich sowohl gegen den weiter bestehenden Bürokratismus als auch gegen die zunehmende soziale Ungleichheit, die mit den marktwirtschaftlichen Reformen seit Mitte der 1960er Jahre einherging. Der 68er-Bewegung wurde jedoch genauso mit Repression begegnet wie der Gruppe von Philosoph*innen um die Zeitschrift *Praxis*. Es handelte sich hier um undogmatische Marxist*innen, die großen Einfluss auf die '68er-Bewegung hatten.

Insgesamt wird deutlich, dass die versprochene Selbstverwaltung an ihrer Beschränkung auf die betriebliche Ebene scheiterte. Auf höherer Ebene blieb das Machtmonopol der Partei in Kraft und stand immer in Konkurrenz zu den Entscheidungsbefugnissen der Arbeiterräte. Eine echte Selbstverwaltung, die durch basisdemokratisch gewählte Räte verschiedener Ebenen ausgeübt wird, bleibt also ein Projekt, das nach wie vor auf seine praktische Erprobung wartet.

Die Linke heute

Der Sammelband ist denjenigen zu empfehlen, die nicht nur am ehemaligen Jugoslawien, sondern generell an der Geschichte linker Gesellschaftsentwürfe interessiert sind. Durch eine Aufarbeitung der Vergangenheit wird zum Verständnis der Gegenwart beigetragen. Neben einem Gesamtüberblick über die heutige postjugoslawische Linke und die serbische Bewegungslinke wird der Kampf der Belegschaft der serbischen Medikamentenfabrik *Jugoremedija* gegen Privatisierung näher beleuchtet, sowie die Queer-Bewegung und das Engagement von NGOs für die in extremer Armut und Ausgrenzung gehaltenen Rom*nja. Deutlich wird: Es gibt im ehemaligen Jugoslawien nach wie vor eine Linke, sie hat sich jedoch vom Zusammenbruch der 1990er Jahre noch lange nicht erholt. Arbeiter*innen sind die großen Verlierer*innen der Privatisierung, und der Nationalismus ist mit einer brutalen Homophobie verbunden, weil Queers in den Augen Rechter als „Verräter*innen der Nation“ gelten. Es gibt also keinen Grund, sich mit dem Status Quo

abzufinden.

Đorđe Tomić / Roland Zschächner / Mara Puskarevic / Allegra Schneider (Hrsg.) 2013:
Mythos Partizan. (Dis-)Kontinuitäten der jugoslawischen Linken; Geschichte, Erinnerungen und
Perspektiven.

Unrast-Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-824-1.

431 Seiten. 24,00 Euro.

Zitathinweis: Heiko Bolldorf: Utopien der Vergangenheit. Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre
später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1684>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Unruhe in der Selbstverwaltung



Goran Musić

Making and Breaking the Yugoslav Working Class
The Story of Two Self-Managed Factories

Die Arbeiterselbstverwaltung war eine Besonderheit des jugoslawischen Sozialismus. Eine Doktorarbeit untersucht die sozialen Ungleichheiten in diesem System.

Rezensiert von [Mirjam Baumert](#)

Die Augen zusammengekniffen, vom grellen Sonnenlicht und den schweren theoretischen Fragen: So mögen Linke aus Ost und West auf Einladung der Belgrader Praxisgruppe auf der Adria-Insel Korčula zwischen 1963 und 1974 wichtige gesellschaftliche Fragen diskutiert haben. Eine davon: die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung. Mit großer Faszination blickten antistalinistische, westdeutsche Linke auf ein Modell, das sich die Losung „die Fabriken den Arbeitern“ auf die Fahnen geschrieben hatte. Fast fünf Jahrzehnte später existiert dieser Reiz nur noch als Fossil, mit seiner Versteinerung ist auch das Wissen in Nischen verschwunden.

Sozialgeschichtliches Interesse an der Arbeiterselbstverwaltung

Seit einigen Jahren gibt es nun einen transnationalen Kreis von Historiker:innen, die zur jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung forschen. Mit mikrogeschichtlichen und sozialhistorischen Ansätzen untersuchen sie die Erfahrung der Arbeiter:innen und die inneren Widersprüche dieses ökonomischen Modells. Einer von ihnen ist Goran Musić, der mit „Making and Breaking the Yugoslav Working Class“ jüngst seine Doktorarbeit veröffentlichte. Darin geht er der Frage nach, wie Fabrikarbeiter:innen in Jugoslawien die wiederkehrenden Krisen wahrnahmen. Er spannt einen Bogen von den Anfängen der Arbeiterselbstverwaltung 1950 bis in den langen Sommer der Streiks des Jahres 1988. Während zwischen 1980 und 1988 Jugoslawien zu den europäischen Ländern mit der höchsten Streikaktivität zählte, wurden besonders zwei Metall-Unternehmen in Jugoslawien zum Sinnbild für die Arbeitskämpfe: TAM im wohlhabenden Norden, in der Nähe der slowenischen Stadt Maribor und IRM in der Nähe der Hauptstadt Belgrad, im ökonomisch nicht so stark prosperierenden Süden Jugoslawiens.

Anhand dieser beiden Fallbeispiele erzählt Musić eine Geschichte des Auseinanderklaffens zwischen Versprechen der Selbstverwaltung und der Erfahrung der Arbeiter:innen als Geschichte sozialer Ungleichheit.

Ungleicher Lohn im Land der Brüderlichkeit und Einheit

Im Jahr 1968 verdienten TAM-Arbeiter:innen 39 Prozent mehr als ihre jugoslawischen Kolleg:innen. Von Norden nach Süden verlief in Jugoslawien ein Lohngefälle, das von vielen als ungerecht angesehen wurde. Trotz Umverteilungsinstrument drifteten die sozialen Realitäten weit auseinander. Gleichzeitig klaffte auch zwischen Fabrikarbeiter:innen auf der einen und Büroarbeiter:innen in der Verwaltung der Fabrik, sowie Ingenieur:innen und Manager:innen auf der anderen Seite eine große Lohnlücke.

Über die Lohnhöhe entschied formal der Arbeiterrat einer Firma, unter Einflussnahme von Manager:innen und Direktor:innen – innerhalb des politischen Rahmens der Bundesregierung. Je nach Phase der Selbstverwaltung hatten sie größeren oder kleineren Entscheidungsspielraum. Während die erste Phase der Selbstverwaltung in den 1950ern noch von der starken Identifikation mit der Fabrik und dem Konzept getragen war, bröckelte mit marktorientierten Reformen ab der zweiten Hälfte der 1960er die Einheit innerhalb der Fabrik und die Lohnunterschiede wurden zum Zündstoff.

Entfremdung von der Selbstverwaltung

Musić nimmt in beiden Fabriken unter dem Druck größerer Profitabilität und dem erstarkenden Einfluss von Manager:innen und Verwaltungsangestellten, sowie Spezialist:innen eine Entfremdung zwischen Fabrikarbeiter:innen und den Selbstverwaltungsorganen wahr. Auch mit der sukzessiven Stärkung der Selbstverwaltungsstrukturen durch weitere Gremien und stärkere Einflussmöglichkeiten bei Rücknahme der Marktliberalisierung ab 1976 bleibt diese Entfremdung bestehen.

Doch wieso bestanden sowohl geographisch als auch zwischen unterschiedlichen Beschäftigungsgruppen in einem sozialistischen Land so große Unterschiede? Ideologisch rechtfertigte der Slogan „Verteilung nach Arbeit“, der einen Anreiz zur Produktivitätssteigerung schaffen sollte, eben diese Lohnungleichheit. Fabrikarbeiter:innen eigneten sich die Parole an und griffen auf ihrer Grundlage die höheren Löhne des Verwaltungs- und Leitungspersonals an; sie würden keinen Wert schaffen und seien nur „Nebenkosten“. Diese tobende Auseinandersetzung um die Legitimation der Lohnhöhe legt Goran Musić mit Sinn für Details und illustrativen Karikaturen aus der Betriebszeitung dar. So wird nachvollziehbar, wie sich Fabrikarbeiter:innen in der Selbstverwaltung als Mehrwertproduzent:innen betrachteten und die Manager:innen und Funktionär:innen als ihre Ausbeuter:innen sahen.

„Die Hauptfunktion der Arbeiterselbstverwaltung war stets die Integration von Facharbeitern in die Unternehmensentscheidungen und die Verbreitung des Geistes von kostengünstiger und effizienter Produktion auf der Werksebene.“ (S. 252, Übersetzung MB)

Besonders anschaulich werden die sozialen Unterschiede, wenn sich Goran Musić den Wohnverhältnissen widmet. Diese reichen von einer Werkswohnung, über informelle Siedlungen am Stadtrand zu einem ländlichen Leben. Auch das hatte Auswirkungen auf ihre Perspektive auf die Selbstverwaltung. Die:der Leser:in kann so nachvollziehen, wieso ein:e Arbeiter:in, der:die auf dem Land lebte, wenig geneigt war, sich in die Arbeiterselbstverwaltung einzubringen. Nach einem langen Arbeitsweg hatten Arbeitende wenig Lust, sich nach Feierabend in ein Selbstverwaltungstreffen zu setzen, dessen politische Sprache ihnen oft fremd war.

Streiks in den 1980ern

Die lange Geschichte der sozialen Unterschiede kulminierte dann mit der ökonomischen Krise in den 80ern in massenhaften Streiks – so auch in Maribor und Belgrad. Jedoch auf ganz unterschiedliche Weise: Während die Arbeiter:innen von TAM aus Maribor Titobilder und „Brüderlichkeit und Einheit“-Banner hervorkramten, riefen die Belgrader Arbeiter:innen vor dem Parlament nach Slobodan Milošević. Sehr nachvollziehbar erläutert Goran Musić, wie der nationalistische Diskurs Miloševićs mit seiner serbischen Selbst-Viktimisierung, der vermeintlichen Ausbeutung durch die reichen nördlichen Republiken und der angeblich aufgeblasenen Bürokratie der autonomen Republiken Kosovos und Vojvodinas, plötzlich anschlussfähig für die Klagen der Arbeiter:innen wurde: Sie sahen eine Parallele zu ihrer Kritik an einer ausbeuterischen Unternehmensbürokratie. Doch eine allzu eindeutige Antwort auf die Frage, warum sich die Arbeiter:innen hier dem marktliberalen Milošević zuwandten, der sich noch die Sozialismusnadel ans Revers heftete und mit marxistischem Vokabular hantierte, gibt Musić nicht. Er bleibt bei

Wahrscheinlichkeiten und Tendenzen, wenn er abschließt:

„Während die Medien und der politische Diskurs begannen, der vorgeblich primären Rolle der Arbeiter:innen als Schöpfer:innen von gesellschaftlichem Wohlstand und Selbstverwalter:innen weniger Wert beizumessen, waren diese dazu geneigt, einige ihrer anderen gesellschaftlichen Rollen und Identitäten zu betonen, als Mütter, Heranwachsende oder Angehörige einer unterdrückten Nationalität.“ (S. 255, Übersetzung MB)

Goran Musić hat ein umfangreiches und beeindruckendes Werk vorgelegt, das mit scharfen Analysen unter anderem die Konkurrenz zwischen Unternehmen sowie die daraus mangelnde Solidarität unter Arbeiter:innen unterschiedlicher Betriebe herausarbeitet. Er zeigt auch, dass die Strukturen der Selbstverwaltung keine Organisationsformen für den Ausdruck ihrer Unzufriedenheit boten; der Streik wurde jenseits dieser Gremien organisiert. Dabei beweist er auch immer Talent für spannende Erzählungen und die Auswahl anschaulicher Interviewzitate.

Goran Musić 2021:

Making and Breaking the Yugoslav Working Class. The Story of Two Self-Managed Factories.

CEU Press, Budapest.

ISBN: 978-963-386-339-8.

284 Seiten. 75,00 Euro.

Zitathinweis: Mirjam Baumert: Unruhe in der Selbstverwaltung. Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1681>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Die Wiederentdeckung der Dissident*innen



Miladin Životić
Proletarischer Humanismus
Studien über Mensch, Wert und Freiheit

Ein „Humanistischer Marxist“ und „Feind des Nationalismus“ wird neu aufgelegt.

Rezensiert von [Gabriel Kuhn](#)

Das sozialistische Modell Jugoslawiens, das sich sowjetischer Bevormundung verwehrt, erweckte immer schon das Interesse „libertärer Sozialisten“. In einer der bekanntesten Einführungstexte in den Anarchismus – „Anarchismus: Begriff und Praxis“ (deutsche Ersterscheinung 1967) bespricht beispielsweise Daniel Guérin ausführlich die Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien. Insofern überrascht es nicht unbedingt, dass nun der anarchosyndikalistische Verlag Syndikat-A ein Buch neu aufgelegt hat, das erstmals 1972 im Carl Hanser Verlag in deutscher Übersetzung erschien: „Proletarischer Humanismus: Studien über Mensch, Wert und Freiheit“ von Miladin Životić.

Der Philosoph Životić gehörte zu einem Kreis jugoslawischer Intellektueller, die von 1964 bis 1974 die marxistische Zeitschrift *Praxis* herausgaben. Die undogmatischen Deutungen des Marxismus durch die *Praxis*-Gruppe waren selbst der jugoslawischen Führung suspekt. Die Zeitschrift wurde immer wieder beschlagnahmt und die Herausgeber, inklusive Životić, von ihren Lehraufträgen suspendiert. (2019 erschien bei Syndikat-A ein von Frederik Fuß herausgegebener Sammelband mit Aufsätzen von Mitgliedern der *Praxis*-Gruppe unter dem Titel „Der vergessene Marxismus“).

Als in den 1980er Jahren nationale Konflikte den Zusammenbruch der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien befeuerten, kritisierte Životić den serbischen Nationalismus. Gemeinsam mit dem bekanntesten Dissidenten Jugoslawiens Milovan Đilas gründete er den „Belgrad-Kreis“, der sich um Dialog zwischen den Bevölkerungsgruppen Jugoslawiens bemühte. Als Životić 1997 verstarb, wurde ihm in einem Nachruf in der *New York Times* als „serbischem Feind des Nationalismus“ gehuldigt.

Kommunismus als Humanismus

„Proletarischer Humanismus“ gilt als eines der wichtigsten Werke Životićs. Es ist keine leichte Kost. Die Lektüre erfordert Grundkenntnisse in marxistischer Theorie und philosophischer Ideengeschichte ebenso wie Toleranz für das Soziologendeutsch der Ära, das die Übersetzung prägt. Wer sich die Mühe macht, stößt jedoch auf einen Text, der die Theoriebildung des Sozialismus im 20. Jahrhundert bereichert.

Im Zentrum steht – wie zu erwarten – eine Kritik des Stalinismus, der als „wesentlichster Aspekt der positivistischen Marxismusinterpretation im 20. Jahrhundert“ (S. 48) betrachtet wird. Der Positivismus beraubt Životić zufolge die Philosophie ihrer wichtigsten Aufgabe, nämlich der „Veränderung der totalen bestehenden Realität“ (S. 50). Der Marxismus ist für Životić „eine

programmatische Philosophie der Aktion“ (S. 122).

Životić wendet sich sowohl gegen einen „Szientismus“, der die Wissenschaft als „einzig legitimen Richter über die Wirklichkeit“ (S. 130) betrachtet als auch gegen eine „Technokratie“, welche „die Technik auf unmenschliche Weise zur Anwendung bringt“ (S. 139). Im Kontext dieser Reflexionen formuliert Životić Zeilen, die sich heute prophetisch ausnehmen:

„Die Technik liefert lediglich die Möglichkeit zu menschlicher Freiheit; sie ist lediglich das Mittel dazu, doch nicht die Freiheit selbst. Die heutige technische Macht bedeutet gleichzeitig auch die größte Gefahr der Unfreiheit und Destraktion, wenn sie nicht richtig gehandhabt wird“ (S. 137).

Ähnlich aktuell mutet Životić Bestandsaufnahme der „Koexistenz von autoritärer Kultur und Massenkultur“ an:

„In der Sphäre des öffentlichen Lebens funktioniert der Mensch immer mehr als von außen gelenktes Individuum, als programmierter Routinier; in der Sphäre des Privatlebens wird er immer mehr zum anonymen, durchschnittlichen Individuum, das bemüht ist, sich seinen Misserfolgen und Frustrationen durch verschiedene Formen der Flucht anzupassen – deren wichtigste Formen sind dabei die Sucht nach anspruchsloser Unterhaltung sowie die Bedürfnisse des konsumorientierten Menschen“ (S. 232).

In dem Humanismus, den Životić bemüht, ist der Kommunismus „die Überwindung der Gegensätze zwischen den bestehenden Formen der Existenz des Menschen und seinem Wesen“ (S. 78). Der „reale Humanismus“ steht im Gegensatz zum „abstrakten, moralistischen Humanismus“, in dem die „bürokratische Realität“ mit ihren „periodischen Deklarationen und Resolutionen“ (S. 169) der kreativen Umgestaltung der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse im Wege steht.

Revolution als Prozess

Die bürokratische Realität kulminiert im Stalinismus, den Životić als das „größte Hindernis für die Entwicklung des Sozialismus“ (S. 91) sieht. Die sozialistische Revolution begreift Životić „nicht als einen Zustand, als eine bestimmte, fixierte Form gesellschaftlicher Ordnung“ (ebd.), sondern als „Prozess“, in dem „das Absterben des Staates und die Einrichtung selbst zu verwaltender Gesellschaftsverhältnisse“ (S. 108) verwirklicht wird.

Životić formuliert in diesem Zusammenhang Sätze wie den folgenden:

„Die politische Praxis der sozialistischen Politik, welche die Selbstverwaltung errichtet, muss immer mehr die persönliche Initiative und einen kompetenten, selbständigen Einzelnen entwickeln, um so die Basis zu schaffen für die Überwindung der politischen Klassengesellschaft“ (S. 176f.).

Es gab eine Zeit, da erschreckten solche Aussagen selbst nicht-stalinistische marxistische Machthaber, während sie von Apologet*innen der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung gefeiert wurden. Für die sozialistischen Dissident*innen Osteuropas war es schwierig, sich den binären Gegensätzen des Kalten Krieges zu entziehen. Diese Zeiten sind vorüber. Damit werden auch neue Einschätzungen dieser Dissident*innen möglich, die nicht gegen den Sozialismus antraten, sondern eine „wirklich“ sozialistische Zukunft einforderten. Deren Notwendigkeit bleibt bestehen, nicht nur für ein gesellschaftliches Leben in Würde, sondern für das Überleben der Menschheit überhaupt. Es kann nur helfen, Stimmen wie jene Životićs in die entsprechenden Diskussionen miteinzubeziehen.

Miladin Životić 2020:

Proletarischer Humanismus. Studien über Mensch, Wert und Freiheit. Übersetzt von: Heidi Pataki.
Syndikat-A, Moers.

ISBN: 978-3-9817138-7-9.

237 Seiten. 14,50 Euro.

Zitathinweis: Gabriel Kuhn: Die Wiederentdeckung der Dissident*innen. Erschienen in:

Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1676>. Abgerufen am:

13. 04. 2021 12:04.

Ein Kämpfer wird unsterblich



Ahmet Muminović
Valter verteidigt Sarajevo

Der beliebteste Comic Jugoslawiens zeugt noch heute vom Mythos der Partisan_innen.

Rezensiert von [Thore Freitag](#)

Traditionellerweise begleiten wir in Comics Superheld_innen oder lustige Figuren auf ihren Abenteuern. In Ahmet Muminovićs „Valter verteidigt Sarajevo“ ist das anders: Der Comicheld ist ein Partisan. Zu seinen Namen gehörten unter anderen Ivica, Petruskin oder Papaj, berühmt aber wurde er als Valter. Vladimir Perić alias Valter, 1919 im serbischen Prijepolju geboren, war Sekretär der Kommunistischen Partei Sarajevos und leitete über Jahre hinweg den Kampf im Untergrund gegen die faschistische Besatzungsmacht. In der Nacht vor der Befreiung Sarajevos am 6. April 1945 kam er im Gefecht ums Leben. 1949 wurde Perić zum jugoslawischen Volkshelden erklärt. Es sollte ihm allerdings noch mehr Ruhm zuteilwerden: Muminović zeichnete seine Geschichte 1975 als Serie für die Zeitung *Male Novine*. „Valter verteidigt Sarajevo“ fand Einzug in die jugoslawische Populärkultur und wurde sogar in mehrere Sprachen übersetzt. Über acht Millionen Mal wurde der Comic in China gekauft.

Jetzt schreiten die Partisan_innen zur Aktion

Im Comic begleitet man die Partisan_innen um Valter auf ihren Missionen im belagerten Sarajevo. Dabei sabotieren sie Pläne der Nazis, unterlaufen ihre Fallen oder kapern deren Lieferungen. Klar, dass jede Mission auch ein erfolgreicher Schlag gegen den Feind ist, am Ende einer jeden Episode knallt es. Egal, ob eine Messerschmitt abstürzt, eine Druckerei in die Luft fliegt oder Deutsche über den Haufen geschossen werden: Die Partisan_innen siegen und kommen ihrem Ziel einen Schritt näher.

Auf leichte Weise zieht Muminović Lesende mit in die Abenteuer Valters hinein. In naturalistischer und manchmal auch recht einfacher Darstellung zeigen die Strips das Geschehen unmittelbar und ungeschönt. Es ist ein klassischer Comic in schwarz-weiß und mit Panel-Aufteilung. Außer dem abgewandelten Cover scheint der Verlag keine Nachbearbeitungen im Layout vorgenommen zu haben. Die deutsche Übersetzung ist ein Comic-Strip der 70er Jahre geblieben.

Obwohl die Geschichte von Valter symbolisch stark aufgeladen ist, steht sie stellvertretend für den Kampf der jugoslawischen Partisan_innenarmee. Als Reaktion auf den Balkanfeldzug gegen das Königreich Jugoslawien vom 6. April 1941 beschließt die Kommunistische Partei die Bekämpfung der faschistischen Okkupation und ihrer Unterstützer_innen. Auf den „Blitzkrieg“ und die territoriale Neuaufeilung unter den Kollaborateur_innen folgte ein Partisan_innenkrieg, der beiden Seiten viele Verluste brachte. Neben vielen Bäuer_innen beteiligten sich vor allem die Kommunist_innen an den Kämpfen. Teile der Kommunistischen Partei Jugoslawiens sann schon unter der Herrschaft des jugoslawischen Königreichs nach dem Aufbau eines Vielvölkerstaates, der den Nationalismus endlich überwinden sollte. Gegen Ende des Krieges war sie schließlich dank des wachsenden Zuspruchs zur Volksbefreiungsbewegung imstande, eine sozialistische Föderation

aufzubauen. So legte der Antifaschistische Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens (AVNOJ) schon im Krieg das Fundament für einen sozialistischen Staat der Nachkriegszeit. Im Kampf um die Befreiung war die politische Autonomie und Selbstbestimmung der Völker stets enthalten. Auch wenn der Partisan_innenkampf die Menschen nicht nur vereinte, so verfolgte er doch das Ziel, die Freiheit aller wieder herzustellen. und wies damit unter der Parole „Tod dem Faschismus – Freiheit für das Volk“ mit der Befreiungsperspektive über sich hinaus. Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFJR) sowie ihr zerbröckeltes Erbe können ohne diesen Teil der Geschichte nicht verstanden werden.

Das Ist Walter!

Während des Partisan_innenkampfes fotografierte die Jugoslawische Befreiungsarmee schon zum Zwecke der kulturellen Produktion eigener Erzählungen. Und bald nach Gründung der SFJR im Jahr 1943 förderte Jozip Broz Tito den Aufbau einer eigenen Kulturfabrik. Der Valter-Comic ist nur ein bekannteres Beispiel für die erinnerungspolitische Funktion der Massenkultur.

Schon auf dem Cover wird der Mythos von Valter ersichtlich. Ein_e Partisan_in ist in Umrissen dargestellt, erst nach zweimaligem Umblättern wird diese Silhouette auf dem Titelblatt von Valter gefüllt. Als Heldenfigur war Valter im bosnischen Partisan_innenkampf Vorbild, aber auch Schablone. In Hajrudin Krvavacs gleichnamigen Film von 1972 (im Original „Walter brani Sarajevo“) erkennt der Standartenführer von Dietrich: „Seit ich in Sarajevo bin, suche ich Walter und finde ihn nicht. Jetzt, wo ich gehen muss, weiß ich wer Walter ist“. Der Nazi schaute von einem Hügel auf Sarajevo: „Das ist Walter.“ Als Symbol war der Anführer des kommunistischen Widerstands eins mit Sarajevo. Und Sarajevo war Valter. Im Krieg war die Anonymität und Unaufspürbarkeit der Partisan_innen ein taktischer und psychologischer Vorteil. Zugleich schreibt die Mythologisierung durch die Massenkultur im Nachhinein der Bevölkerung Sarajevos eine aktive antifaschistische Haltung zu. Mitnichten war der militante Antifaschismus während der Besatzung in der Bevölkerung weit verbreitet, aber ein antifaschistisches Begehren der Stadtbevölkerung herrschte sicher doch. „Wir sind Valter“ bekundete man sogar noch auf Antikriegsdemos im Jahr 1992 gegen den Nationalismus inmitten der Zerfallskriege.

Der Mythos der Partisan_innen hielt sich über den Zerfall Jugoslawiens hinaus und wird noch heute weitergetragen. Inmitten der Deutungskonflikte und Aneignungskämpfe sollte die Erinnerung an die jugoslawischen Partisan_innen immer wieder aufgerufen und zugleich geprüft werden. Nicht um die Geschichte fälschlicherweise in den Dienst zu nehmen, sondern um ihr gerecht zu werden. Der Comic leistet dies nicht und lässt einige Worte zur kritischen Einordnung vermissen, er spricht leidglich aus seiner Zeit. Gerade das macht ihn aber zu einem spannenden Zeugnis. So wie es mit dem Mythos begann, endet das Buch auch mit dem Mythos: eine Art Fotoalbum zeigt die Prozession und das Begräbnis des Partisanen Perić. Mehr als 15.000 Menschen nahmen daran teil. An diesem Zeitpunkt nimmt der Mythos seinen zweiten Anlauf.

Ahmet Muminović 2018:

Valter verteidigt Sarajevo. Übersetzt von: Ivan Petrovic.

bahoe books, Wien.

ISBN: 978-3-903022-94-2.

120 Seiten. 14,00 Euro.

Zitathinweis: Thore Freitag: Ein Kämpfer wird unsterblich. Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1680>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Jugoslawe ohne Land



Saša Stanišić
Herkunft

Ein Kind wächst in Jugoslawien auf, ein Jugendlicher flieht nach Deutschland, ein Erwachsener besucht seine Großmutter in Bosnien.

Rezensiert von [Rebekah Manlove](#)

In „Herkunft“ setzt Saša Stanišić sich mit seinem bisherigen Leben auseinander. Er schreibt über seine Kindheit in Višegrad im ehemaligen Jugoslawien, seine Flucht und Jugend in Heidelberg, sein erwachsenes Leben in Hamburg und die Menschen, die ihn dabei geprägt haben.

Besonders wichtig ist dabei seine Oma Kristina, die sich in seiner Kindheit viel um Stanišić gekümmert hat. In der Gegenwart ist Kristina dement. Sie springt zwischen den Zeiten und für Außenstehende ist nicht immer nachvollziehbar, was für sie gerade real ist. Immer wieder steht Saša vor seiner Großmutter und versucht zu ergründen, ob für sie gerade das Jahr 2018, das Jahr 1942 oder das Jahr 1974 ist. Er beschreibt, wie eine gut organisierte, in ihrem sozialen Netzwerk verankerte Frau langsam den Bezug zur Realität verliert und dadurch zu einer Gefahr für sich selbst wird, die ihr wohlmeinendes Umfeld immer schwerer abfedern kann.

Das Land, das es nicht mehr gibt

Wie seine Großmutter in ihrer Wahrnehmung springt auch Stanišić in seinem Roman immer wieder zwischen den Zeiten. Über die Erzählung einer glücklichen Kindheit im jugoslawischen Višegrad legt sich der dunkle Schleier der Kriegsverbrechen, die nichts und niemanden unberührt lassen. Seien es Erinnerungen an Schlittenfahren oder an Grillabende mit der Familie: Stanišić kann nicht lange davon schreiben, bis der Krieg sein Haupt reckt. Dadurch, wie leicht, witzig und warmherzig die Ereignisse seiner Kindheit beschrieben sind, treffen die kurzen Erwähnungen der an gleicher Stelle verübten Kriegsverbrechen umso heftiger.

Dass der Krieg kein abgeschlossenes Kapitel ist und wie er sich bis heute auf das Leben in der Region auswirkt, zeigt sich, wenn Stanišić über seine Erlebnisse in der serbischen Teilentität Bosnien und Herzegowina in den 2010er Jahren schreibt. Zum Beispiel, bei einem Besuch der Familie im Heimatdorf der Großmutter. Seine Mutter möchte bei der Begegnung mit einem Fremden von ihrem Sohn und Mann vorsichtshalber nicht mit ihrem echten, da muslimischen Namen, sondern mit dem serbischen Namen Marija angesprochen werden. In einer Gegend, in der die Familie mit serbischen Blut-und-Boden Graffiti begrüßt wird und Dorfbewohner Porträts von Kriegsverbrechern an ihren Wänden hängen haben, ist die Angst und Angespanntheit der Mutter gut verständlich. Die Familie wird von dem Mann eingeladen. Es kommt, was zu befürchten war: Im Laufe des Besuchs bezieht er sich positiv auf die Zerstörung eines muslimischen Ortes in der Nachbarschaft in den 90ern. Doch unmittelbar danach relativiert er seine Aussage und verdammt den Krieg mit seinen Folgen. Unter Tito war es besser und eigentlich ist die Religion auch egal.

So wie Stanišić, voller Wehmut und Respekt, sprechen heute noch viele über Jugoslawien, vor allem eher linke Menschen aus der urbanen Mittelschicht, die damals Serbokroatisch oder

Kroatoserbisch sprachen und bei denen die Religion nur in den Namen eine Rolle spielte. Stanišić selbst kommt aus einer Familie, die wir heute wohl als gemischt bosnisch-serbisch oder säkular-muslimisch-serbisch bezeichnen würden. Für Stanišić sind diese Kategorien als Kind irrelevant, seine Identität als Fan des Fußballvereins Roter Stern Belgrad ist ihm viel wichtiger. Erst in den 90er Jahren werden Name und ethnische Religion wichtig und entscheiden, dass ihm und vor allem seiner Mutter und ihren Eltern keine Wahl bleibt, außer aus ihrer Heimatstadt zu fliehen, wenn sie am Leben bleiben wollen. Sein Vater und seine Oma Kristina bleiben, da ihnen als Serb:innen in Višegrad nicht droht, Opfer eines Genozids zu werden. Aber die Leiden des Kriegs müssen sie auch ertragen, bis der Vater der Familie nach Heidelberg folgen kann.

Anpassung als Rebellion

In Heidelberg landet die Familie Stanišić, weil sie dort bereits Verwandte haben. Für viele Familien mit einer Flucht- und Migrationsgeschichte ist jemanden an einem Ort zu kennen Grund genug, dorthin und nirgendwo anders hin zu gehen. Saša beschreibt das prekäre Leben in Heidelberg, zunächst in einer Flüchtlingsunterkunft, später in einem sozialen Brennpunkt. In letzterem ist der Jugendliche allerdings relativ zufrieden und findet schnell Anschluss bei anderen Jugendlichen, sowohl im deutschen Bildungsbürgertum als auch bei denen mit geringem Einkommen und Migrationshintergrund. Dies ist auch Folge von Stanišićs persönlicher Haltung, die er selbst folgendermaßen beschreibt: „Ich war für das Dazugehören. Überall, wo man mich haben und wo ich sein wollte. Kleinsten Nenner finden: genügte.“ (S. 222).

Er findet sich in beiden Umgebungen gut zurecht, aber es fällt ihm teilweise schwer, das neue Leben mit seiner Familie zu verbinden. Weder seinen Großeltern noch seinen Eltern gelingt es, in Deutschland anzukommen. Seine Eltern, die Mutter marxistische Politologin und Lehrerin, der Vater Betriebswirt, müssen sich durch prekäre Jobs kämpfen, mit langen Arbeitstagen für wenig Geld, am untersten Ende der sozialen Rangordnung. Als junger Erwachsener sollen Sašas Eltern abgeschoben werden und wandern in die USA aus, seine Großeltern können nicht zurück in ihre Heimatstadt, aber zumindest wieder in die Region. Saša bleibt. Er studiert und bleibt in Deutschland, wo er nur durch Glück nicht abgeschoben wird und sich als Schriftsteller etablieren kann.

Ein „Zurück“ gibt es für ihn nicht. Višegrad gibt es zwar noch, aber die Bevölkerungszahl ist nach Mord und Vertreibung der Bosniaken um die Hälfte gesunken. Die neuen Einwohner*innen sind zu einem großen Teil Serb*innen, viele sind ihrerseits geflohen. Zum Verlust der Heimat gehört auch der Verlust des Fußballvereins. Organisierte Fans von Roter Stern Belgrad, von Antifaschisten gegründet, schlossen sich in den 90ern paramilitärischen serbischen Truppen an. Bis heute fallen die Fangruppen durch extremen Nationalismus und Kriegsverherrlichung auf. Stanišić ist Fan des HSV geworden.

Leben mit Migrationshintergrund

Vieles, was Ausländer*innen und ihren Kindern in Deutschland widerfährt, beschreibt Stanišić in seinem Buch: Der gesellschaftliche Abstieg der Eltern in Deutschland, namensbedingte Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche, die bösen Blicke und Sprüche der Deutschen, wenn in der Öffentlichkeit eine andere Sprache gesprochen wird, Schwierigkeiten mit der Ausländerbehörde, die Angst vor Gewalt. Stanišić schätzt sich als glücklich, dass er selbst nie wegen seiner Sprache verprügelt wurde. Dass dies für ihn hervorhebenswert ist zeigt, wie es um das Alltagsleben der meisten Menschen, die in Deutschland keine weißdeutschen Staatsbürger*innen sind, bestellt ist.

Wunderschön und witzig beschreibt er seine ersten Begegnungen mit der deutschen Sprache, die Schwierigkeiten beim Lernen und sich ausdrücken, aber auch die Unterstützung, die er dabei bekommt. In einer Gesellschaft, in der offiziell 26 Prozent der Einwohner*innen einen

Migrationshintergrund haben, beschreibt Stanišić Gefühle und Erlebnisse, die viele mit ihm teilen und nachempfinden können. Zugleich ist seine Geschichte eine typische Erzählung der intellektuellen jugoslawischen Diaspora und, natürlich, seine individuelle Geschichte. Er schreibt über ein Land, das es nicht mehr gibt, aber bis heute nachwirkt und er schreibt über Menschen, die sich fern von den Orten ihrer Familie ein neues Leben aufbauen konnten und das alles auf eine witzige, ironische und sehr empathische Weise. Unabhängig von allen Preisen und Ehrungen ist „Herkunft“ ein Buch, was sich zu lesen lohnt.

Saša Stanišić 2020:

Herkunft.

btb Verlag, München.

ISBN: 978-3-442-71970-9.

365 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Rebekah Manlove: Jugoslawe ohne Land. Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1679>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Prägender Zerfall



Lejla Kalamujić Nennt mich Esteban

Der Erzählband sammelt Geschichten, in denen nicht nur die Jugoslawienkriege im individuellen Schicksal nachwirken.

Rezensiert von [Tobias Kraus](#)

„Du bist verrückt. Wie konntest du nur so was schreiben? Dass ein unschuldiger Mensch stirbt. Einfach so. Ohne Grund. Ich mein, echt jetzt, wo gibt's denn so was?“ (S. 34) Der Ausspruch eines Kindes im phantasierten Dialog mit Kafka zu dessen Roman „Der Prozess“ erscheint glasklar und unbeirrt – und vor dem Hintergrund eines Krieges in seiner ganzen Tragik. Der kindliche Blick legt die Brutalität und Irrationalität der Realität frei. „Draußen sind mehrere Explosionen nacheinander zu hören. Franz bleibt neben dem Tisch stehen. Seine Augen blicken mich an, traurig und tief. Schwarz wie Rabenfedern.“ (ebd.) Der Blick aus Kinderaugen ist eine von vielen Perspektiven, aus der Lejla Kalamujić ihre gleichnamige Protagonistin in ihrem Erzählband „Nennt mich Esteban“ erzählen lässt. Die nicht zusammenhängenden Geschichten – mal ein Brief an eine Dichterin, mal (ausgemalte) Dialoge mit Verwandten, mal Rückblicke in die Vergangenheit oder Erlebnisse der Gegenwart als erwachsene Frau – fügen sich zu einem ausdrucksvollen Bild eines individuellen Schicksals zusammen, welches sich kaum von den Ereignissen um die Zerfallskriege Jugoslawiens trennen lässt.

Untermieter Krieg und Frieden

Die Mutter der Erzählerin verstarb im Alter von 22 Jahren, sie selbst war zwei Jahre alt. Die Großeltern, bei denen sie fortan lebt, schimpfen über den Vater, der spät in der Nacht alkoholisiert nach Hause kommt. Er trauert um seine verstorbene Frau, erzählt der scheinbar schlafenden Lejla mitten in der Nacht Geschichten über sie. Eigene Erinnerungen hat sie keine, bedeutungsgeladene Gegenstände und eben diese Geschichten sind das Einzige, was ihr von ihrer Mutter bleibt. „Es machte nichts, dass manchmal eine Geschichte die andere widerlegte und Ungereimtheiten auftauchten: Das Heilige rührt man nicht an, man glaubt daran.“ (S. 8)

Waren es zunächst Allah und Tito personifiziert als Untermieter, zog später der Krieg ins Haus der Kindheit, gefolgt vom unzuverlässigen Frieden. Wie ein roter Faden durchziehen die – nicht explizit ausgeführten – Jugoslawienkriege die Geschichten; die allgemeinen, abstrakten Andeutungen nehmen in ihren unmittelbaren, konkreten Auswirkungen auf die Einzelnen Gestalt an. Zu Kriegsbeginn muss sich die Großfamilie trennen. „Das war mein erster Verrat. Ich ging mit den einen Großeltern fort und ließ die anderen zurück.“ (S. 10) Später befinden sich die Familien in derselben Stadt und sind doch getrennt, zwei Stadtteile reißen einen Graben. „Das heißt also, hier sind die Schlechten, dort sind die Guten, und es ist Krieg. [...] Und du willst zu den Guten?“ – „Ich will nach Hause. Zu Nana und Dedo.“ (S. 30) Wer da gegeneinander und warum und worum kämpft, spielt eigentlich keine Rolle. Vielmehr sorgen sich die kleine Lejla und ihre Familie um ihre Lieben und um existenzielle Fragen. Aber die Untermieter sind kaum zu beeinflussen und erzeugen nur Scherereien.

„Krieg ist angeblich ausgezogen. Vor einem Jahr. Aber er hat so eine Unordnung hinterlassen. Ein Dreckschwein, so was habt ihr noch nicht gesehen. Wir warteten darauf, dass in das zu vermietende Zimmer endlich Frieden einzieht. Er sollte längst da sein, kommt aber nicht. Wir sind auf die Miete angewiesen. Man muss doch von irgendetwas leben.“ (S. 12f.)

Als er endlich doch einzieht, erweist er sich als eloquenter Schwindler: „Zahlt aber ewig die Miete nicht. Immer sagt er morgen, übermorgen, nur noch ein paar Tage... Ein richtig fieser Typ.“ (S. 13)
Die nationalistischen Versprechen der Kriegsparteien bleiben leer.

Kollektive Erfahrungen

Die Nachwehen der Kriege zeigen sich im Großen wie im Kleinen, sie hinterlassen ihre Spuren im Leben der Bevölkerung. Eine Begegnung mit einem alten Mann auf der Zugstrecke zwischen Sarajevo und Belgrad versinnbildlicht die kollektive Erfahrung der Menschen. Der Lokwechsel an den Landesgrenzen steht für die Entwicklung des zerfallenen Vielvölkerstaats, „Lokomotiven, die die eigenen Grenzen nicht überqueren dürfen.“ (S. 78) Der alte Mann ist überzeugt, dass es den Menschen zu Titos Zeiten besser ging. Wie jede*r hat auch er eine eigene Geschichte zu erzählen, allesamt finden sie ihren gemeinsamen Bezugspunkt in den Kriegen. Diese durchzogen sämtliche Familien und führten zu persönlichen Verlusten, die gemeinsame Erinnerung daran verbindet. „Auch dieser gute Mensch war Waise nach dem Krieg.“ (S. 76) Der Schmerz ist ein geteilter und sitzt tief: „Er sagt nichts. Senkt den Blick, weiß, dass es besser ist, nicht weiter nachzufragen“ (S. 100) Wenn die Erzählerin im letzten Kapitel sinniert, wie sie wohl aufgewachsen wäre, würde die Mutter noch leben, entwirft sie verschiedene Wege, die allesamt im Krieg und einer schwierigen Situation münden. Auch wenn es sich nur um Gedanken und imaginierte Lebenswege handelt: So oder so ähnlich hätte es tatsächlich ablaufen können.

Spuren des Lebens

Die Erzählerin hat viel zu verarbeiten, lange sucht sie nach Stabilität in ihrem Leben, immerzu holt die Vergangenheit sie ein. Ihr Leben ist geprägt vom Verlust ihr nahestehender Menschen. Dazu plagen sie Schuldgefühle, sie glaubt, alle Lieben verraten zu haben und verantwortlich für deren Schicksal zu sein. Sie lernt jemanden kennen, doch ständig überfallen sie Angst und Zweifel. Die Freundin agiert einfühlsam und steht ihr in schwierigen Situationen bei, es entstehen intensive Momente der Nähe und Intimität. Und trotzdem: „Ich nehme ihren Geruch wahr und begreife, dass das Leben nicht immer Verdienste aufrechnet. Denn sie habe ich mir ganz und gar nicht verdient.“ (S. 58) Die Erfahrungen der Vergangenheit führen immer wieder zu der Angst, erneut eine nahestehende, liebe Person zu verlieren oder einsam zu sein – was sich mitunter in komischen, grotesken Dialogen widerspiegelt. Zu viel hat sie bereits verloren: die Mutter, den Frieden, die Großeltern, die Häuser, nicht zuletzt die Zeit.

„Der Verrat ist eine gefährliche Krankheit. Schwer zu heilen. Heute, nach jahrelangen mehr oder weniger erfolglosen Therapien, weiß ich das. Heute gehört der Sommer zu mir. Auch der Herbst. Allah gehört zu mir und Tito auch. Krieg gehört zu mir. Und Frieden. Auch Winter und Frühling. Alles gehört zu mir. Jetzt, da ich nichts mehr habe.“ (S. 16)

Kalamujić gelingt es, die Bedeutung der jugoslawischen Zerfallskriege bis in die Gegenwart hinein nachzuzeichnen. Der immer wieder eingeworfene Blickwinkel kindlichen Erlebens bildet frei von Entstellungen häufig einen bedrückenden Kontrast zu der in der Luft hängenden Kriegssituation. An anderer Stelle wirken die mit allerlei Stilmitteln gespickten Erzählungen aufwühlend und eindringlich, wenn die Figuren beispielsweise mit stoischem Impetus der Dinge harren oder die Protagonistin die Fänge der Vergangenheit zu zähmen versucht. Der Spannung stehen die sanfte und feinfühligste Sprache sowie schöne und urkomische Szenen gegenüber, die die Lektüre trotz aller Traurigkeit zu einer Freude machen.

Lejla Kalamujić 2020:

Nennt mich Esteban. Übersetzt von: Marie-Luise Alpermann.

eta Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-9819998-5-3.

120 Seiten. 17,90 Euro.

Zitathinweis: Tobias Kraus: Prägender Zerfall. Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/
2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1672>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Der fragende Monolith



Alexei Monroe

Laibach und NSK

Die Inquisitionsmaschine im Kreuzverhör

Laibach vermischt in ihren brachialen Auftritten Faschismus, Sozialismus und Folklore. Sie sind das Fragezeichen im Zentrum der slowenischen Nation, das keine Antworten gibt.

Rezensiert von [Lara Wenzel](#)

Zwei Monate nach dem Tod Titos gründete sich die Gruppe Laibach in Trbovlje. In der Industriestadt fand kurz darauf die erste Aktion des Künstlerkollektivs statt, die den Ton für ihr folgendes Schaffen bestimmte. Am 26. September 1980 tauchten mysteriöse Plakate auf, die über Nacht geklebt worden waren. Ein Motiv zeigte eine Gewaltszene, auf dem anderen prangte ein monumentales schwarzes Kreuz. Darunter war der Name Laibach abgedruckt, der als deutsche Bezeichnung für Ljubljana an die Zeit der nationalsozialistischen Besatzung und partiellen Kollaboration erinnerte. Den Plakaten wurde mit starker Ablehnung begegnet und in Folge der Aktion verbot man polizeilich die damit beworbene Ausstellung. Im Dezember druckte das Magazin Mladina einen Leserbrief der Jugendorganisation Trbovlje, in dem sich das übergenerationale Entsetzen der Bevölkerung spiegelte:

„We, the young, feel that not everything, especially not what our elders went through during the war, can be pasted on walls under the cover of the word punk.“ [„Wir, die Jungen, finden, dass nicht alles, vor allem nicht das, was unsere Älteren während des Krieges durchmachen mussten, unter dem Schutz des Wortes Punk an die Wände plakatiert werden kann.“; Übers. LW] (Arns 2002, S. 26)

Überaffirmation als Kritik

Laibachs Aktionen sind von ihrer Gründung an untrennbar mit dem Prozess der Auflösung Jugoslawiens und Nationenbildung Sloweniens verbunden. In seinem umfangreichen Werk „Laibach und NSK. Die Inquisitionsmaschine im Kreuzverhör“ historisiert der Kulturtheoretiker Alexei Monroe ihr ambivalentes Wirken, das in der Über-Identifikation mit sozialistischen und faschistischen Symbolen Kritik an der Verklärung der Tito-Ära und später der Konstruktion slowenischer Folklore leistet. Dabei beleuchtet er ebenfalls die anderen Gruppen, die sich 1984 als Neue Slowenische Kunst (NSK) zusammengeschlossen hatten, ohne seinen Fokus auf die bekannteste Ausformung der slowenischen Retroavantgarde zu verlieren.

Wie sich schon in Laibachs erster Aktion abzeichnete, gehört es zu ihrer Methode, verdrängte Geschichte aufzugreifen. So kommentieren sie aktuelle Entwicklungen und bringen ihre Gegenwart in Aufruhr, wie Monroe an den zahlreichen Skandalen nachzeichnet, die sich um die Laufbahn der Gruppe ranken.

„Indem Laibach die Sprache Titos, Kardeljs und die offizieller Diskurse nachahmten und scheinbar offen für Totalitarismus und De-Individualisierung eintrat, nahm die Gruppe die in der Öffentlichkeit unterdrückten, doch innerhalb des Systems gleichbleibend starken totalitären und irrationalen Impulse vorweg.“ (S. 20)

Neben der Bedeutung öffentlichkeitswirksamer Aktionen wie dem polizeilich aufgelösten Auftritt im April 1983 in Zagreb, wo neben das Antlitz Titos pornografische Bilder projiziert wurden, zeigt Monroe ebenfalls die künstlerische Konsequenz von Laibach und NSK auf. Ihr Auftreten als monumentales Gesamtkunstwerk setzte sich in der behaupteten Organisation des Kollektivs fort. Die überaus komplizierte Struktur mit teils existierenden, teils behaupteten Unterabteilungen für Architektur, Philosophie oder Propaganda erinnerte an den bürokratischen Apparat der jugoslawischen Selbstverwaltung und war in der vorgeführten Überaffirmation als Kritik zu verstehen.

Intervention in die Konstruktion von Identität

Entlang der Auseinandersetzung Slavoj Žižeks mit der Band legt der Autor überzeugend dar, dass es Laibach gelang in den 80er Jahren folkloristische Symbole Sloweniens zu anektieren und mit nationalsozialistischen zu kontaminieren. Die parasitäre Aneignung durch die „Außenseiter“ der slowenischen Kultur verhinderte einen positiven Bezug auf das Volkstümliche durch die Nationalisten, wie es in anderen Teilen Jugoslawiens geschah. Auch die Unabhängigkeit Sloweniens antizipierte die Gruppe durch ihr Konzert „Zehn Jahre Laibach, zehn Jahre slowenische Unabhängigkeit“, das Ende 1990 nur zehn Monate vor der tatsächlichen Unabhängigkeit stattfand. Die Gruppe setzte sich in dieser Inszenierung als Katalysator der ‚nationalen Sache‘ ein und verschmolz so untrennbar mit der slowenischen Kultur, was sich in ihrem Bekanntheitsgrad über die Grenzen des Landes hinaus bis heute fortsetzt.

„[D]ie Gruppe behauptete, ‚slowenischer als das Slowenische selbst‘ zu sein, und zwar aufgrund – nicht trotz – der Einbindung von deutschen und anderen nicht-slowenischen Elementen. [...] Dies markiert einen Punkt, der unmöglich zu überschreiten ist, was bedeutet, dass jegliches zukünftige kulturelle oder politische Projekt, das eine solche unmittelbare Bindung mit der ‚nationalen Sache‘ oder auch nur seine Darstellung versucht, unvermeidbar an der Intensität von Laibach gemessen werden wird.“ (S. 157)

Die Arbeit Monroes zeichnet sich durch die genaue und quellenreiche Betrachtung der Wechselwirkung zwischen Laibach beziehungsweise NSK und der (kultur-)politischen Entwicklung Jugoslawiens aus und beleuchtet beispielhaft den Umgang mit Alternativkultur in den '80er Jahren. Laibach als ewig fragender Monolith im Herzen der ‚Kulturnation‘ bringt in ihrem radikalen Mix von Symbolen und Zitaten homogene Volkstümelei zum Zersplittern. Wie der Autor entlang der Bildung Sloweniens aufzeigt fördern sie das Ausgeschlossene und Verdrängte zu Tage und intervenieren so in die Konstruktion von Identität. Dabei positionieren sie sich nie klar, sprechen sich nicht als Opposition aus. Ihr affirmativer Bezug auf Folklore, Faschismus und Sozialismus verunmöglicht, sie als nicht involvierte Kritiker zu begreifen. Besonders in den '80er Jahren werden sie in der Darstellung Monroes als Motor der Auseinandersetzung mit Geschichte und Zukunft Sloweniens erkennbar, die selbst keine Antworten gibt.

Pop-Diktatoren

Wie Monroe betont, zitieren Laibach in ihrer Selbstinszenierung nicht nur staatlichen Totalitarismus. In der Überblendung von elektronischen Beats und militärischen Trommeln, populären Musiktexen und dem totalitären Auftreten des Frontsängers werden ihre Konzerte zu wuchtigen Massenerfahrungen. Wenn man sich Monroe zufolge nicht der überwältigenden Wirkung hingibt, werden hier die Parallelen zwischen Pop und Militarismus sichtbar. Selbst zieht er diese so:

„Eine Armee aus Oasis-Fans beim Stadionauftritt, größtenteils in Designs der Band gekleidet, ist die visuelle Analogie der Konsumgesellschaft zu einem Stadion voller politischer ‚Fans‘ in einheitlich braunen Hemden.“ (S. 189)

Die Frage, wie Laibach als intervenierende Kraft in der postjugoslawischen Konsumgesellschaft wirkt, geht der Autor nicht mit der gleichen kleinteiligen Sorgfalt an. Er stellt zwar fest, dass sich die Gruppe mit einem weniger offensichtlich repressiven System konfrontiert sieht. Wie sich dies auf die Durchschlagskraft ihrer subversiven Strategien auswirkt, beleuchtet er kaum. Es bleibt eher im Bereich der Behauptung, dass die Über-Identifikation mit dem System weiterhin Wirksamkeit behält und nicht von kapitalistischen Mechanismen eingehegt wird.

Zusätzlich verwendete Literatur

Arns, Inke (2002): Neue Slowenische Kunst – NSK. Laibach, Irwin, Gledališče sester Scipion Nasice, Kozmokinetično gledališče Rdeči pilot, Kozmokinetični kabinet Noordung, Novi kolektivizem. Eine Analyse ihrer künstlerischen Strategien im Kontext der 1980er Jahre in Jugoslawien. Museum Ostdeutsche Galerie, Regensburg.

Alexei Monroe 2014:

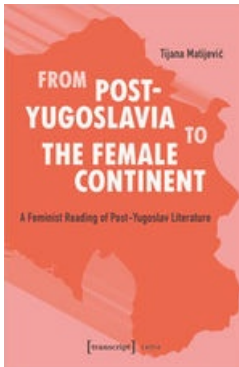
Laibach und NSK. Die Inquisitionsmaschine im Kreuzverhör. Übersetzt von: Beatrice Graef. Ventil-Verlag, Mainz.

ISBN: 978-3-95575-001-5.

348 Seiten. 24,90 Euro.

Zitathinweis: Lara Wenzel: Der fragende Monolith. Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1677>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Ein unmögliches Unterfangen



Tijana Matjević

From Post-Yugoslavia to the Female Continent
A Feminist Reading of Post-Yugoslav Literature

Um den jugoslawischen Sozialismus und den Krieg zu verstehen, ist die Analyse der post-jugoslawischen Literatur entscheidend.

Rezensiert von [Jasen Phillips](#)

Der auf Englisch verfasste Text birgt einiges an analytischem Potential und eröffnet hierbei nicht nur eine kulturwissenschaftliche Perspektive auf das ehemalige Jugoslawien, sondern hilft uns auch die aktuelle Situation der Nachfolgestaaten und die vielfältigen kulturellen Kontexte zu verstehen.

Tijana Matjević macht in der Auseinandersetzung mit „gender, sexuality, and body“ (S. 10) einen zentralen Bezugspunkt post-jugoslawischer Literatur aus. Indem sie zeitgenössische Texte detailgenau unter die Lupe nimmt, spürt sie auch einem sich vollziehenden Wandel der Geschlechterverhältnisse nach. Diesem wiederum gibt sie als Ordnungsprinzip so viel Aufmerksamkeit, gerade weil der Bezug zu den tatsächlichen Erfahrungen historisch aufschlussreich ist. Denn, so Matjević, Menschen sind diejenigen, um die es sich dreht, auch bei strukturellen Umwälzungen wie der Jugoslawiens.

Zum Verständnis des Ausdrucks „Post-Jugoslawien“

Ihrem eigenen Anspruch würde Matjević nicht gerecht werden, wenn sie nicht ohne ein gewisses ambivalentes Verhältnis zu Begrifflichkeiten auskäme. Somit versucht sie nicht unbedingt uneinige und paradoxe Zustände aufzulösen – sondern sie in ihrer Ambivalenz zu fassen.

Dies schlägt sich auch in Ihrer Grunddefinition eines „Post-Jugoslawiens“ nieder. Viele würden sich von einem Verständnis von einem Post-Jugoslawien distanzieren, denn die lange, wendige und ereignisreiche Geschichte Jugoslawiens mit ihren vielen verschiedenen ethnischen, sozialen und kulturellen Gruppen lassen sich nur schwer auf einen Nenner bringen.

Eine passende Zuschreibung für diese Pluralität zu finden, wird durch den Krieg und die daraus resultierende Teilung des Landes in kleinere Staaten nur noch erschwert. Dennoch verwendet Matjević den Ausdruck Post-Jugoslawien als historischen Begriff, denn sie sieht hierin eine Gelegenheit zu verstehen, was aus einem sich auflösenden Land und seinen Ruinen entstehen kann. Das Entstehen eines Post-Jugoslawiens findet in der „complexity of the space which simultaneously still existed and did not exist anymore“ (S. 1) statt – also an einem komplexen Ort der gleichzeitig noch existiert und nicht mehr existiert.

Nostalgie? Aber kritisch!

Viele Autor:innen post-jugoslawischer Literatur eignen sich einen nostalgischen Ton an, sie schreiben über „Yugoslavia as the (golden) past“ (S. 36). Obwohl verständlich, weist diese Art der Erzählung aber auch Lücken und Risse auf – welche laut Matjević die serbisch-ungarische Autorin

Ildiko Lovas durch eine kritische Nostalgie zu füllen versucht. In Kurzgeschichten wie *Via del Corso I* versucht sie „between the nostalgic remembering, the ambivalence of the lived experience and finally the critical reproaching of both Yugoslav and Post-Yugoslav times“ (S. 37) zu vermitteln und gelangt damit an einem Punkt, an dem eine kritische Rückbesinnung mit einer Infragestellung eines mythischen sozialistischen Jugoslawiens einhergeht.

Nichtsdestotrotz darf man auch nicht vergessen, dass das wichtigste Segment jeder Nostalgie auch eine Utopie ist. Denn, und dies kommt laut Matijević bei Autor:innen wie Lovas zum Tragen, es geht bei einer Trauer um das verlorene Land meist nicht um den Staat per se, sondern um das Aufgeben der utopisch-humanistischen Vision des jugoslawischen Sozialismus. Vor allen Dingen geht es um diese aufgegebenen und zusammengebrochene Vision, die Menschen in eine nostalgische Gefühlslage bringt. Bei diesen Emotionen und Umgangsformen handelt es sich aber weniger – so Matijević – um ein einfaches Streben nach der Wiederherstellung eines vereinten und sozialistischen Jugoslawiens. Der Dreh- und Angelpunkt bildet eine bereits in Grundzügen dagewesene gemeinschaftliche Praxis hin zu einer gerechteren Welt.

Post-jugoslawische Literatur als historische Praxis

Einer der wichtigsten Punkte des Buches verbirgt sich ganz zum Schluss, nämlich, dass das Schreiben eine Art der historischen Praxis sein kann, bei der die Vergangenheit einen Platz in der Gegenwart erhält. Mit Blick auf ihre Analyse und die (post-)jugoslawische Literatur kommt Matijević zu dem Schluss: „It is literature always in search and becoming, like its protagonists of unfinished and undecided identities, the decentered and different“ (S. 255). Hierbei ist trotz der Unmöglichkeit und Unvollendbarkeit die Selbstbestimmung relevant, denn „Post-Yugoslavia and post-Yugoslav literature are about a mentioned choosing of an optimal variant, or a self-determination of historical lags in which we would like to be inscribed“ (ebd.).

„From Post-Yugoslavia to the Female Continent“ ist ein Buch voller detaillierter Beschreibungen und Analysen, welche von hoher Relevanz für den Umgang Post-Jugoslawiens mit der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind. Eine aufschlussreiche Lektüre für Menschen, denen es nicht um leichte und vorgefertigte Antworten geht.

Tijana Matijević 2020:

From Post-Yugoslavia to the Female Continent. A Feminist Reading of Post-Yugoslav Literature.
transcript Verlag, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-5209-3.

274 Seiten. 70,00 Euro.

Zitathinweis: Jasen Phillips: Ein unmögliches Unterfangen. Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1682>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Blicke auf Ex-Jugoslawien



Michael G. Kraft

Soziale Kämpfe in Ex-Jugoslawien

Der Sammelband stellt mit Ex-Jugoslawien eine von Medien und Bewegungsforschung stiefmütterlich behandelte Region ins Rampenlicht.

Rezensiert von [Elke Michauk](#)

Tunesien, Ägypten, Syrien, Kuwait, Spanien, Brasilien, Griechenland und anderswo gehen generationsübergreifend Menschen auf die Straße. Ihr Protest steht im Zeichen von „dignity“, von Würde und Menschenrechten, wie Nahrung, Wohnung und Arbeit. Erst im weiteren Verlauf geht es auch um den Kampf für politische Rechte. Während die Welt auf die MENA-Region (Middle East and North Afrika = Nahost und Nordafrika), Brasilien, die Türkei und auf den krisengeschüttelten Süden Europas blickt, bleibt eine Region ein weitgehend blinder Fleck: der Balkan, genauer gesagt Ex-Jugoslawien.

Für eine Vielzahl der Mainstream-Medien kam und kommt die Rückeroberung des öffentlichen Raums durch die oben genannten kontinentalen und sich global aufeinander beziehenden Protestbewegungen überraschend. Doch weltweit bröckelt es seit Langem hinter den Fassaden von „Ländern in Transformation“ und sogenannten Modellstaaten außerhalb und innerhalb Europas. Ex-Jugoslawien blickt nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Balkankrieg auf eine im wahrsten Sinne des Wortes „bewegte Zeit“ zurück. Der Band schärft den Blick für Ex-Jugoslawien und damit für eine medial marginalisierte und in der deutschen Bewegungsliteratur und -forschung kaum beachtete Region. Mit dem vorgelegten Sammelband greift der Herausgeber Michael G. Kraft die Entwicklungen in der Region Ex-Jugoslawien in ihrer Widersprüchlichkeit und zugleich verblüffenden Ähnlichkeit in Hinblick auf ihre Historie auf.

Der Sammelband ist in drei Kapitel unterteilt. Der erste Teil („Einführung und globale Verortung“) stuft die Entwicklungen auf dem Balkan in globale Entwicklungen und Konflikte ein. Während Srećko Horvat und Igor Štikis das Verhältnis zwischen Postsozialismus und Europäischer Union sowie deren Einfluss auf die Linke unter die Lupe nehmen, widmet sich der darauffolgende Beitrag von Boris Kanzleiter verschiedenen Protesttypen. Die Bezugnahme auf Blockupy Frankfurt und auf die Ereignisse in der MENA-Region auf das Balkan-Forum zeigen, dass die Region nicht von der globalen Protestlandkarte wegzudenken ist. Im Zentrum der zusammengefassten Beiträge des zweiten Kapitels („Arbeitskämpfe und Deindustrialisierung“) stehen insbesondere die Belegschaftskämpfe in Pokret za slobodu (Serbien), Autonome Tribüne (ISKRA, Slowenien) und Petrokemija, Kamesko (RASKA, Kroatien). Der vereinende Moment der Proteste ist der Widerstand gegen Privatisierung, der Abbau von Arbeitnehmer_innenrechten und die zunehmende Umverteilung zu Gunsten des Kapitals. Andrea Milat ergänzt die Beiträge durch die feministische Perspektive. Den dritten und letzten Teil stellt der Herausgeber unter die Überschrift „Studierendenproteste und direkte Demokratie“. Im Vergleich zu Bildungsprotesten andernorts beließen es die Studierenden nicht bei der Kritik am Bildungssystem. Die Kritik an der Ökonomisierung aller Lebensbereiche, zunehmender Privatisierung und dem Abbau von Mitbestimmung öffneten den Protest gegenüber progressiven Bewegungen in der Region.

Entwicklungspolitik nach altbekanntem Muster

Ex-Jugoslawien als Region ist Sinnbild für die wohl umfassendsten Interventionen nach dem 2. Weltkrieg in Europa. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Jugoslawienkrieg verfolgte die Europäische Gemeinschaft die Strategien der Friedensbewahrung, Friedensschaffung und Friedenskonsolidierung. Die Interventionen folgten ihren eigenen Regeln und nicht immer im Interesse und unter Partizipation der Bevölkerung vor Ort. Die „Mission civilisatrice“ (S. 51) ist das beste Beispiel dafür. Mit unterschiedlichen Ansätzen verfolgt die Europäische Union die aktive Integration der Kandidatenländer des Balkans. Rumänien und Bulgarien sehen sich „Überwachen und Strafen“ und Serbien und Albanien eher „Zuckerbrot und Peitsche“ gegenüber. In anderen Teilen des Balkans stehen Verwalten (Bosnien), Regieren (Kosovo) oder aktives Ignorieren (Mazedonien) auf der Agenda der EU. Einen Schritt weiter sind Kroatien und Montenegro. Die EU führt mit den Ländern bilaterale Beitrittsverhandlungen. Unterschiedliche Strategien für ein Ziel, die Einpassung in die Krisenpolitik der EU.

Der „Brüsseler Konsens“ (S. 63), die politische Strategie zur Eingliederung der Regionen Ex-Jugoslawiens in die Europäische Union, öffnet der Entwicklungszusammenarbeit in Europa Tür und Tor. So werden durch ausländische Geldgeber Sparmaßnahmen diktiert, wie sonst aus den Nord-Südbeziehungen bekannt. Verlierer der Politik sind wirtschaftlich angeblich unrentable Bereiche wie Soziales, Bildung und Gesundheit. Sie haben besonders unter den Sparmaßnahmen zu leiden. Trotz der zunehmenden Prekarisierung breiter Bevölkerungsschichten hält die Politik am Versprechen „Wohlstand und Freiheit“ für alle fest. Doch von den Entwicklungen und dem Aufschwung profitiert nur eine kleine Gruppe korrupter soziopolitischer Eliten, die Finanzmärkte und (inter-)nationale Unternehmen. So zeichnet Michael G. Kraft in seinem Interview mit Boris Kanzleiter heraus, wie für den eigenen Profit Kollateralschäden für die Masse der Bevölkerung billigend in Kauf genommen werden. Der „Brüsseler Konsens“ war damit anschlussfähig an das „Experiment Jugoslawien“, die Politik des liberalen Flügels des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ). Bereits in den 1960er Jahren wurden „Entstaatlichung“, „Dezentralisierung“ und eine vermeintliche „Arbeiterselbstverwaltung“ zu Leitziele erhoben.

Dabei nicht unbedeutend und im vorliegenden Sammelband beschrieben wird die ambivalente Rolle von Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeitnehmer_innen einerseits und des Managements andererseits. Wie das Beispiel der Kamensko-Arbeiterinnen und der Arbeitskämpfe bei Petrokemija zeigt, unterliegt das Selbstverständnis von Gewerkschaften als originäre Interessenvertretung von Arbeitnehmer_innen dem Wandel. Während auf der einen Seite Geschlechter- und Machtverhältnisse reproduziert werden, sehen sich Gewerkschafter_innen neoliberalen Steuerungsmechanismen durch das Management gegenüber. Beeinflusst durch zunehmende Prekarisierung der eigenen Position und Durchsetzungskraft gehen Gewerkschaftsfunktionäre Koalitionen mit dem Management ein, um in egoistischer Manier verbleibende Rechte zu sichern.

Die Suche nach dem revolutionären Subjekt

Der Einfluss der EU sowie internationaler Organisationen bringt nicht nur „demokratischen Fortschritt“. In Ex-Jugoslawien, wie in anderen Teilen Europas, erstarken nationalistische, rassistische und diskriminierende Gruppierungen vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Ungleichheit. Sie kommen zusammen unter dem Deckmantel der „kommunistischen Nostalgie“ und „Titostalgia“, der Sehnsucht nach der besseren Vergangenheit. Die Enttäuschung über das „Projekt Balkan“, den erhofften und versprochenen Fortschritt und Wohlstand, macht die Menschen offen für die modernen Aktionsformen, Selbstorganisation und die Rückbesinnung auf traditionelle Werte wie Solidarität. Sie teilen diese Kennzeichen mit eher „linken“, eine aktive Demokratisierung verfolgenden Bewegungen. Dieser Umstand stellt nicht nur eine Herausforderung für die Forschung mit ihren Kategorien und Schemata dar, sondern auch für die Menschen vor Ort. Eine eindeutige Abgrenzung zwischen „rechts“ und „links“ wird zunehmend

erschwert.

Die Widerständigen haben gelernt, aufeinander Bezug zu nehmen und aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. In linker Tradition nehmen die Autor_innen Bezug auf das positive Gedächtnis des lateinamerikanischen Widerstandes. Verbindungen zu Widerstandsbewegungen anderer (Sub-)Kontinente werden nicht hergestellt. Die Bezugnahmen verbleiben vielfach regional. Dabei sind sie auf der Suche nach der „Speerspitze des Widerstandes“ (S. 111). Der Herausgeber fokussiert im dritten Abschnitt des Buches „Studierendenproteste und direkte Demokratie“ – trotz oder gerade aufgrund vielfach fragmentierter Proteste – die Belebung einer Avantgarde von Arbeiter_innen und Studierenden. Die gleichzeitig beschriebene Bezugnahme zu Protesten andernorts, das gegenseitige Voneinander-lernen, erschwert die Suche nach dem *einen* revolutionären Subjekt. Die moderne „neue politische Subjektivität“ (S. 15) ist diffus und wenig greifbar. Sie verschwindet, wird unsichtbar in der Masse der 99 Prozent. Dennoch scheinen die Akademiker_innen nicht müde bei ihrer Suche nach Schlüsselpersonen und Leitfiguren des Widerstandes in der Region. Während der Sammelband einen vielfältigen Einblick in die Bewegungslandschaft Ex-Jugoslawiens gibt, verbleibt die Analyse länderspezifischer Besonderheiten in „westlichen“ Kategorien und Begrifflichkeiten, beispielsweise bei der Suche nach der Leitfigur, während die diskurstheoretischen Ansätze vernachlässigt werden. Anleihen aus der Diskursforschung könnten beispielsweise einen Impuls zur Breitenwirkung für soziale Bewegungen nicht nur auf dem Balkan bieten.

Die Rückkehr zur „alternative[n] linke[n] Bewegungslandkarte“ (S. 15) verbleibt folglich unwillkürlich in einer analytisch dualistischen Nord-Süd-Perspektive und auf der Suche nach *einem* revolutionären Subjekt. Die an anderer Stelle durch den Herausgeber kritisch thematisierte Projektion „eigener Wünsche und Ängste“ (S. 123) von westlich geprägten Aktivist_innen ist damit nachvollziehbar.

Fazit

Der Sammelband rückt die vielfältigen und widersprüchlichen Widerstandsbewegungen Ex-Jugoslawiens für einen Augenblick in das Rampenlicht westlich-linker Bewegungsforschung. Von den skizzierten Methoden und Formen subversiver direkter Aktionen kann „der Westen“ noch einiges lernen. So scheint das Balkan-Forum mit seinem Ansatz auf mehr Resonanz zu treffen als sein Pendant in Deutschland und in Europa, das Deutsche beziehungsweise Europäische Sozialforum. Um die politisch gewollte Isolation, die Zusammenführung fragmentierter Protestbewegungen und damit den Blick über den eigenen Tellerrand zu ermöglichen, ist der persönliche Austausch dringend notwendig. Ob es dabei immer um den „wissenschaftlichen Tiefgang“ (S. 80) als Gegenpart des Austausches von Praxen gehen muss, bleibt mehr als fraglich. An die Lebensrealitäten der Menschen anzuknüpfen, sollte Alltagslernen auf gleicher Augenhöhe wieder mehr ins Blickfeld westlicher Bewegungen rücken.

Im alltäglichen Widerstand, wie beispielsweise dem Balkan Forum und der Subversiven Messe, wächst langsam eine „gemeinsame Erzählung“, eine Bewegung mit einer eigenen Geschichte, eigenen Methoden und eigener Dynamik. Ob und mit welcher Stärke „die neue Linke“ oder Teile dieser die fragmentierte Bewegungslandschaft in einer neuen Allianz für die Rückeroberung öffentlicher Räume für kritische Auseinandersetzung, der Re-Territorialisierung von grundlegenden Rechten der Mehrzahl der Menschen, zusammenbringen kann, muss unbeantwortet bleiben. Als systemtransformierende Bewegung mit antikapitalistischer Wirkung ist die alternative Bewegungslandkarte Ex-Jugoslawiens zweifellos Ausdruck eines „Riss[es] zur denkbaren und dringenden globalen Erosion des neoliberalen Systems“ (S. 278), die es im Auge zu behalten gilt.

Der Sammelband versucht die Vermittlung von politischer Praxis und Forschung. Seinen Selbstanspruch, dem Schließen einer Leerstelle und die Eröffnung einer kritischen

Gegenperspektive zum Bild der „erfolgreichen Osterweiterung“, erfüllt der Band mit Abzügen. Die vom Herausgeber bereits in der Einleitung als dringend notwendig attestierte Überschreitung eurozentristischer Analysekategorien und Konzepte verbleibt wider Erwarten unerfüllt. Die Mehrzahl der Einzelbeiträge verharrt in vertrauten „westlichen“ Kategorien und Denkmustern. Die Zeit für ein transnationales und transdisziplinäres Denken mit offenen Enden scheint noch nicht gekommen zu sein. Nicht immer folgen auf lebensweltliche Herausforderungen eindeutige, widerspruchsfreie und wissenschaftlich begründete Handlungen. Das Zulassen „unausgeogener“ Alternativen, diffus artikulierter Wut und von Unmut als Zeichen „erste[r] Risse im hegemonialen Diskurs“ (S. 26) scheint schwer auszuhalten.

Michael G. Kraft 2013:
Soziale Kämpfe in Ex-Jugoslawien.
Mandelbaum Verlag, Wien.
ISBN: 978385476-621-6.
310 Seiten. 19,90 Euro.

Zitathinweis: Elke Michauk: Blicke auf Ex-Jugoslawien. Erschienen in: Kunst in Ketten. 31/ 2014, Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1190>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Leichen im Keller



Aleš Šteger
Archiv der toten Seelen
Roman

Zwischen Schein und Sein: Aleš Štegers Roman über die slowenische Stadt Maribor ist ein bissiger Kommentar zur europäischen Kulturgeschichte und ein schräges Porträt der europäischen Kulturhauptstadt.

Rezensiert von [Stephanie Bremerich](#)

Thriller, Grotteske, Gesellschaftsroman, Stadtporträt? Irgendwie von allem etwas ist Aleš Štegers „Archiv der toten Seelen“. Mit seinem ersten Roman ist dem slowenischen Autor, der bislang vor allem als Lyriker hervorgetreten ist, eine ziemlich ungewöhnliche Geschichte und eine ebenso ungewöhnliche Form der Geschichtsaufarbeitung gelungen. Dreh- und Angelpunkt ist die slowenische Stadt Maribor, die 2012 europäische Kulturhauptstadt wurde.

Mitten im Medienrummel und überdies zur Karnevalszeit reisen der aus Maribor stammende Dramaturg Adam Bely und die kubanisch-österreichische Journalistin Rosa Porteroan – vorgeblich, um ein Porträt der Stadt zu erstellen, tatsächlich aber in geheimer Mission. Rosa und Adam sind nämlich nicht nur einer Verschwörung auf der Spur, die bis in die oberen Ränge der lokalen Politik reicht, sondern auch als Seelenerlöser unterwegs. Ihre Werkzeuge: Hypnose, Wahrheitsserum, Lügendetektor, scientologisches Know How und kleine Backerbsen, die es auf besondere Weise in sich haben. Klingt schräg? Ist es auch. Tatsächlich kann einem bei der Lektüre von Štegers Debütroman schwindlig werden. Dazu tragen nicht nur die verspleenten Protagonisten bei – allen voran das Duo Bely/Portero samt ihrer dubiosen Ermittlungspraktiken –, sondern auch die Abgründe, die sich unter der Oberfläche der Kulturhauptstadt auftun.

Maribor, das wird schnell klar, hat nämlich ziemlich viele Leichen im Keller. Wenn Bely und Portero das „Archiv der toten Seelen“ öffnen, kommen nicht nur Korruption und Kulturkapitalismus des neuen Jahrtausends zum Vorschein, sondern auch vergangene Verbrechen, die bislang in den anonymen Massengräbern unter der Stadt begraben waren. Tatsächlich ist es gerade die Mischung von Grotteske und geschichtlichen Hintergründen, von Fantastik und Kritik, die Štegers Roman so originell und so reizvoll macht. Was Schein und was Sein ist, lässt sich oft nicht mehr klar sagen. Die Selbstbespiegelungen des zeitgenössischen Kulturbetriebs und Stadtmarketings rücken dabei ebenso in den Fokus wie die historische Versehrtheit und zerrissene Identität Maribors – einer Stadt, die einst von den Habsburgern beherrscht wurde und zu Österreich-Ungarn gehörte, später Teil des Königreichs Jugoslawien war, in den 1940er Jahren von den Nazis annektiert wurde, danach zum sozialistischen Jugoslawien gehörte und seit 1991 als zweitgrößte Stadt Sloweniens gilt. Einer Stadt mithin, in der vieles verdrängt und unter den Tisch gekehrt worden ist, in der vertrieben, betrogen und gemordet wurde und in der sich das größte Massengrab (circa 15.000 Opfer) des Massakers von Bleiburg befindet, das bis heute weder vollständig ausgegraben noch offiziell ausgewiesen ist.

Nun also europäische Kulturhauptstadt. Auf literarisch-künstlerische Weise hinterfragt Šteger diesen Titel und weist auf die dunklen Seiten eines „geeinten Europas“ – was auch immer man darunter verstehen will – hin. „Archiv der toten Seelen“ ist ein Roman, in dem Absurdität

Programm ist und der sich schwer in irgendeine Schublade stecken lässt (die Verlagsinfo bietet Kafka, Gogol und Bulgakow zum Vergleich an). Aleš Šteger erzählt von historischen Traumata und handfestem Kapitalismus, von Okkultismus und Kommerz und bietet dabei ebenso einen fantastisch-grotesken Kommentar zur europäischen Kulturgeschichte wie eine bissige Satire des gegenwärtigen Kulturbetriebs. Ein sonderbarer, exzentrischer, spannender und unterhaltsamer Text.

Aleš Šteger 2016:

Archiv der toten Seelen. Roman.

Schöffling & Co., Frankfurt a.M..

ISBN: 978-3-89561-446-0.

336 Seiten. 22,95 Euro.

Zitathinweis: Stephanie Bremerich: Leichen im Keller. Erschienen in: Linke EU- und Europakritik. 39/ 2016, Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1322>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Rechte Rhetorik in konservativem Gewand



Lilian Hümmeler

Wenn Rechte reden

Die Bibliothek des Konservatismus als (extrem) rechter Thinktank

Eine präzise und lesenswerte Analyse rechter Sprache und ihrer Funktion im Kampf um gesellschaftliche Diskursräume.

Rezensiert von [peps perdu](#)

Das vorliegende Buch kann als eine funktionale Taschenlampe gesehen werden. Lilian Hümmeler erhellt mit ihrer Analyse zum einen die Bibliothek des Konservatismus als einen bisher wenig beachteten Raum und damit unterbelichtete Protagonist_innen der (extremen) Rechten. Zum anderen wirft sie ein Schlaglicht darauf, wie wissenschaftliche Publikationen aussehen können – mit klarer machtkritischer und antifaschistischer Haltung. Statt eines Objektivitätsanspruchs wird das eigene Wissen situiert verortet und die jahrzehntelange Arbeit von Aktivistinnen hervorgehoben, die eine Theorieproduktion jenseits von Hochschulen betreiben.

Konservatismus als Deckmantel für rechte Gesellschaftsveränderung

Rechte reden. Sie reden viel, sie reden miteinander, sie reden über vermeintliche Partei- und Zugehörigkeitsgrenzen hinweg. Doch sie tun dies nicht als Selbstzweck oder allein für die Stärkung nach innen, sondern mit dem Ziel der Veränderung gesellschaftlicher Diskurse. Das vorliegende Buch zeigt, mit welcher Rhetorik rechte Akteur_innen gesellschaftliche Diskurse und Wertvorstellungen zu beeinflussen versuchen. Dabei ist es nicht als eine Einladung zum Dialog mit ebenjenen Akteur_innen zu verstehen, sondern als Analysetool. Denjenigen, die von rechten Diskursen und Praktiken marginalisiert, angegriffen und herabgewürdigt werden, ermöglicht es eine Sichtbarmachung der sprachlichen Gewalt. Die Bibliothek des Konservatismus (BdK) in Berlin-Charlottenburg wird als „Knotenpunkt institutioneller und personeller Überschneidungen (extrem) rechter Akteur:innen“ (S. 29) herausgestellt. In seiner Bedeutung als extrem rechter Thinktank steht es dabei dem bundesweit bekannteren „Institut für Staatspolitik“ in Schnellroda in nichts nach. Vom AfD-Ideologen Marc Jongen über den rechten Theoretiker Karlheinz Weißmann bis hin zum ehemaligen Verfassungsschutz-Präsidenten Hans-Georg Maaßen oder der Vorsitzenden der Desiderius-Erasmus-Stiftung Erika Steinbach – sie alle waren schon als Referent_innen in der BdK geladen und konnten hier nicht nur vor einem zuhörwilligen Publikum ihre Ansichten und Thesen verbreiten, sondern auch eine (extrem) rechte Vernetzung vorantreiben.

Unter den Oberbegriffen „Fortführen“, „Herstellen“ und „Verändern“ unterzieht Lilian Hümmeler 24 Veranstaltungsmitschnitte der Bibliothek des Konservatismus einer kritischen Analyse. Dabei geht es ihr nicht allein um das, was gesagt wird, sondern auch darum, wie das anwesende Publikum darauf reagiert und wie „diskursive Interventionen“ (S. 25) genutzt werden. Unter diskursiven Interventionen sind dabei Strategien und Praktiken zu verstehen, mit denen es darum geht, Sagbarkeitsgrenzen weiter nach rechts zu verschieben.

Strategien der Grenzverschiebung

Hierbei differenziert Hümmler zwischen insgesamt neun Strategien, die das Ziel haben, vermeintliche Traditionen fortzuführen, diese herzustellen oder Diskurse zu verändern. Unter „Fortführen“ benennt sie das bekannte „Freund-Feind-Schema“ in Bezug auf marginalisierte Gruppen und die Zugehörigkeit zu einem vermeintlichen „Wir“. Des Weiteren benennt sie einen Freiheitsdiskurs, in dem die Fortführung einer heteronormativen Tradition als gesellschaftliche Entlastung gesehen wird, die sich nicht dem „Staatsfeminismus“ unterwirft.

Unter „Herstellen“ fasst sie solche Strategien, die mehr Schein als Sein sind. So versucht sich die BdK als Ort der männlich-weißen Wissenschaft darzustellen: auf struktureller Ebene als Bibliothek, auf personeller Ebene durch die Darstellung der Referent_innen als Expert_innen, auf inhaltlicher Ebene durch eine ständige Anrufung des vermeintlich Faktischen und Rationalen, der Vernunft gegen die herrschenden Verhältnisse. Hier appelliert Hümmler auch an linke Wissenschaft, vielfältige Perspektiven sichtbar zu machen:

„Um in der Manege der Deutungskämpfe zu gewinnen oder wenigstens standzuhalten, reicht es meines Erachtens nicht, der (extrem) rechten Wahrheit eine andere, ebenfalls objektive Wahrheit entgegenzusetzen. Es reicht nicht, nur die Brüche und Widersprüche aufzuzeigen, auch wenn das ein Anfang ist. Es sollte vielmehr auch darum gehen die Logik dahinter zu kritisieren, die überhaupt den Anspruch auf die einzige Wahrheit, auf objektives Wissen erhebt“ (S. 65).

Immer wieder werden in der BdK außerdem auf die Gefahr für Deutschland rekurriert und Katastrophenszenarien eröffnet. Dies geschieht in Vorträgen durch Wortneuschöpfungen wie „Antifanten“ ebenso wie durch Naturbilder wie dem „Raubtiersozialismus“ oder aber durch zahlenmäßige Übertreibungen, die Bedrohungsgefühle bei den Zuhörer_innen schüren sollen – gerade dann, wenn es um die Themen Migration und Flucht geht.

Welche Strategien darauf abzielen, eine Veränderung bestehender Diskursräume herbeizuführen, führt Hümmler im Anschluss aus. Hierbei finden sich „klassische“ Strategien wie „Ich habe ja nichts gegen xy, aber...“ genauso wie Täter-Opfer-Umkehr und Verschwörungsdenken. Gerade in Bezug auf Geschlechterpolitiken wird in der BdK auf eine „Lobby“ rekurriert, die von oben in die Familie oder die Ehe eingreife. Ähnliches zeigt sich in Bezug auf antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus, wenn über „eingeschleuste Imame“ oder die EU-Finanzpolitik gesprochen wird. Als letzte diskursive Interventionen werden der Hass auf Angela Merkel und ein männlicher Abwehrkampf beleuchtet. Ersteres ist stark durch einen antifeministischen Blick auf Merkel als Frau geprägt und zeigt sich in Infantilisierung, Dämonisierung und Pathologisierung von Angela Merkel als Person. Der männliche Abwehrkampf zeigt sich in der Selbstdarstellung des konservativen Außenseiters, der Mitstreiter_innen gegen den queeren und feministischen Mainstream (you wish!) sucht. Hier zeigt sich das enge Zusammenspiel der Selbstviktimisierung und des eigenen Heldentums.

Feministische und machtkritische Brille

Als roter Faden zieht sich ein feministischer Blick durch die Analyse. So ist in der Bibliothek des Konservatismus nicht nur der „Sonderbestand Lebensrecht“ christlich-fundamentalistischer Abtreibungsgegner_innen zu finden, es finden auch immer wieder Veranstaltungen mit antifeministischen Inhalten und Protagonist_innen wie Sophia Kuby, Hedwig von Beverfoerde oder dem ZEIT-Autor Jens Jessen statt. Lilian Hümmler zeigt dabei auf, dass Geschlecht immer wieder relevant gemacht wird – sei es durch antifeministische Themensetzungen oder durch Selbstdarstellung, die immer auch auf die eigene Männlichkeit referiert.

Eine Tabelle im Anhang mit allen Referent_innen und in der Bibliothek des Konservatismus stattgefundenen Veranstaltungen bietet einen Überblick über die Bandbreite an Personen, die sich hier selbst unter dem Schlagwort „konservativ“ zusammenfinden, und über welche Themen

diskursiv Einfluss genommen wird. Besonders hervorzuheben ist außerdem die Sprache des Buches: Diese ist klar, mit kurzen Sätzen und Erklärungen komplexer Fachbegriffe, und holt den_ die Leser_in durch Zusammenfassungen immer wieder ab.

Danke für dieses wichtige Buch, welches hoffentlich dazu beiträgt, dass mehr Personen rechte Rhetorik nicht als Einladung zum Gespräch verstehen, sondern als das, was sie tatsächlich ist – strategisch eingesetzte Menschenverachtung.

Lilian Hümmeler 2021:

Wenn Rechte reden. Die Bibliothek des Konservatismus als (extrem) rechter Thinktank.

Marta Press, Hamburg.

ISBN: 978-3-944442-71-6.

141 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: peps perdu: Rechte Rhetorik in konservativem Gewand. Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1671>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Dynamiken der Klassenbildung



Mario Candeias (Hrsg.)
Klassentheorie
Vom Making und Remaking

Die Debatte um die neue Klassenpolitik geht weiter. Ein umfassender Reader sammelt klassische Ansätze zur Klassentheorie, die Impulse für gegenwärtige Diskussionen geben.

Rezensiert von [Ivo Eichhorn](#)

Die Sammlung „KlassenTheorie“ stellt einen Versuch dar, dem in Zeiten politischer Schwäche der Linken um sich greifenden Vergessen etwas entgegenzusetzen. Die versammelten Texte gehen aus den Bemühungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung hervor, die Diskussionen um den Begriff der Klasse zu bündeln: Zahlreiche der Aufsätze wurden bereits an der einen oder anderen Stelle von der Stiftung publiziert. Die inhaltliche Ausrichtung lässt an das von Peter Weiss stammende und im Argument-Kontext immer wieder bemühte Wort von der Linie Luxemburg-Gramsci denken. Diese beiden Autor*innen sind denn auch die einzigen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, während der Fokus auf theoretischen Entwicklungen nach 1968 liegt.

Marxistische Ansätze

Die zentralen Ausgangs- und Diskussionspunkte für fast alle Beiträge markieren jedoch unbezweifelbar Texte von Marx und Engels; insbesondere Formulierungen aus dem 18. Brumaire des Louis Bonaparte werden in vielen der Texte diskutiert. Eine kritische marxistische Herangehensweise kann durchaus gegen die sich aktuell einer gewissen Popularität erfreuenden Diskussionen gelesen werden, in denen über Klasse zu sprechen hauptsächlich heißt, bestimmte soziale Diskriminierungen zu meinen. Gegenüber derlei administrativen Denkmustern, die Gleichheit als eine Äquivalenz von vorausgesetzten Gruppeninteressen anvisieren, verbindet zahlreiche Perspektiven dieses Bandes, dass es weniger kennzeichnend für eine kritische Beschäftigung mit der Gesellschaft ist, von Klassen zu sprechen, als von Klassenkampf. Klassenpolitik wäre folglich von der Frage getrieben, wie und unter welchen Bedingungen emanzipatorisch in den Klassenkampf einzugreifen wäre.

Prägnant formuliert findet sich eine derartige Perspektive insbesondere in den Texten von Stuart Hall, die den Autor weniger als modischen Intellektuellen, denn als kritischen Marxisten rezipieren lassen (die ebenfalls im Argument-Verlag erschienenen „Ausgewählten Schriften“ von Hall beinhalten weitere lesenswerte Texte dieser Art). Ebenfalls hervorzuheben ist der Aufsatz von Étienne Balibar, der aus dem Ende der 1980er Jahre erschienenen und ungebrochen aktuellem Band „[Rasse Klasse Nation](#)“ aufgenommen wurde. Diese Texte verabschieden jede geschichtsphilosophische These einer absoluten Tendenz zur Vereinfachung der Klassenbeziehungen im Kapitalismus. Sie argumentieren stattdessen, dass sich in der Formung dessen, was man Arbeiterklasse genannt hat, ständig mindestens zwei widersprüchliche Tendenzen treffen: die zu ihrer Bindung an Unternehmen, Nation, Familie und Staat, mithin einer Normalisierung ihrer Alltagspraktiken, und jene einer Verflüssigung, Fluktuation und Destabilisierung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Darüber werfen sie die Frage nach der komplexen Gliederung oder Artikulation von Rassismen als Herrschaftsverhältnissen auf, die sich

um ideologische Rassenkonstruktionen organisieren, und als solche in ihrer Bedeutung für den Klassenkampf zu analysieren und zu kritisieren sind. So zeigen sie – anknüpfend an Gramsci und Althusser –, dass sich Klassenkampf auch dort abspielt, wo Klassen keineswegs als solche auftreten, etwa in Bezug auf den Staat, die Staatsbürgerschaft und damit verbundene Verhältnisse politischer Repräsentation. So wie Klassenkampf ein von verschiedenen Zeiten und Logiken durchzogenes Geschehen bildet, sind Klassen in permanenter Umbildung zu denken, wo sich Reorganisationen kapitalistischer Produktion und Staatlichkeit mit Kämpfen, Aufständen und Befreiungsprojekten überschneiden.

Ein derartiger theoretischer Ansatz lässt sich auch mit zahlreichen anderen Texten des Bandes verknüpfen. So etwa in Bezug auf die intrinsische Verbindung von Geschlechterverhältnissen mit den Widersprüchen kapitalistischer Produktion. Die hierzu versammelten Aufsätze von Mariarosa Dalla Costa, Lise Vogel und Frigga Haug bilden drei dezidiert unterschiedliche Zuspitzungen einer marxistischen Theoretisierung von Geschlechterverhältnissen, die weiterhin mit- und gegeneinander zu diskutieren sind. Allesamt sind sie aber als aktualisierbare Alternativen dazu aufzufassen, „Class“ und „Gender“ als zunächst voneinander gesonderte Kategorien zu verstehen, die in einem zweiten Schritt auf ihre Intersektion zu befragen wären. Denn sie sind allesamt daran interessiert, inwiefern die Weisen, unter denen Geschlechterverhältnisse wirksam und gelebt werden, immer schon die Dynamiken der Klassenbildung und des Klassenkampfes betreffen.

Gegenwärtige Probleme des Klassenkampfes

Dass verschiedene Diskussionsstränge eines kritischen Marxismus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts keineswegs einer grauen Theorie angehören müssen, sondern im Ringen um das Verständnis unserer Gegenwart aktualisiert werden können, sollen dann die letzten Kapitel des Bandes zeigen. Hier sind Analysen zu gegenwärtigen Veränderungen von Klassenverhältnissen in Zeiten digitaler Infrastrukturen und Arbeitsverhältnisse sowie zu neoliberalen Regierungstechnologien versammelt. Abschließend kommen Perspektiven einer neuen Klassenpolitik zum Zuge. In einem pointierten Essay plädiert Tithi Bhattacharya dafür, eine „Relationalität der Kämpfe“ anzuvisieren. Das bedeutet, keinem Kampf, in dem die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse infrage gestellt wird, prinzipiell das Potential abzuspochen, eine allgemeine verändernde Kraft zu entfalten, „ob er nun am Arbeitsplatz beginnt oder außerhalb“, sondern nach seinen je spezifischen Wirkungen in der selbst in Veränderungen begriffenen „Gesamtheit der sozialen Beziehungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft“ zu fragen (S. 457f.). Alex Demirović formuliert in diesem Sinne eine Position gegen die fatalen Frontstellungen der Debatten um Identitäts- und Klassenpolitik. Hierüber wird deutlich: Eine emanzipatorische Politik kann sich nicht darin beruhigen, Klassenbildungen sichtbar zu machen oder marginalisierte Muster der kulturellen Identifikation zu repräsentieren, sondern versucht ihren herrschaftlichen Charakter abzuschaffen. Die dafür notwendige Politisierung von Identitäten wird so in ihrer Ambivalenz kenntlich: Die Anrufung der Kämpfenden als bestimmte Subjekte kann noch in einer Wendung gegen das Bestehende zur Zementierung und herrschaftlichen Ausrichtung der Lebensweisen beitragen.

Es wäre der Auswahl insgesamt jedoch etwas mehr Entschiedenheit zu wünschen gewesen. Den Abdruck einer in diesem Auszug unleserlich gewordenen Passage aus dem vieldiskutierten Buch [„Rückkehr nach Reims“](#) von Didier Eribon hätte man sich sparen können. Gleiches gilt für die nur halbherzige Behandlung des Klassenverständnisses von Antonio Negri durch einen ausgewiesenen Negri-Kenner und -Hasser. Insbesondere die hinteren Kapitel kennzeichnet jenseits der hier angeführten Thesen ein etwas unausgegorener Mix, der den vorhergehenden Texten kaum gerecht wird. Ein Zeugnis eben jener theoretischen Schwäche, gegen die der Band antritt? Ebenso kann hierin die Aufforderung erkannt werden, mit dem theoretischen Rüstzeug weiterzumachen. Dafür ist den hier versammelten Beiträgen zu wünschen, was Frigga Haug bezüglich ihrer Marx- und Engels-Lektüre schreibt: „Es braucht Unruhe und Bewegung, um eine Auftreffstruktur zu finden, die Erkenntnis einschlagen lässt wie einen Blitz. Es braucht konjunkturelles Glück.“ (S. 378) Ohne

anhaltende glückliche Begegnungen bleiben auch die vielversprechendsten theoretischen Kraftakte vergebens. Dass der Band in digitaler Form auch kostenfrei erhältlich ist, wird der Möglichkeit solcher Begegnungen nicht schaden.

Mario Candeias (Hrsg.) 2021:
Klassentheorie. Vom Making und Remaking.
Argument Verlag, Hamburg.
ISBN: 978-3-86754-517-4.
558 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Ivo Eichhorn: Dynamiken der Klassenbildung. Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1673>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Kann es einen linken Polizeiroman geben?



Dominique Manotti
Marseille.73

Der historisch akkurate Krimi handelt von einer rassistischen Mordserie, dem korrupten Polizeiapparat und streikenden nordafrikanischen Arbeiter:innen.

Rezensiert von [Johanna Tirthal](#)

Marseille im Spätsommer 1973. Der junge Kommissar Theodore Daquin sitzt auf seinem Balkon mit Blick auf den alten Hafen, trinkt Espresso und ruft seinen Geliebten an. Daquin ist aus dem Urlaub zurück. Er blättert in der Lokalzeitung – in einem Vorort gab es eine Schlägerei, es fielen Schüsse, ein Toter, ein Verletzter, beide gebürtig aus Algerien. Daquin ahnt nicht, dass dieser kleine, alltäglich wirkende Fall der Beginn dessen ist, was ihn in den nächsten Wochen beschäftigen wird.

Nordafrikanische Arbeiter:innen und ihre Familien sind in Marseille 1973 so allgegenwärtig wie heute. Doch die französische Regierung fährt zu dieser Zeit einen harten Anti-Einwanderungskurs. Der „Runderlass Marcellin-Fontanet“, beschlossen im Herbst 1972, macht alle Migrant:innen ohne Arbeitsvertrag und ohne „anständige“ Wohnung – das sind 86 Prozent von ihnen – schlagartig zu Illegalen. Allorts regen sich Streiks, um Arbeitsverträge und anständige Wohnungen zu erkämpfen. Eine neue rechte Gruppierung hetzt dagegen, sie nennt sich *Ordre Nouveau*. Plakate mit dem Slogan „Stoppt die wilde Einwanderung“ pflastern die Wände der südfranzösischen Innenstädte.

Als ein offensichtlich psychisch kranker Fahrgast algerischer Herkunft in einem Marseiller Bus dem bio-französischen Fahrer die Kehle durchschneidet, nutzen manche Akteur:innen den tragischen Vorfall, um die Situation eskalieren zu lassen. Rassistische Morde häufen sich.

Das ist der Ausgangspunkt von „Marseille.73“ von Dominique Manotti. Wie alle ihre Krimis ist auch „Marseille.73“ akribisch recherchiert. Die beschriebenen Ereignisse kommen der historischen Realität nah, ein Nachwort präzisiert: Im Sommer und Herbst 1973 sei es in Marseille tatsächlich zu 15 Morden an Algerier:innen gekommen. Die Ermittlungen verliefen, nicht unähnlich denen zum NSU, schleppend und lückenhaft. Hier setzt der Roman an: Kommissar Daquin, 27 Jahre jung, recht frisch von Paris nach Marseille versetzt, klettert tief hinein in das Geflecht des Marseiller Polizeiapparats.

Algerien-Rückkehrer:innen bei der Polizei

Daquin ist Chef eines kleinen, sympathischen Teams. Gemeinsam mit seinen Mitarbeitern Grimbert (etwas älter, ein echter Marseiller, gesetzt und gut vernetzt) und Delmas (jung und voll Energie) ist er – noch vor dem Mord an dem Busfahrer – auf Ermittlungen im Umfeld der UFRA angesetzt. UFRA – *L'Union des Français repliés d'Algérie* –, das ist die Vereinigung französischer Algerienheimkehrer:innen, eine Interessenvertretung der sogenannten „Pieds-Noirs“. Das sind also diejenigen Französischen und Franzosen, die mit der algerischen Unabhängigkeit 1962 Hals über Kopf nach Frankreich zurückgekehrt sind. Etwa 100.000 von ihnen leben 1973 in Marseille,

Rassismus und eine Nostalgie für die Kolonialzeit sind unter ihnen weit verbreitet. Die UFRA wird verdächtigt, bewaffnete Untergruppen aufzubauen, um algerische Institutionen in Frankreich anzugreifen und so die politische Situation in Algerien zu destabilisieren – mit dem Ziel, dort letztlich die Kolonialherrschaft wiederherzustellen.

Die Suche nach den Allianzen der Pieds-Noirs in Marseille führt Daquin und sein Team tief in die Eingeweide der Polizei selbst. Viele Kolonialpolizisten, die bis zur Unabhängigkeit ihren Dienst in Algerien getan haben, mussten 1962 schnell in den Marseiller Polizeiapparat eingegliedert werden. Daquin stößt auf eine ungewöhnliche Häufung dieser Pieds-Noirs-Polizisten im 15. Arrondissement. Und dann gehen die rassistischen Morde los. Die Ermittlungen, gerade im 15. Arrondissement: sehr, sehr schleppend. Daquin und sein Team: Plötzlich mitten in beiden Fällen; ermitteln in beiden verdeckt, teilweise vor den eigenen Vorgesetzten.

Identifikationsfiguren jenseits der Polizei

Wer also ist dieser Protagonist? Théo Daquin, der junge, schwule Kommissar, bleibt in all dem etwas blass. Über seine Motivation und Emotionen in dem Fall, genau wie seinem Geliebten und auch einer geheimnisvollen Frau gegenüber bleiben wir etwas im Dunklen. Er ist jedenfalls kein Linker, aber der Traum von einem korrekten Bullen: durch und durch wahrheitssuchend, kein Rassist, stets freundlich, außer zu unliebsamen Kollegen. Seine Jugend ist beim Lesen etwas ungewohnt und trägt zur Blässe bei. In die 27 Jahre seines Lebens passt erst wenig „Backstory“, seine Geschichte scheint eher vor ihm zu liegen. Manchmal wünscht man sich einen etwas älteren, abgehalfterten Kommissar, dessen dunkle Vorgeschichte ihn weniger berechenbar machte. Gerade im Vergleich zu Fabio Montale in Jean-Claude Izzos bekannter Marseille-Krimi-Trilogie, an die man unweigerlich denkt, ist Théo Daquin etwas langweilig gestrickt. Aber vielleicht liegt seine Blässe auch daran, dass „Marseille.73“ schon der sechste Théo Daquin-Roman ist, den Dominique Manotti geschrieben hat. Wahrscheinlich lernt man ihn an anderer Stelle besser kennen. Oder ist die Blässe der Polizei bei Manotti Programm?

„Marseille.73“ ist ein linker Roman und damit der Aufklärung über historische Tatsachen verpflichtet. Er ist zugleich aber auf der Suche nach Menschenbildern, Psychogrammen von Mitläufer:innen und Mutigen, von Rassist:innen, Apparatschiks und moralisch Korrekten. Davon ausgehend ergibt sich die Frage, ob man überhaupt einen linken Roman über positive Bezugspersonen in der Polizei schreiben *kann*. Zum Glück versucht Manotti dieses Unterfangen erst gar nicht wirklich. Die Perspektive der Polizei ist eher ein Scheinwerfer, der Ereignisse, Zusammenhänge und Figuren beleuchtet – zum Beispiel die Familie des ermordeten algerischen Jugendlichen Malek Khider, die, unterstützt von dem jungen linken Anwalt Berger, selbst mit den Ermittlungen beginnt, weil der Polizei nicht zu trauen ist.

Hier ist das emotionale Zentrum des Romans, hier sind die eigentlichen Protagonist:innen, die sich entwickeln, aus dem Geschriebenen heraustreten, zu politischen Subjekten werden. Hier sind komplexe, nachvollziehbare Figuren, hier ist Emotion. Und hier sind auch Bezüge zu den gewerkschaftlichen Kämpfen, mit denen Dominique Manotti auch biografisch verbunden ist – sie war von den 1960er bis in die 1980er Jahre in der damals einem Sozialismus der Selbstverwaltung verpflichteten Gewerkschaft CFTD aktiv. Aus dem Fall in „Marseille.73“ wird eine Bewegung: Nordafrikanische Arbeiter:innen streiken aus Protest gegen die rassistischen Morde, legen für Tage die südfranzösischen Werften lahm.

Erst durchkämpfen, dann mitreißen lassen

Hier nimmt der Roman Fahrt auf und begeistert, nachdem man sich als Leser:in auf den ersten 70 Seiten eher mühsam ein Verständnis für die korrupten Apparate der Marseiller Polizei erkämpft, ohne dass die Geschichte richtig in Gang kommt. Wer war jetzt nochmal Algerien-Rückkehrer:in und wer nicht? Und wer ist für welchen Bezirk, wer auf welcher Ebene wofür zuständig? Wer ist

verdächtig, und wer nicht? Grimbert, Delmas, Percheron, Picon, Platel, Lorant, Girard, Solal, welche der leicht zu verwechselnden Namen müssen im Gedächtnis haften bleiben? Eine Liste der Protagonist:innen, ein kurzer Sachtext über den Aufbau der Marseiller Polizei und ein Glossar, alle am Ende des Buchs, helfen nur begrenzt weiter, gerade auch weil man beim Blättern hinten im Buch immer Angst haben muss, über Spoiler zu stolpern.

Das Durchkämpfen aber lohnt sich. Die vielen, gut recherchierten Details fügen sich im Verlauf des Romans zu einer spannenden Geschichte, die nicht nur auf der Sachebene, sondern auch emotional trägt. Am Ende hat man nicht nur die Familie des ermordeten Jungen, ihren jungen Anwalt und die vielen nordafrikanischen Genoss:innen ins Herz geschlossen. Man hat auch viel gelernt über Südfrankreich in den frühen 1970er-Jahren und ist einmal mehr beeindruckt von der Art, wie die Kämpfe der radikalen Linken in Frankreich selbstverständlich mit denen der Arbeiter:innen und auch der Migrant:innen verbunden sind. Dominique Manotti sagt über sich selbst, die Enttäuschung über die Regierung Mitterand habe sie vom politischen Engagement zur Literatur wechseln lassen. Gut, dass sie sich dafür entschieden hat, statt zu verstummen.

Dominique Manotti 2021:
Marseille.73. Übersetzt von: Iris Konopik.
Argument Verlag + Ariadne, Hamburg.
ISBN: 978-3-86754-247-0.
400 Seiten. 23,00 Euro.

Zitathinweis: Johanna Tirnthal: Kann es einen linken Polizeiroman geben? Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1688>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Die Freiheit erwägen



Louise Michel Die Pariser Commune

Einblicke in das Innenleben der Pariser Commune – verfasst aus erster Hand von einer Protagonistin.

Rezensiert von [Christoph Zeevaert](#)

Die Textsammlung von Louise Michel zeigt die historische Episode der Pariser Commune als menschheitsgeschichtlichen Versuch, die Befreiung von der Herrschaft des Menschen über den Menschen im Hier und Jetzt umzusetzen. Sie liest sich wie eine detaillierte und historische Chronik der Geschehnisse rund um die Pariser Commune aus der radikal subjektiven Perspektive einer feministischen Kommunardin. Die Pariser Commune, also der Versuch, in Paris im Jahr 1871 eine Gesellschaft aufzubauen, die sich jenseits von Staat und Kapital organisiert, war und ist für die Linke weltweit ein Bezugspunkt utopischen Denkens. Dabei inspirieren die Tage der Commune nicht alleine durch ihre rätedemokratischen Elemente, wie imperative Mandate in den Ausschüssen, sondern auch durch ihre Orientierung auf die unmittelbare Verbesserung der Lebensumstände in Paris und darüber hinaus.

Michels Werk beginnt mit einer ausführlichen Beschreibung der politischen Situation in Paris während des Kaiserreiches, sie erzählt die Geschichte einer politisch polarisierten Gesellschaft im Krieg. Sie zeichnet den Politisierungsweg der Kommunard*innen nach und spart dabei auch die unschönen Aspekte, wie beispielsweise deren Kriegspatriotismus, nicht aus. Die militärische Auseinandersetzung vor und nach den Tagen der Commune beschreibt Michel aus ihrer subjektiven Perspektive und vermittelt so einen eindrucksvollen Einblick in die Geschehnisse. Sämtliche Kapitel werden durch Anekdoten und Gespräche aus der Zeit ergänzt. Durch dieses Wechselspiel aus Berichten, scheinbaren Trivialitäten und politischen Analysen entsteht ein differenziertes Bild der Situation. Dabei wird immer wieder deutlich, wie sicher sich die Kommunard*innen fühlten, den Rückenwind der Geschichte – auch international – auf ihrer Seite zu wissen.

Schönheit der Revolte – Grausamkeit der Reaktion

Auch wenn die Tage der Commune im Vergleich zu den anderen Abschnitten weniger Raum einnehmen, als man annehmen sollte, gelingt es Michel, einen Eindruck von der Stimmung dieser Tage zu vermitteln. Ihre Situationsbeschreibung ist stark geprägt von ihren subjektiven Erfahrungen und ihrem Enthusiasmus. Immer wieder betont Michel dabei den stark moralischen Selbstanspruch der Kommunard*innen auch im Angesicht drohender Gefahr, die Ideale der Solidarität und Sanftmütigkeit nicht aufzugeben. Und die Gefahr wartete nur wenige Kilometer von Paris entfernt: die Geschichte der Commune ist von Anfang bis Ende geprägt von militärischen Auseinandersetzungen mit der Armee der Konterrevolution, die in Versailles den Gegenschlag vorbereitete. So beschreibt Michel das Ende der Commune als ein Massaker der französischen Armee an den Aktivist*innen der Commune und an Teilen der Pariser Stadtbevölkerung. Dabei

werden die Bürger*innen von Paris nicht idealisiert, vielmehr beschreibt Michel scharfzünftig ihre Haltungslosigkeit und ihren Verrat im Angesicht der drohenden Niederlage gegen die Reaktion. Aus ihrer Beschreibung spricht eine fundamentale Enttäuschung über die eigene Niederlage und Unzulänglichkeit, den Bürger*innen von Paris das gesellschaftliche Gut der Solidarität nicht nahe genug gebracht zu haben. Der Verrat der Bevölkerung der Stadt an den Kommunard*innen scheint für sie schwerer zu wiegen, als jener der bewaffneten Reaktion.

Meilenstein linker Geschichte

Die Geschichte der Commune – also jener 72 Tage in Paris, in der die Möglichkeit einer anderen Gemeinschaftlichkeit demonstriert wurde – ist ein Fluchtpunkt der Hoffnung dafür, dass eine Gesellschaft jenseits von Staat, Nation und Kapital möglich ist. Nicht umsonst würdigten Marx und Lenin in berühmten Texten den Versuch der Kommunard*innen, eine andere Gesellschaft Wirklichkeit werden zu lassen. Die Geschichte der Pariser Commune mahnt, ein linkes Geschichtsbewusstsein zu entwickeln, das nicht in die bürgerliche Falle tappt, dem Siegreichen die Vernunft zu- und dem Scheiternden abzusprechen. Die Schönheit im historischen Versuch der Commune lag gerade in ihrer Naivität und wunderbaren Großzügigkeit. Dabei geht es nicht darum, der Commune einen weltfremden Idealismus zu unterstellen, sondern zu würdigen, dass sie den Versuch unternahm, im Angesicht des Krieges gegen die Reaktion nach innen die Moral zur Grundlage ihrer Politik zu machen. Linke Geschichtspolitik muss dieses Erbe verteidigen und daran anknüpfen: „Glaubt ihr wirklich, dass alle Erinnerung unter der Erde begraben bleibt, dass das vergossene Blut nie Blüten treibt, wenn der Kampf wieder aufgenommen wird?“ (S. 259)

Wer in Michels Werk eine historisch korrekte oder gar an Objektivität orientierte Chronik der Epoche sucht, wird wohl enttäuscht werden. Wer es aber liest, um einen leidenschaftlichen, empathischen und durch und durch parteilichen Eindruck des Geschehens von einer Kommunardin selbst zu studieren, kommt in diesem Buch auf seine*ihre Kosten.

Louise Michel 2020:

Die Pariser Commune. Übersetzt von: Veronika Berger.

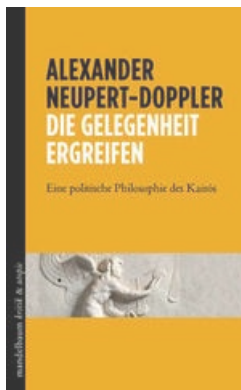
Mandelbaum Verlag, Wien.

ISBN: 978-3-85476-882-1.

416 Seiten. 28,00 Euro.

Zitathinweis: Christoph Zeevaert: Die Freiheit erwägen. Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1689>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Die Gelegenheit als Dreh- und Angelpunkt



Alexander Neupert-Doppler

Die Gelegenheit ergreifen

Eine politische Philosophie des Kairós

Kairós bezeichnet den günstigen Augenblick für eine Entscheidung. Über eine Theorieschrift, die das mutige Engagement im Handgemenge vorbereiten soll.

Rezensiert von [Jonathan Eibisch](#)

Nach seiner Dissertation zum Staatsfetischismus (2013), einem Buch zu Utopien (2015) und einem Sammelband zu konkreten Utopien (2018), möchte Alexander Neupert-Doppler mit seiner politisch-theoretischen Beschäftigung anhand einer Theoretisierung der „Gelegenheit“ eine Brücke zwischen Kritik und Utopie konzeptionalisieren, die er mit dem Begriff des Kairós bezeichnet. So wird die Erfahrung und das Bestreben beschrieben, in einem besonderen Moment und in einer bestimmten politischen Konstellation die Initiative zu ergreifen, um eine Situation auf eine gewünschte Weise zu beeinflussen. Dazu schürft Neupert-Doppler tief in den Werken von politischen Denkern und zeichnet drei Linien nach: Erstens jene von Immanuel Wallerstein, Paul Tillich und Aristoteles mit einem Verständnis von Kairós als historisches Vakuum in der Krise, welches situative Entscheidungen verlangt. Zweitens die von Giorgio Agamben, Walter Benjamin und Paulus, im Sinne einer Erfahrbarkeit des Kairós in der „Jetztzeit“, die zu einem (invertierten) präfigurativen Handeln im Modus des „Als-ob-nicht“ führt. Und drittens die Linie von Michael Hardt/Antonio Negri, Spinoza und Machiavelli, in welcher die Gelegenheit zur Gründung des Neuen aus den utopischen Tendenzen in der Gegenwart herausgeschält wird. Neupert-Doppler rahmt diese umfangreichen Darstellungen mit der Diskussion um den Kairós in der deutschen Revolution 1918, wobei seine Sympathie bei revoltierenden rätekommunistischen Gruppen liegt, sowie dem berühmten Mai 1968 in Paris, den er vor allem aus Perspektive der Situationisten begreift.

„Die Gelegenheit ergreifen“ ist für Lesende zu empfehlen, die etwas über die genannten Kernautoren erfahren möchten, deren Gedanken der aus der Kritischen Theorie kommende Autor kenntnisreich darstellt. Weiterhin kann das Buch als ein gelungenes Beispiel für akribische und durchdachte Arbeit der politischen Philosophie gelten, die anspruchsvoll ist und einiges voraussetzt. Damit verlangt er den Lesenden phasenweise ab, auf mehreren Ebenen gleichzeitig zu denken. Der Tiefgang von Neupert-Dopplers Beschäftigung beeindruckt und verdeutlicht, dass er nicht lediglich darstellen, sondern den Begriff durchdringen möchte. Dabei scheut sich der Autor auch nicht, Kritik zu üben, wo sie ihm angemessen erscheint. Zweifellos ist Kairós schwer zu fassen, weil der Begriff im Unterschied zur chronologischen Zeit, nicht einen bestimmbareren Verlauf meint, sondern Situationen beschreibt, in der Zeit qualitativ anders *erfahren* wird. Dies beinhaltet unter anderem auch, mit dem Fortschrittsglauben der Moderne zu brechen, was beispielsweise Benjamin tue. Mit seinem Messianismus bringe er ein Dystopie- und Katastrophenbewusstsein zum Ausdruck, welches für den Kairós ebenso wichtig sei, wie die Vorstellung einer konkreten Utopie.

Den Kairós als Faktor begreifen

Anstatt in bloße Beliebigkeit und Passivität zu verfallen, kann die messianische Zeit – in der das

Zukünftige bereits in Tendenz spürbar vorhanden ist – einerseits ins Hier und Jetzt geholt werden, um andererseits zugleich auf den Zeitpunkt vorbereitet zu sein, in welchem unübersichtliche Entwicklungen in einem kairologischen Moment kulminieren. Dies ist möglich, denn mit Spinoza gedacht ist die „Utopie [...] kein Vorseilen in die Zukunft, sondern ein Vorgang der Gegenwart, die Annäherung an Kairós. Nicht ein unwirkliches Ideal soll verwirklicht, sondern eine wirkliche Triebkraft genutzt werden“ (S. 222). Demnach liegt es nahe, dass Neupert-Doppler sein Augenmerk nicht auf Akteur*innen richtet, die eine sozialdemokratische Vermittlung anstreben, sondern auf solche, die im Handgemenge handeln. So sei beispielsweise in Anschluss an Agamben der Anarchismus

„weniger als ferne Utopie, die in einem zukünftigen Kairós zu verwirklichen wäre, sondern Kairós als Zeitpunkt, in der Herrschaft unterbrochen wird [zu verstehen], um Freiheit genussvoll zu erfahren. Es ist Umkehrung: Wenn der Staat nacktes Leben setzen kann, kann das Leben den Staat absetzen“ (S. 123, Anm. J.E.).

Hierbei ist allerdings anzumerken, dass der zeitgenössische Anarchismus sich ohnehin nicht als ferne Utopie versteht. Zugleich geht der Anarchismus zumindest potenziell über die Umkehrung (und ihre Konsequenz: die Mikropolitik) hinaus. Er stellt mit der Ausdehnung von Erfahrungen der multiplen Krise auf weite Bevölkerungsschichten (durch Prekarisierung, Klimawandel, Digitalisierung und psychische Probleme) inzwischen auch wieder Fragen nach realen konkreten Utopien. Das einer solchen Vision entgegen strebende sozial-revolutionäre Projekt wäre allerdings gegen allerhand liebgewonnene Dogmen, pseudo-radikale Phrasen und akademische Selbstbezüglichkeit der gesellschaftlichen Linken gerade in der BRD erst noch zu erfinden. Einer der Hauptgründe dafür liegt darin, dass man sich mit dem Nutzen des Kairós durchaus die Finger schmutzig machen kann. Eine Machtpolitik, wie sie etwa von Machiavelli vorgedacht wird, wird häufig verworfen, als gäbe es eine reine, gute oder richtige Politik. Machtpolitik kann auf jeden Fall kritisiert oder abgelehnt werden. Dann stellt sich jedoch die Frage, wie sich als politisch verstehende Akteur*innen dennoch Wirkungsmacht entfalten können. Denn die Furcht ist berechtigt, sich im Kairós-Moment mit Reaktionär*innen, die ihn ebenfalls schätzen, gemein zu machen. Die Lösung des Dilemmas kann gleichwohl nicht darin bestehen, diesen die Gelegenheit zu überlassen. Daher lohnt sich die Aneignung von „genügend Erfahrung“, das „kollektive Handeln“ und nachträgliche „Konstitution“ einer vorherigen plötzlichen „Transformation“ (S. 266), wie Neupert-Doppler schreibt.

Sich organisieren, um den Kairós zu nutzen

Der Kairós

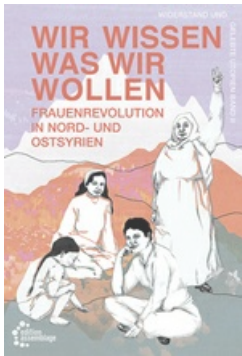
„soll eine Lücke füllen. Inhaltlich überbrückt er einen Abgrund, indem er die politischen Haltungen des ewigen Abwartens besserer Zeiten und des hektischen Aktivismus vermeidet. Ähnliches gilt auch heute für die Lücke zwischen der Unzufriedenheit vieler Menschen mit den bestehenden Verhältnissen und der gleichzeitigen Angst vor der Zukunft, die allein Veränderungen bringen könnte“ (S. 30).

Somit sind die Wahrnehmung und Interpretation von Krise, Handlungsmöglichkeiten, Utopie und Kairós selbst von den komplexen Bedingungen der jeweiligen Zeit geprägt; die verschiedenen Geschichten, Organisationsformen und Praktiken links-emanzipatorischer oder sozial-revolutionärer Akteur*innen bilden diesbezüglich keine Ausnahme. Im Nachdenken über den Kairós können diese Bedingungen nicht einfach ignoriert oder geändert werden. Es erlaubt jedoch zu überdenken, was wir als möglich und was wir als gesetzt erachten. Unsere historisch gewordenen Annahmen über vermeintliche Tatsachen und Möglichkeiten in Frage zu stellen, bedeutet ein Element des Willens stark zu machen, um sich von vermeintlichen Notwendigkeiten zu verabschieden und Handlungsfähigkeit im Sinne des qualitativ Anderen zu werden.

Alexander Neupert-Doppler 2019:
Die Gelegenheit ergreifen. Eine politische Philosophie des Kairós.
Mandelbaum Verlag, Wien.
ISBN: 978-3-85476-696-4.
310 Seiten. 25,00 Euro.

Zitathinweis: Jonathan Eibisch: Die Gelegenheit als Dreh- und Angelpunkt. Erschienen in:
Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1674>. Abgerufen am:
13. 04. 2021 12:04.

Kein Hirngespinnst, sondern Realität



Herausgeber_innenkollektiv (Hrsg.)

Wir wissen, was wir wollen

Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien. Widerstand und gelebte Utopien Band II

Die Geschichte der Frauenrevolution Rojawas wird von Frauen gemacht – und geschrieben.

Rezensiert von [Kerem Schamberger](#)

Endlich ist sie da: eine detaillierte Beschreibung der Frauenrevolution Rojawas. Wer sich damit beschäftigen will, wie eine der größten feministischen Bewegungen weltweit Befreiung nicht nur theoretisch konzipiert, sondern praktisch realisiert, muss dieses Buch lesen.

Seine Stärke liegt vor allem in den Stimmen der Akteurinnen vor Ort, die der Motor der Revolution sind. Mehr als 150 Interviews führte eine Delegation der feministischen Kampagne „Gemeinsam kämpfen“, die sich über mehrere Monate in Rojava aufhielt. In Zusammenarbeit mit dem Andrea Wolf Institut und zahlreichen freiwilligen ÜbersetzerInnen konnte diese grundlegende Schrift über Theorie und Praxis der kurdischen Frauenbewegung erscheinen. Es ist die Fortsetzung des Buches „Widerstand und gelebte Utopien“, das 2012 im Mezopotamien Verlag erschien (der mittlerweile verboten ist). Während der erste Band sich vor fast zehn Jahren noch auf Nordkurdistan und die Türkei konzentrierte, liegt der Fokus von „Wir wissen was wir wollen“ auf Rojava. Es ist auch ein Zeichen dafür, wie sich der Schwerpunkt der Revolution in den letzten Jahren vom Norden in den Südwesten Kurdistans verlagerte, weil die Repression des türkischen Staates massiv zugenommen hat.

Zwischen Theorie, Praxis und Erfahrungen

Mit dem Buch wird endgültig klar, dass es sich bei der gesellschaftlichen Umgestaltung der nord- und ostsyrischen Gesellschaft vor allem um eine Revolution der Frau handelt, die neben Fragen der Demokratie und Ökologie im Mittelpunkt steht und gleichzeitig mit ihnen verschränkt ist. Die Lektüre ermöglicht ein tiefes Eintauchen in die Gedankenwelt der kurdischen Freiheitsbewegung. Zeitweise hat man das Gefühl, als Teil der Delegation vor Ort in Rojava zu sein.

Zugegeben, die mehr als 550 Seiten des Buches können zu Beginn erschlagend wirken. Doch ist man erstmal eingestiegen, üben die Schilderungen der Frauen von ihrer Praxis der Emanzipation einen Sog aus, dem man nur schwer entkommt. Hinzu kommt, dass die Übersetzungen flüssig sind, die Struktur des Buches logisch und stringent ist und man es so auch immer wieder weglegen kann, um über das Gelesene nachzudenken. Zahlreiche Bilder der interviewten Frauen und von Aktionen der feministischen Bewegung lockern den Lesefluss auf. Die Gespräche sind nicht in voller Länge abgedruckt, sondern es werden jeweils zu den inhaltlichen Schwerpunkten passende längere Interviewpassagen wiedergegeben, die vom Autorinnenkollektiv aufwendig zugeordnet wurden. Die Struktur des Buches stellt eine Mischung aus Theorie, Praxis und Lehren aus den Erfahrungen in Rojava dar. Zu Beginn wird auf die historische Entwicklung der Rolle von Frauen innerhalb der kurdischen Freiheitsbewegung eingegangen und die theoretischen Grundlagen des kurdischen Feminismus geschildert. Dabei geht es auch um den theoretischen Anspruch, die eigene Männlichkeit zu „töten“ („Kuştina zîlam“), also die „Überwindung patriarchaler Dominanz in den

Persönlichkeiten aller Menschen“ (S. 101). In einem weiteren Teil wird darauf eingegangen, dass sich der Feminismus in Rojava nicht mehr nur als Bewegung, sondern als ganzheitliches System versteht, das sich in der gesamten Gesellschaft verankert hat.

Die Schilderungen dieser Verankerung machen das Herzstück des Buches aus. Sie zeigen, dass die Frauenrevolution dort „kein Hirngespinnst, sondern gesellschaftliche Realität“ (S. 497) ist. Die Interviews verleihen dem Buch eine hohe Legitimität, weil die Gedanken und Motivationen von kämpfenden Frauen (und noch dazu aus dem globalen Süden) viel zu selten aufgeschrieben werden. Es geht dem HerausgeberInnenkollektiv – alles selber Frauen*, die in Europa in feministischen Strukturen aktiv sind – darum, die Geschichte der Frauenrevolution Rojavas von unten aufzuschreiben. Und zwar gemeinsam mit den Frauen, die im Buch vorkommen.

Liebe in Zeiten des Demokratischen Konföderalismus

Schon an der schieren Zahl von Aktivistinnen, mit denen die Delegation gesprochen hat, wird deutlich, wie sich diese Revolution der Frau in alle gesellschaftlichen Teilbereiche erstreckt. Frauen aus den zahlreichen Genossenschaften, den politischen Rätestrukturen, der Ökologiebewegung, der Wissenschaft (Stichwort: Jineologie), dem Kunst- und Kulturbereich, der Diplomatie und – besonders wichtig – der Verteidigung kommen zu Wort. Die Interviews mit älteren Frauen, Müttern und Großmüttern aus den HPC Jin, den „Gesellschaftlichen Frauenverteidigungskräften“, die mit der Waffe in der Hand für Sicherheit in den einzelnen Kommunen sorgen, gehen unter die Haut: „Wir haben in der Revolution als Frauen bis zu einem gewissen Grad alle Rechte erkämpft, aber Gleichheit gibt es noch nicht. Dieser Kampf ist noch nicht vollendet.“ (S. 310) Die Bewaffnung und Ausbildung von „einfachen“ Menschen aus dem Volk ist zugleich Ausdruck des radikaldemokratischen Anspruchs der Revolution und eine Lehre aus vergangenen Versuchen der gesellschaftlichen Emanzipation (etwa in Chile 1973).

Zugleich wird auch auf die Selbstorganisation arabischer, christlicher, ezidischer und alevitischer Frauen in Rojava eingegangen. Ihre Erfahrungen wurden von den Autorinnen vermutlich bewusst an den Anfang des Interviewkapitels gestellt, um deutlich zu machen, dass es sich hier um eine Revolution für alle in der Region lebenden Frauen handelt. Dass die kurdische Frauenbewegung den Anspruch hat, den Austausch mit FeministInnen nicht nur im ganzen Nahen Osten, sondern weltweit zu führen, wird am Ende des Buches deutlich. Dort wird ein Vorschlag für einen Demokratischen Weltfrauenkonföderalismus zur Diskussion gestellt.

Einzig auf mögliche queere Strukturen und andere Geschlechterverständnisse außerhalb der binären Frau-Mann-Logik wird in den Interviews eher weniger eingegangen, auch wenn einige Gesprächspartnerinnen darauf verweisen. Dass diese Fragen auch in Kurdistan diskutiert werden und von Relevanz sind, zeigt etwa die Beteiligung von kurdischen LGBTIQ-Gruppierungen in den Strukturen der HDP in der Türkei und Nordkurdistan.

Das Buch hilft, einen eurozentristisch geprägten Blick auf die kurdische Frauenbewegung zu überwinden, ohne nötige Debatten abzuwiegeln. Viele Diskussionen werden aufgegriffen und manche Antworten auf Fragen geliefert, die einem bei der Beschäftigung mit der Freiheitsbewegung im Kopf umherschwirren können: Warum ist mit Abdullah Öcalan ein Mann so zentral für kurdische FeministInnen? Wie hält es die Bewegung mit Liebe, Sex und romantischen Beziehungen? Warum wird der Begriff der Nation weiterhin verwendet? Eine Stärke des Buches liegt auch darin, dass Probleme angesprochen werden, etwa die (nicht nur anfängliche) Weigerung vieler männlicher Genossen, sich wirklich mit der Situation der Frau in der kurdischen Gesellschaft, aber auch in den eigenen Reihen, zu beschäftigen.

Bewegend sind auch zahlreiche Kurzporträts von Frauen und Internationalistinnen der Freiheitsbewegung, darunter Hêlîn Qereçox (Anna Campbell, UK), Lêgerîn Çiya (Alina Sánchez, Argentinien) oder Sara Dorşîn (Almuth Sarah Handelman, Deutschland), die im Kampf für die

Befreiung in Kurdistan gestorben sind. Gewidmet ist das Buch Şehîd Stêrk (Ellen Jaedicke), die ich auch kennenlernen durfte und deren viel zu früher Krebstod im Jahr 2016 bis heute schmerzt.

Zwischen den Interviewzeilen findet man auch viele Zahlen und Fakten über die Rojava-Revolution, die bisher nicht bekannt waren. Etwa, dass es bereits etwa 100 Wirtschaftskooperativen gibt, die alleine von Frauen betrieben werden und mehr als 7.000 Frauen in allen Bereichen der Frauenökonomie tätig sind.

Kämpfe verbinden

Insbesondere das letzte Kapitel „Kämpfe verbinden“ sollte diskutiert werden, weil dort die Delegation ihre Schlussfolgerungen aus der Beschäftigung mit der kurdischen Frauenbewegung zieht. Es wird festgehalten, dass derzeit der revolutionäre Impuls nicht aus den kapitalistischen Metropolen kommt und deshalb „die Führung und Initiative von feministischen Bewegungen aus dem globalen Süden“ (S. 494) wertgeschätzt und anerkannt werden sollte. Vorschnelle Bewertungen, etwa die Diskussion um die Rolle Öcalans, werden als Teil einer eurozentristischen Perspektive gesehen, die es abzulegen gelte. In Europa gehe es um ein aktives Verlernen dessen, „was uns der Kapitalismus beibringt“ (S. 498), vielmehr müsse Kollektivität gelebt und Verantwortung füreinander übernommen werden, um überhaupt Widerstand gegen die Vereinzelung des Systems leisten zu können. In feministischen und generell linken Zusammenhängen müsse es viel mehr Raum für soziale Beziehungen und den „Aufbau von Zusammengehörigkeit“ geben, ohne sich jedoch nur auf „Oasen wie etwa Hausprojekte“ zu beschränken (ebd.). Fazit: Wer eine der größten Frauenbewegungen der Welt kennenlernen will – und dies derzeit nicht vor Ort kann, etwa weil Corona-Pandemie und Krieg dies erschweren – sollte sich dieses Buch holen.

Herausgeber_innenkollektiv (Hrsg.) 2021:

Wir wissen, was wir wollen. Frauenrevolution in Nord-und Ostsyrien. Widerstand und gelebte Utopien Band II.

Edition Assemblage, Münster.

ISBN: 978-3-96042-100-9.

560 Seiten. 15,00 Euro.

Zitathinweis: Kerem Schamberger: Kein Hirngespinnst, sondern Realität. Erschienen in:

Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1675>. Abgerufen am:

13. 04. 2021 12:04.

Vernichtungshaft



Jan-Hendrik Schulz

Unbeugsam hinter Gittern

Die Hungerstreiks der RAF nach dem Deutschen Herbst

Die letzten drei Hungerstreiks der RAF deckten zerstörerische Haftpraktiken auf und führten zu einer großen gesellschaftlichen Solidarität.

Rezensiert von [Sonja John](#)

Die Rote-Armee-Fraktion (RAF) ist nun offiziell historisch. Primärquellen wie Haftunterlagen, archivierte Briefe oder Aufrufe sind der geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung zugänglich – Verfassungsschutz ausgenommen.

Jan-Hendrik Schulz widmet sich in seinem 2019 erschienenen Buch den kollektiv geführten RAF-Hungerstreiks (HS) nach dem Deutschen Herbst von 1977 bis 1989. Er fragt, wie es den RAF-Gefangenen gelang, mit ihren HS-Kampagnen erhebliche gesellschaftliche Unterstützung zu generieren. Zudem stellte er diese dem Misserfolg der französischen Genoss*innen der Action Directe gegenüber. Mit den HS forderten die Inhaftierten die Auflösung der Hochsicherheitstrakte, ein Ende der Einzelisolation, Zusammenlegung in Gruppen und die Entlassung der haftuntauglichen Günter Sonnenberg und Bernd Rössner. Schulz skizziert nuanciert die unterschiedlichen und teils konträren Standpunkte und Interessen der Hauptakteur*innen: der Gefangenen der RAF, deren Angehörigen, der in der Illegalität Befindlichen, der linksradikalen Antimperialistischen Front, den autonomen Militanten und der linksliberalen Sympathisant*innen. Auch auf staatlicher Ebene variierten die Haltungen zwischen Ministerpräsidenten und Justizministern, und spaltete die Grünen um Bürobesetzungen und Antje Vollmers Dialoginitiative. Schulz schildert kenntnisreich die internen Diskussionen, die Rolle des Umfelds und der direkt Involvierten außerhalb der Gefängnisse sowie die unterschiedlichen Strategien der HS in den '80er Jahren.

Hungerstreiks von 1981, 1984/85 und 1989

Mitte April 1981 starb Sigurd Debus infolge der an ihm praktizierten Zwangsernährung. Daraufhin wurde dieser HS abgebrochen, an dem sich 25 von 33 politischen Gefangenen beteiligt hatten. Die Bundesregierung brach die dünne Vertrauensbasis und ließ sich nicht einmal auf die Minimalforderungen ein, „sämtliche Inhaftierten aus der Isolation zu holen und die Mehrheit derjenigen, die das wollte, in Gruppen zu inhaftieren“ (S. 224). Zudem signalisierte der Tod von Debus, so Schulz, dass der Staat weiterhin bereit war, über Leichen zu gehen. Bereits 1974 wurde der Tod von Holger Meins in Kauf genommen, der – bis aufs Skelett abgemagert – an der Zwangsernährung im Gefängnis starb.

Im Jahr 1981 zerbricht der behandelnde Arzt und Medizinaldirektor der JVA Berlin-Moabit, Dr. Volker Leschhorn, an der „persönlichen Demütigung“ und staatlichen Intervention in seine Arbeit, die ihm bei seiner Betreuung der Inhaftierten widerfuhr. Die hungerstreikende Gabriele Rollnik von der Bewegung 2. Juni bezeichnet ihren Arzt „als den zweiten Toten aus dem '81er Hungerstreik“ (S. 177). Die Todesumstände von Debus sorgten für spontane militante

Demonstrationen und beeinflussten auch die Entscheidung zur Rückkehr der Stadtguerilla mit bewaffnetem Kampf im Untergrund.

Während des HS 1984/85 kam anstelle der Folter durch Zwangsernährung die Koma-Lösung zur Anwendung. Auf die Forderung nach Zusammenlegung wurde nicht eingegangen, „da mit ‚Terroristen‘ nicht verhandelt werden könne“ (S. 62). Stattdessen ließ man Knut Folkerts, nach mehr als 50 Tagen Nahrungsverweigerung und nahe dem Hungertod, ins Koma fallen, um ihn dann – im Zustand totaler Widerstandsunfähigkeit – medizinisch zu behandeln und bei fortgesetztem HS wieder auf den komatösen Zustand zu warten. 1985 schwebten Christian Klar, Knut Folkerts und in Berlin inhaftierte Frauen aus der Bewegung 2. Juni und der RAF in unmittelbarer Lebensgefahr. Die staatliche Seite verbat sich minimale Zugeständnisse gegenüber den Inhaftierten angesichts der „extrem gewalttätigen Aktionen“ draußen (S. 371). Den Streik der Gefangenen wertet Schulz als Mittel zum Zweck der im Untergrund Befindlichen, eine eigenständige Politik zu verfolgen, „die eine über den HS hinausgehende, militante Eigendynamik in Gang setzen sollte“ (S. 370).

Im Jahr 1989 änderten die Gefangenen die Strategie für den letzten kollektiven HS. Das Gefangenenprojekt war nicht länger an die Militanz im abstrakten internationalen Kampf gegen Faschismus und Imperialismus gekoppelt. Sie konzentrierten sich pragmatisch und im Lokalen auf die „Verbesserung der Kommunikations- und Lebensbedingungen im Gefängnis“ (S. 588) und erklärten das Ende des bewaffneten Kampfes. Dieser HS entfaltete eine bemerkenswerte Mobilisierungskraft. An der bundesweiten Solidaritätsdemonstration in Bonn am 29. April 1989 nahmen knapp 10.000 Menschen teil, auch weil die staatliche Kriminalisierung der linken Protest- und Widerstandsbewegung ausuferte. 70 soziale Gefangene schlossen sich solidarisch den HS der politischen Gefangenen an. Als beachtlich wertet Schulz die Fähigkeit der RAF-Gefangenen, trotz der „beschränkten Kommunikationsmöglichkeiten einen gesellschaftlichen Mobilisierungs- und Verhandlungsprozess“ in Gang zu setzen und „eine stabile Verhandlungsposition mit staatlichen Stellen erreicht zu haben“ (S. 559). Die realistische Zusammenlegung scheiterte letztendlich an der – unbeugsamen – Blockadehaltung der CDU-geführten Bundesländer gegenüber dem Kompromissvorschlag, womit „letztendlich eine historische Chance zur Lösung des Terrorismusproblems in der Bundesrepublik verpasst“ (S. 560) wurde.

Vernichtungshaft

Jan-Hendrik Schulz hat das komplexe Thema der RAF-HS unter penibler Auswertung der zugänglichen Quellen mit Fokus auf die letzten drei großen HS sachlich, fundiert und unbefangenen aufgearbeitet. Es ist der Beginn der Auseinandersetzung mit einem Aspekt der Geschichte der Bundesrepublik, der bisher kaum thematisiert wurde: Darf ein demokratischer Rechtsstaat Inhaftierte foltern?

Dem Buch mangelt es nur an Benennung der repressiven Haftbedingungen – Dauereinzelsolation, Schläge, Schlafentzug, Schallschutzzellen, Rollkommando, Bunkerzelle mit fixierender Foltervorrichtung – oder zumindest ein Verweis auf Literatur dazu. So erweckt Schulz den Eindruck, die Skandalisierung der Vernichtungshaft und Isolationsfolter sei nur zur politischen Mobilisierung genutzt worden. Zur schädigenden Unterbringung vor dem Deutschen Herbst benennt Schulz beispielsweise Fachgutachten, die auf die „negativen Auswirkungen der Einzel- und Kleingruppenisolation auf die Psyche der Inhaftierten“ hinwiesen und die medizinische Kenntnis der zerstörerischen Isolationshaft bezeugten. Schulz macht deutlich, dass staatlicherseits die Auffassung herrschte, dass die Hochsicherheitstrakte unmenschlich, aber notwendig seien. Ulrike Meinhofs „Selbstmord“ im Mai 1976 stand am Ende von vier Jahren Isolationshaft.

Trotz dieser Kenntnisse wird weiterhin intensiv in zerstörende Haftpraktiken investiert. In den vergangenen Jahrzehnten überlebten durchschnittlich 180 Menschen pro Jahr die Haftbedingungen in deutschen Gefängnissen nicht, die meisten in Isolation. Der Entzug von

Kommunikation und Gemeinschaft – wie von den RAF-Gefangenen beanstandet und laut UN-Mindestgrundsätzen zur Behandlung von Gefangenen (den Nelson-Mandela-Gefängnis-Regeln) Mindestrechte – ist unmenschlich. Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Gefängnis-Frage sowie mit der Verantwortung für Todesfälle und Langzeitschäden, die Inhaftierung verursachen, steht aus.

Jan-Hendrik Schulz 2019:

Unbeugsam hinter Gittern. Die Hungerstreiks der RAF nach dem Deutschen Herbst.

Campus Verlag, Frankfurt.

ISBN: 978-3-593-50681-4.

590 Seiten. 56,00 Euro.

Zitathinweis: Sonja John: Vernichtungshaft. Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1678>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Wem gehört mein Zuhause?



Ernst Hubeli

Die neue Krise der Städte

Zur Wohnungsfrage im 21. Jahrhundert

Elegant geschrieben, kämpferisch und brandaktuell: Eine Streitschrift fragt nach der Gerechtigkeit der Wohnungsversorgung.

Rezensiert von [Moritz Busse](#)

In diesem Jahr geht die Berliner Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ in ihre entscheidende Phase. Damit es im September 2021 zu einem Volksentscheid kommt, müssen in Berlin 175.000 Unterschriften gesammelt werden. Das Ziel: die Enteignung von Immobilienkonzernen mit 3.000 Wohnungen und mehr und anschließender Vergesellschaftung der insgesamt 243.000 Wohnungen durch die Überführung in eine Anstalt öffentlichen Rechts.

Der Architekt und Stadtplaner Ernst Hubeli liefert der Bewegung in seinem Buch „Die neue Krise der Städte“ einige Argumente für dieses Vorhaben. So greift er die bereits vor 150 Jahren von Friedrich Engels gestellte Wohnungsfrage auf und formuliert sie, wie es der Untertitel seines Buches verrät, für das 21. Jahrhundert neu. Die Dringlichkeit dieser Frage wird in Hubelis politischer Streitschrift schnell deutlich: „Schließlich hat der Wohnungsmarkt in den letzten dreißig Jahren selbst bewiesen, dass er unfähig ist, eine Grundversorgung zu garantieren.“ (S. 29)

Ein Plädoyer für Urbanität

Akribisch demontiert Hubeli die Mythen der Wohnungspolitik: Der Begriff der Durchschnittsmiete verschleiert die Wohnungsmisere der Städte, Förderprogramme für die Immobilienbranche lindern nicht die Wohnungsnot und der Massenwohnungsbau entspricht nicht dem Bedarf der Stadtbevölkerung. Letzterer orientiere sich immer noch am Ideal der städtischen Kleinfamilie mit drei Zimmern, Küche und Bad. Eine Besonderheit bei der Wohnungsfrage im 21. Jahrhundert sei die „Diskrepanz zwischen heterogenen Lebensformen und homogenen Wohnformen.“ (S. 37f.) Dieser fehlgeleitete Wohnungsbau bleibt indes folgenlos für die Immobilienunternehmen, weil die Wohnungsnot dafür sorgt, dass auch ein mangelhaftes Angebot ausreichende Nachfrage garantiert.

Leidenschaftlich verteidigt Hubeli die Möglichkeiten, die sich Menschen in urbanen Räumen bieten. Mit einem Befreiungsgedanken verbunden sei die Stadt immer ein Ort gewesen, um heterogene Lebensentwürfe zu erproben und soziale und kulturelle Vielfalt zu (er-)leben. Damit dieses urbane Versprechen auch in Zukunft eingelöst werden kann, müsse es städtebaulich zweckungebundene Freiräume geben, die als „notwendiges Korrektiv des Planbaren“ (S. 78) der Gesellschaft die Möglichkeit gibt, sich ihre Stadt selbst anzueignen.

Ein Schreckgespenst für die kapitalistische Ordnung

Dieser Anspruch wird von Konzernen wie der Deutsche Wohnen, deren einflussreichster Anteilseigner der weltgrößte Vermögensverwalter BlackRock ist, zunehmend in Frage gestellt. Im finanzierten Kapitalismus ist die Wohnung vor allem eines: eine Ware, deren Verwertungslogik

auf die Ausschüttung von Renditen an Aktionäre zielt.

In einem eigenen Kapitel widmet sich Hubeli den sich zuspitzenden Entwicklungen der Wohnungsfrage in Berlin. Von Marktgläubigkeit und Privatisierungswahn getrieben, verkaufte die Stadt Berlin zu Beginn der 2000er Jahre unter einem Senat aus SPD und PDS (!) einen Großteil der kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbestände an private Immobilienkonzerne – allen voran die Deutsche Wohnen. Die fehlende staatliche Regulierungsmöglichkeit hatte eine regelrechte Mietpreisexplosion zur Folge, bei der die Löhne nicht mehr mithalten können. In diesem Kontext ist nun die neuentfachte Debatte um Enteignungen zu sehen: „Die Wohnungsnot, die zur Existenznot geworden ist, hat den Berliner Aufstand ausgelöst.“ (S. 27) Wie die Berliner Mieter*inneninitiativen verweist auch Hubeli auf die im Grundgesetz verankerte Möglichkeit zur Vergesellschaftung von Eigentum und auf den Gemeinwohlgrundsatz.

Doch gibt es den Antagonismus zwischen Eigentümer*innen und Mieter*innen, den Engels vor 150 Jahren ausmachte, überhaupt noch und wird dieser auch als solcher wahrgenommen? Ein Beispiel aus Hubelis Buch lässt daran Zweifel aufkommen: In der Schweiz stimmte in den 1970er Jahren bei einer Volksabstimmung die Mehrheit gegen ein Gesetz zum Schutz von Mieter*innen, obwohl die überwiegende Mehrheit der Schweizer*innen selbst zur Miete wohnte. Hubeli vermutet hinter dieser Abstimmungslogik, die sich gegen die eigenen Interessen und für die der Eigentümer*innen richtet, die Hoffnung, irgendwann selbst einmal den Traum vom Eigenheim zu verwirklichen. Als Land der Mieter*innen bildet in Deutschland Berlin mit 85 Prozent die unangefochtene Mieter*innenhauptstadt. Sofern es im September zu einem Volksentscheid über die Enteignung großer Immobilienkonzerne kommt, bleibt abzuwarten, wie sich die Mehrheit der wahlberechtigten Berliner*innen entscheidet.

Gleichwohl machen die Initiativen von Mieter*innen in Berlin Hoffnung: In vielerlei Hinsicht zeigt sich schon jetzt, dass sie es geschafft haben, die Vereinzelung der Mieter*innen auf einem hochgradig kapitalisierten Wohnungsmarkt zu stoppen und ihr durch ihren basisdemokratischen Aufbau und kollektiven politischen Aktionen zu begegnen. Obwohl der herrschende Wohnungsmarkt wie „ein repressiver Disziplinierungsapparat [...] unterwürfige Mieter“ (S. 15) produziere, konnte gewissermaßen ein Mieter*innenbewusstsein geschärft werden, um sich gegen die ausufernde Ausbeutung von Immobilienkonzernen zu organisieren.

Hubeli bescheinigt der Enteignungsdebatte, dass sie vor allem ein Gefühl von Hoffnung vermittelt und zur Entideologisierung beiträgt:

„Die Berliner Bestrebungen nach einer Vergesellschaftung sind weder parteipolitisch noch systematisch, noch ideologisch fixiert. Man könnte auch sagen, dass politische Naivität ihre Unschuld verliert und Macht beansprucht. So ist der Berliner Aufstand ein Aufruf, aus der politischen und ökonomischen Fantasielosigkeit auszutreten.“ (S. 115)

Die Wohnungsfrage ist eine Bodenfrage

Hubeli macht deutlich, dass auch Korrekturen – wie der in Berlin erprobte Mietendeckel – in der Wohnungspolitik nicht reichen werden, denn: „Ohne die Sozialisierung des Bodens sind Entwicklungen der Städte nicht zu lenken“ (S. 21). Schon jetzt mache in Städten der Anteil des Bodenpreises am Immobilienpreis ein Drittel bis die Hälfte aus. Als stabiles Kapital sichert der Boden den Immobilienfonds in boomenden Städten sprudelnde Einnahmequellen. Die Pfründe können über steigende Bodenpreise leistungslos von den Immobilienunternehmen abgeschöpft werden. Mancherorts ist der Bodenpreis sogar wichtiger als die Mieteinnahmen, sodass für die Eigentümer*innen auch Leerstand sinnvoll sein kann, wenn die Verknappung des Angebots zu ausreichend großen Mietpreissteigerungen auf dem Immobilienmarkt führt. Hubeli fordert daher, dass Städte beherzt eine Bodenreform angehen müssten, „damit Städte von Stadt- und nicht von Aktiengesellschaften regiert werden.“ (S. 75)

Hubeli ruft mit seinem Buch Einsichten in Erinnerung, die eigentlich zu linken Selbstverständlichkeiten zählen müssten: Boden ist Gemeingut, Wohnen ist ein Menschenrecht und der freie Wohnungsmarkt ist nicht in der Lage, die Grundversorgung von Wohnungen zu gewährleisten. Keine Berücksichtigung findet leider die mit Krisenzuständen in Städten verknüpfte Wohnungs- und Obdachlosigkeit, über deren systemischen Charakter im Kapitalismus leider zu wenig zu lesen ist. Dennoch bietet sein Buch pointierte Denkanstöße zur Wohnungsfrage und philosophische Erkenntnisse über das Verhältnis von privatem Wohnen und öffentlichem Raum.

Ernst Hubeli 2020:

Die neue Krise der Städte. Zur Wohnungsfrage im 21. Jahrhundert. 2. Auflage.

Rotpunktverlag, Zürich.

ISBN: 978-3-85869-865-0.

189 Seiten. 15,00 Euro.

Zitathinweis: Moritz Busse: Wem gehört mein Zuhause? Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1683>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Die Störung zwischen Politik und Feminismus



Rossana Rossanda

Einmischung

Gespräche mit Frauen über ihr Verhältnis zu Politik, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Demokratie, Faschismus, Widerstand, Staat, Partei, Revolution, Feminismus

Ende der 1970er Jahre diskutierten kommunistische und feministische Frauen über ihre Distanz zur Politik.

Rezensiert von [Markus Henning](#)

Der Auslöser zur Entstehung dieses Buches ist ein Störfall: Einige feministische Aktivist:innen stürmen die Bühnen eines kommunistischen Kongresses und unterbrechen die Diskussion mit einem Sprechchor. Dabei machen sie diese Unterbrechung selbst zum Thema der Debatte, indem sie rufen: „Wir verstehen euch nicht, wir hören euch nicht, ihr interessiert uns nicht, ihr redet Blabla, ihr habt nichts mit uns zu tun, wir haben nichts mit euch zu tun!“ (S. 30) Diese Aktion erschien der Kommunistin Rossana Rossanda zunächst nur als Störung der Diskussion – als Verhinderung der politischen Debatte, in der es galt, sich zu verständigen, um voranzukommen. Rückblickend erkennt sie, dass diese Debatte jedoch eine von Männern geführte war und dass sie sich darin integrieren konnte, indem sie von ihrem Frausein abstrahierte. Dass diese Unterbrechung selbst als Teil der Diskussion oder vielmehr als Reaktion darauf zu verstehen sei, lies sie dennoch ein Gespräch erahnen, das sie kurz zuvor mit einer der „Störerinnen“ führte:

„Wenn die Hexen das Vaterunser rückwärts aufsagen konnten, mußten sie wohl gewußt haben, wie es richtig lautet. Ileana [die befreundete Genossin] hatte alles gehört und alles verstanden, sie hätte mich aufklären können. Sie wollte nicht. Sie äußerte sich auf andere Weise, sie sandte ein Signal aus, das offenbar aus ihrem Inneren kam. Es war ihr egal, ihr und den anderen Frauen, ob wir es verstanden – wir Männer.“ (S. 31, Anmerkung M.H.)

Rossanda erkannte, dass die feministische Revolte nicht einfach ein Störfall war, sondern dass sie eine Form darstellte, als Frauen im politischen Betrieb wahrgenommen zu werden. Das heißt, die feministischen Frauen verstanden durchaus die Regeln dieses Betriebs, aber sie entschieden sich dagegen, daran teilzunehmen, weil er für sie patriarchale Macht- und Herrschaftsmechanismen reproduzierte. Rossanda fehlten die Worte – es fehlten ihr die Worte, weil es in ihrer marxistischen Sprache bis dahin keine Formulierungen gab, die diese feministische Kritik an der Politik hätten ausdrücken können.

Es ist diese Irritation, gepaart mit der analytischen Schärfe von Rossanda, die das Buch so lesenswert macht. Es folgte der Versuch, die feministische Bewegung der 1970er Jahre zu verstehen und so sammelt Rossanda für „Einmischung“ eine Reihe 1978/79 aufgezeichneter Gespräche und Diskussionen mit Feminist:innen. In der Person von Rossanda verbinden sich dabei die geschulte Theoretikerin mit der erfahrenen Praktikerin. Im Jahre 1924 geboren, brach mit dem italienischen Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg auch die Politik über sie herein und ergriff mehr und mehr Besitz von ihr, bis sie schließlich im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens arbeitete. Als sie gemeinsam mit anderen Genoss:innen im Jahre 1969 die Zeitung *il*

manifesto gründete und die Linie der Partei kritisierte, wurde sie aus dieser ausgeschlossen. Als linke Intellektuelle mischte sie sich immer wieder in die Politik ein, bis sie im September 2020 verstarb.

Ein Bündnis von Arbeiter:innen und Feminist:innen – unmöglich?

In den veröffentlichten Gesprächen fokussiert Rossanda auf den Störfall zwischen den Frauen und der männlich dominierten Politik, wie sie auch in der kommunistischen Partei vorherrschend war. Gleichwohl sie für „eine Allianz aller Unterdrückten“ (S. 226) plädiert, bleibt sie gegenüber deren Möglichkeit skeptisch. Unter dieser Perspektive sind die im Buch enthaltenen Debatten insbesondere für die gegenwärtige Diskussion um eine Neue Klassenpolitik relevant, welche heute soziale und kulturelle Kämpfe miteinander verbinden will. Die Ende der 1970er Jahre geführten Gespräche können dazu beitragen, zu verstehen, warum dieser Verbindung eine gewisse Prekarität innewohnt.

So wie es sich für Rossanda darstellt, dominieren in diesen verschiedenen Kämpfen beinahe konträre Logiken. Für sie als Kommunistin ist die Gleichheit der zentrale politische Wert, auf den sie hinarbeiten will und der insbesondere beinhaltet, sich als privilegierte Intellektuelle zurückzunehmen, um die Anderen hören zu können. Dafür ging sie in die Partei mit ihren formalisierten Beziehungen unter gleichermaßen Emanzipierten, in denen das konkrete Subjekt Frau so nicht vorkam. Dem gegenüber sieht sie die feministische Bewegung, in der viele für die eigene Freiheit kämpfen und das heißt, dafür zu kämpfen, sie selbst als Frauen sein zu können. Die Diskussionspartner:innen betonen die Bedeutung der Selbsterfahrungsgruppen, in denen sie sich auf die Suche danach machen konnten, was es überhaupt heißt, eine Frau zu sein und dabei jenseits der männlichen Logik und ihrer bloßen Negation zu denken. Gerade deshalb betonen sie die persönlichen Beziehungen in Kleingruppen und die Ablehnung von Institutionen, in denen sie vor allem männliche Herrschaft erblicken. Während die Arbeiter:innenbewegung nach Gleichheit für alle strebt, verlangt die feministische Bewegung Freiheit für jede einzelne. Und so unterscheiden sich ihre Methoden: Die Arbeiter:innen gründen Parteien und Gewerkschaften, also Institutionen, und versuchen diese stetig zu vergrößern; die Feminist:innen kritisieren die Verselbstständigung dieser Institutionen, ziehen sich aus diesen zurück und betonen die Bedeutung der persönlichen Beziehungen untereinander – auch auf die Gefahr hin, damit in der „Isolation auf das Selbst“ (S. 222) zu enden.

Ausgangsbedingung einer Suchbewegung

Die Politik, auch die des Proletariats, und die feministische Bewegung repräsentieren somit zwei verschiedene Vorstellungen von Transformation, deren jeweiliges Potenzial begrenzt ist. Der Versuch, beide Ansätze miteinander zu kombinieren, ist also naheliegend und in den Gesprächen lassen sich verschiedene Vorschläge entdecken, wie dies geschehen könnte. Für Rossanda kann es sich nicht um eine bloße Ergänzung der beiden Modelle handeln:

„Die Kultur des Feminismus ist authentische Kritik und somit unilateral, antagonistisch, Negation der anderen, der herrschenden Kultur. Sie vervollständigt und ergänzt diese herrschende Kultur nicht, sie stellt sie in Frage. [...] Der akute Konflikt besteht nicht zwischen den sekundären Aspekten des Feminismus und der Politik, sondern direkt in ihrem konstitutiven Kern.“ (S. 227)

Die Störung zwischen Feminismus und Politik ist also real und sie verweist auf die Ausschlüsse der Politik im allgemeinen, gerade weil sie eine rein männliche Politik ist. An die Idee ihrer Überwindung gilt es anzuknüpfen, auch wenn die Suche nach einer möglichen Form weiterhin offen ist. Was aus dem vorliegenden Buch allerdings zu lernen ist: Eine Politik, die nicht feministisch ist, ist keine Politik der Befreiung.

Rossana Rossanda 1980:

Einmischung. Gespräche mit Frauen über ihr Verhältnis zu Politik, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Demokratie, Faschismus, Widerstand, Staat, Partei, Revolution, Feminismus.

Übersetzt von: Maja Pflug.

Europäische Verlagsanstalt.

ISBN: 978-3-434-00428-8.

258 Seiten.

Zitathinweis: Markus Henning: Die Störung zwischen Politik und Feminismus. Erschienen in: Jugoslawien – 30 Jahre später. 59/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1685>. Abgerufen am: 13. 04. 2021 12:04.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2021 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.